Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

Dezember 2022
20. Jahrgang - Ausgabe 111
Einzelpreis: 4,50€
ISSN 1612-7366

Schwerpunkt:

Umwelt und Krieg

Rüstung und begrenzte Ressourcen
Krieg und Ökologie in Rojava
Nukleare Altlasten in der Arktis
Sanktionen als Weg aus dem Krieg?
Katar rüstet auf. Das Emirat und die WM
Bericht vom IMI-Kongress

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Inhalt

Schwerpunkt

Editorial - **Nabil Sourani, Jacqueline Andres** - 3
Rüstung, Klima, Krieg: Ein kursorischer Überblick - **Jürgen Wagner** - 4
Rüstung und begrenzte Ressourcen - **Karl-Heinz Peil** - 6
Klimakrise, Militär und Imperialismus in Sudan - **Nora Schmid** - 9
Krieg und Ökologie in Rojava - **Make Rojava Green Again** - 13
Ukrainekrieg verschlimmert Klimakatastrophe - **Margot Melis** - 16
Nukleare Altlasten in der Arktis - **Ben Müller** - 19
Klimaaktivismus und Antimilitarismus gehören zusammen - **Nabil Sourani** - 22

Magazin

Deutschland und die Zeitenwende

Der KF51 Panther – „Game Changer“, Rohrkrepierer oder Rauchsignal? - **Anton Nels** - 27
Territorialkommando – Kommandeur sieht Verfassungsrecht eher flexibel - **Martin Kirsch** - 32
Entwurf für Rüstungsexportgesetz enttäuscht - **Jürgen Wagner** - 33
Baerbock gibt gegenüber Marokko bezüglich West-Sahara klein bei - **Pablo Flock** - 37
Bundesregierung einigt sich auf Abzug aus Mali - **Christoph Marischka** - 39
Rechte (Netzwerke) vor Gericht - **Luca Heyer** - 41

Ukraine-Krieg & EU-Militarisierung

Europa, Chiffre für deutsches Großmachtstreben - **Christoph Marischka** - 46
Moldau – Schritte einer ehemaligen Sowjetrepublik auf dem Weg gen Westen - **Anton Nels** - 48
Sanktionen als Weg aus dem Krieg? - **Claudia Haydt** - 53
Pipeline-Kommunikation: Spekulativ eindeutig - **Bernhard Klaus** - 55
EU bleibt auf Kriegskurs, EUMAM gießt Öl ins Feuer - **Jürgen Wagner** - 58
Die neue französische Sicherheitsstrategie: eine hybride Kriegserklärung - **Christoph Marischka** - 60

Aufrüstung weltweit

Japan: Weitere Militarisierung oder Rückkehr zur Vernunft? - **Eichi Kido** - 63
Indopazifik: Verstetigung der deutschen Militärpräsenz - **Jürgen Wagner** - 66
Katar rüstet auf. Das Emirat und die WM - **Jacqueline Andres** - 69

Bericht vom IMI-Kongress

Zeitenwenden: Ukraine-Krieg und Aufrüstung - **IMI** - 71

Editorial

von Nabil Sourani und Jacquline Andres

Die Ursachen des menschengemachten Klimawandels liegen maßgeblich im kapitalistischen System begründet. Der Anteil, den das Militär an der Klimakrise trägt, erhält jedoch wenig Beachtung.

Die weltweiten Aufrüstungsspiralen verdeutlichen, dass Militär auch weiterhin ein bedeutendes Instrument internationaler Politik bleiben wird und sich vorbereitet, die Folgen der Klimakatastrophe zu adressieren. Zu allem Überfluss verschlingt der militärische Bereich auch noch Unsummen an staatlichen Geldern, die einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zur Bewältigung der Folgen der Klimakrise beitragen müssten – während Kriege jährlich unzählige menschliche Opfer fordern, Wälder und Felder umgraben und Städte in Schutt und Asche legen.

Es ist also nicht verwunderlich, dass Menschen weltweit der Klimakrise mit Wut begegnen, bleiben die Regierungen doch größtenteils untätig und arbeiten auf die Absicherung des Status quo, statt auf tatsächliche Veränderung hin. So vervielfachten sich in den letzten Jahren Klima- und Umweltbewegungen auf dem gesamten Globus. Eine Radikalisierung der Bewegungen ist nicht nur spür-, sondern auch sichtbar.

Um die Klimakatastrophe als Symptom des Kapitalismus zu benennen und die Zusammenhänge von Klima und Krieg näher zu beleuchten, befasst sich der Schwerpunkt in der letzten Ausgabe des Jahres 2022 mit dem ökologischen Fußabdruck des Militärs. Die Autor*innen gehen in ihren Beiträgen folgenden Fragen nach: Wie hängen Klimakrise und Militär zusammen? Was sind die Hintergründe und Gefahren der Versicherheitlichung von Klima? Und welche Handlungsoptionen bestehen?

So startet der Schwerpunkt mit dem Beitrag von Jürgen Wagner, Rüstung – Klima – Krieg, der den Lesenden einen ersten groben Überblick zur Thematik liefert. Daran schließt der Artikel von Karl-Heinz Peil, Rüstung und begrenzte Ressourcen, an, der tiefer in die Produktion von Rüstungsgütern eindringt und dafür nötige Ressourcen im internationalen Kontext näher unter die Lupe nimmt. Im weiteren Verlauf weitet der Schwerpunkt seinen Blick. Den Anfang macht Nora Schmid. In Klimakrise, Militär und Imperialismus in Sudan öffnet sie die Sicht auf die sozialen Folgen der Klimakatastrophe und deren Abhängigkeit von der Integration in globale Strukturen. Daran schließt Make Rojava Green Again mit Krieg und Ökologie in Rojava an, die die ökologischen Folgen des Krieges in der Region offenlegen und kommunale, widerständige Initiativen der Menschen vor Ort darlegen. Margot Melis nimmt in ihrem Beitrag den Zeitgeist mit und macht deutlich: Der Ukrainekrieg verschlimmert die Klimakatastrophe – entgegen den Beteuerungen, ein Sieg der Ukraine sei wichtig für den Klimaschutz. Ben Müller befasst sich infolgedessen mit nuklearen Altlasten in der Arktis und zeigt die ökologischen Folgen von militärischen Hinterlassenschaften, die Generationen zurückreichen, aber noch lange wirken.

Der letzte Artikel Klimaaktivismus und Antimilitarismus kommt von Nabil Sourani. Mit Beispielen aus Guam, Okinawa und Sinjajevina schlägt er die Brücke zwischen Klimabewegungen und antimilitaristischen sowie antiimperialistischen Kämpfen und verdeutlicht deren Potentiale.

Der Schwerpunkt macht deutlich: Klima und Umwelt werden maßgeblich von Militär beeinflusst. Gleichzeitig sind Militär und Kapitalismus eng miteinander verwoben. Der einzige Weg der Klimakatastrophe zu entgehen, kann also nur einen Systemwechsel bedeuten. Die Klimagerechtigkeitsbewegung und die Friedensbewegung gehören zusammen, denn ohne Klimagerechtigkeit gibt es keinen Frieden und ohne Frieden keine Klimagerechtigkeit.

Rüstung – Klima – Krieg

Ein kursorischer Überblick

von Jürgen Wagner

Die Themen Rüstung, Klima und Krieg stehen auf verschiedenste Arten miteinander in Verbindung. Die nachfolgenden Abschnitte erheben nicht den Anspruch, diese komplexen Zusammenhänge tiefgreifend aufarbeiten zu können, sondern sie sollen einen Einstieg und einen ersten groben Überblick über die Thematik liefern.

Klimaneutrales Kriegsgerät?

Die Armeen der Welt, allen voran die US-Armee, sind die größten institutionellen Ölverbraucher auf dem Globus, was wesentlich damit zusammenhängt, dass insbesondere Großgeräte regelrechte Spritfresser sind: Ein Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 verbraucht satte 500 Liter Treibstoff auf 100km, ein Eurofighter-Kampfflugzeug verbrennt in nur einer Stunde rund 3.500kg Treibstoff (siehe Ausdruck, März 2022). Vor diesem Hintergrund erklärt zum Beispiel NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg vollmundig, bis 2030 wolle die Militärallianz ihre CO2-Emissionen um 45 Prozent reduzieren und bis 2050 strebe sie die komplette Klimaneutralität an.

Allerdings stellt sich der Übergang zur „E-Armee“ über bloße Absichtsbekundungen hinaus deutlich schwieriger dar als zumeist getan wird, worauf u.a. ein Beitrag im Reservistenmagazin „loyal“ (27.5.2021) recht ungeschminkt hinwies: „Die NATO-Streitkräfte, auch die Bundeswehr, sind gefordert, zum Kampf gegen den Klimawandel beizutragen. Doch gerade in ihrem Kerngeschäft, den mobilen Operationen, haben es umweltschonende Energieträger und Antriebe schwer. [...] Die sich im Zivilen ausbreitende emissionsfreie Elektromobilität sehen die Bundeswehr-Planer nur für Fahrzeug-Typen bis maximal 7,5-Tonner als nutzbar für die Streitkräfte [...]. Hinzu kommt, dass insbesondere Flugzeuge Treibstoffe mit hoher Energiedichte benötigen, was Batterie- und Brennstoffzellen-Technik nicht bietet. Die Luftwaffe zu einem sauberen Energieträger zu entwickeln, ist somit besonders schwierig.“

Die loyal weist in diesem Zusammenhang auch noch auf ein weiteres Problem hin, den rapide steigenden Energieverbrauch des Militärs: „Die künftige Art der Kriegsführung verlangt nach immens viel zusätzlicher elektrischer Energie. Ob digitale Vernetzung der Kampfeinheiten, Hochenergielaser, die geladen werden müssen, Hilfsroboter, die Soldaten begleiten, oder deren eigene Ausrüstung. Bis jetzt braucht ein Bundeswehr-Soldat mit seiner Ausrüstung schmale 25 Watt. Doch über neue Rüstsätze wie beim ‚Infanterist der Zukunft‘ nimmt der Bedarf zu. Für kommende Technologien wie aktive Tarnung und Exoskelette gehen Forscher des Fraunhofer-Instituts von 500 bis 2.000 Watt aus.“

Allerdings handelt es sich beim Energie- und Treibstoffverbrauch ohnehin leider nicht um das Hauptproblem. Es ist die Produktion, die nicht nur immense Ressourcen verschlingt (siehe den Beitrag von Karl-Heinz Peil), sondern auch für den Löwenanteil der militärisch verursachten Treibhausgase verantwortlich ist.

Klimawandel und Rüstungsproduktion

Für die USA liegen inzwischen einige recht brauchbare Schätzungen über die Emissionen der Treibhausgase (THG) des Militärs vor – für Deutschland und einige andere EU-Länder existieren zwar Schätzungen in der Studie „Under the Radar: Europe’s military sectors dodge scrutiny under European Green Deal“, diese sind allerdings sehr grob und deshalb nur bedingt aussagekräftig. Das hängt unter anderem auch damit zusammen, dass die diesbezüglichen Angaben der Bundesregierung, vorsichtig formuliert, sehr unvollständig ausfallen. Die tatsächlichen Emissionen liegen deutlich über den 1,71 Mio. Tonnen CO2-Equivalent, die für das Jahr 2021 angegeben wurden (2019: 1,45 Mio.). So enthalten die Nationalen Inventarberichte zum Bei-

spiel weder die vor- noch die nachgelagerten Emissionen militärischer Liegenschaften. Ferner werden keinerlei Emissionen erfasst, die bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr anfallen. Am schwersten wiegt jedoch, dass die bei der Rüstungsproduktion verursachten Treibhausgase ebenfalls keine Berücksichtigung finden. In ihrer viel beachteten Studie „Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War" wies die US-Professorin Neta Crawford darauf hin, dass die bei der Produktion in den USA anfallenden Treibhausgase um das fünf- bis sechsfache über denen im Betrieb liegen. Insgesamt gelangte sie zu der Schätzung, allein bei der Rüstungsproduktion würden 15 Prozent der gesamten in den USA industriell verursachten Treibhausgase anfallen.

Nun ist mit einiger Sicherheit davon auszugehen, dass diese Werte im Falle Deutschlands und der Bundeswehr deutlich niedriger ausfallen dürften – als größte institutionelle Arbeitgeberin des Bundes ist die Bundeswehr jedoch mit ihren Emissionen alles andere als vernachlässigbar. Die Forderung, endlich für eine adäquate Erfassung der Emissionen zu sorgen, liegt insofern nahe. Dies gilt umso mehr, als der Großteil des Sondervermögens der Bundeswehr in die Neuanschaffung von Rüstungsgütern fließen wird – wir es also mit einer Erhöhung um mindestens den Faktor drei zu tun haben, der dementsprechend auch die Klimabilanz noch weiter drastisch negativ beeinflussen wird. Insgesamt ist die Rolle des Militärs in diesem Bereich in jedem Fall alles andere als zu vernachlässigen: Die am 10. November 2022 erschienene Studie „Estimating the Military's Global Greenhouse Gas Emissions" der Scientists for Global Responsibility schätzt den gesamten militärischen CO2-Fußabdruck auf etwa 5,5 % der weltweiten Emissionen.

Klima – Armut - Krieg

Auch die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels drohen gravierend zu werden, wie unter anderem der US-Politikprofessor Michael Klare in seinem 2019 erschienenen Buch „All Hell Breaking Loose" warnte: „Misslingt die Begrenzung der CO2-Emissionen, steht eine weitere Katastrophe, von der allerdings weitaus weniger die Rede ist, ebenso fest: Auf lange Sicht würde das Versagen nicht nur Klimaschocks bewirken, sondern auch weltweit Instabilität, Aufruhr und Kriege."

Vor allem in den USA, aber zunehmend auch in Deutschland, beschäftigt sich deshalb das Militär mit den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels. Hier geht es einmal darum, wie Kollateralnutzen wie durch das Abschmelzen der Polkappen freiwerdende Rohstoffe und Handelswege „gesichert" werden könnten. Auf der anderen Seite gefährdet der Klimawandel auch Logistikketten und Militärbasen (von denen viele in Küstennähe liegen). Und schließlich müssen klimabedingte Konflikte gegebenenfalls auch militärisch „befriedet" werden – zumindest dort, wo dies aus Sicht der westlichen Interessenslage geboten erscheint (siehe Ausdruck, März 2020).

Vor allem im Zusammenspiel mit Armut und Hunger droht der Klimawandel dabei zum „Brandbeschleuniger" zu werden, warnte auch die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS-Arbeitspapiere 3/2020). Berechnungen des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) zufolge würde es lediglich eines zusätzlich von den Entwicklungsländern aufgewendeten Betrages von 11 bis 14 Mrd. Dollar jährlich bedürfen, um die Zahl der Hungernden um eine halbe Milliarde Menschen zu verringern. Um den Hunger ganz aus der Welt zu schaffen, wären 39 Mrd. bis 50 Mrd. Dollar jährlich erforderlich.

Hier handelt es sich angesichts der – nicht nur in Deutschland – losgetretenen Aufrüstungswelle um vergleichsweise sehr überschaubare Beträge. Doch Pandemie und Ukraine-Krieg haben zu einem drastischen Anstieg von Armut und Hunger geführt, während es die weltweiten Entwicklungshilfetöpfe immer schwerer haben, in den Verteilungskämpfen mit den Militärausgaben nicht den Kürzeren zu ziehen. Mit „Sparen auf Kosten des globalen Südens" betitelte die Frankfurter Rundschau einen Beitrag, der die ernüchternde Richtung des im Sommer 2022 vorgelegten Bundeshaushaltes 2023 beschreibt: „Die Bundeswehr bekommt mal eben 100 Milliarden Euro zusätzlich, während der Etat für Entwicklungspolitik 2023 um ein Fünftel auf knapp elf Milliarden Euro gekürzt werden soll. [...] Viele Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika registrieren mit wachsendem Unbehagen, dass der Westen zwar Gefolgschaft gegen Russland von ihnen wünscht, sich aber wenig um ihre Interessen und ihre Vorschläge zur Bewältigung der Kriegsfolgen kümmert."

Rüstung und begrenzte Ressourcen

von Karl-Heinz Peil

Die Umweltauswirkungen der militärischen Aufrüstung werden meistens auf den CO2-Ausstoß reduziert. Natürlich sind die CO2-Emissionen von militärischem Großgerät im Einsatz durch den spezifischen Treibstoffverbrauch speziell von Kampfjets und Kampfpanzern enorm. Allerdings sind die Emissionen durch Kerosinverbrauch pro Flugstunde oder Dieselkraftstoff pro 100km bei einem Kampfpanzer nur bedingt geeignet für die daraus sich ergebenden Umweltbelastungen, da dieses natürlich von den realen Betriebsstunden im Übungs- oder Kriegseinsatz abhängt.

Während bei militärischen Landfahrzeugen der Einsatz meistens nur auf Truppenübungsplätze reduziert ist und damit auch der gesamte Treibstoffverbrauch begrenzt wird, ergibt sich für Kampfjets eine große Betriebsstundenzahl, die sich auch aus Anforderungen an das Training der Kampfpiloten ergibt. Durch Flugsimulatoren kann dieses nur sehr begrenzt reduziert werden. Kalkuliert werden kann mit 8000 Betriebsstunden pro Kampfjet, die sich evtl. über 40 Jahre der Nutzungsdauer verteilen, d.h. mit 200 Stunden pro Jahr.

Wesentlich problematischer, aber stark unterbelichtet ist der Verbrauch physischer Ressourcen, was aber auch Rückwirkungen auf die proklamierten Klimaschutzziele hat.

Physischer Ressourcenverbrauch

Die Rüstungsindustrie ist heute in besonderem Maße von einer gesicherten und langfristig verfügbaren Versorgung mit mineralischen und Metallrohstoffen abhängig. Insbesondere betrifft dieses die Luft- und Raumfahrtindustrie sowie die militärische Elektronik.

Um eine Vorstellung davon zu geben, welche Ressourcen bei Rüstungsgütern beansprucht werden, soll das Beispiel des US-Kampfjets F-35 herangezogen werden. Dieser besteht aus 300.000 Einzelteilen und wird von 1.900 Zulieferern rund um den Globus zusammengebaut. Allein für das Seitenleitwerk des Flugzeugs werden 30 separate Titanteile beigestellt. In Großbritannien besteht bereits ein Instandhaltungszentrum für den F-35 mit einer Lieferkette von bis zu 500 Unternehmen für den Bau von etwa 15 % der für die Produktion geplanten 3.000 Kampfjets. Zum Vergleich: Ein heutiger, typischer Pkw beansprucht ca. 10.000 Einzelteile.

Trotz einiger Schlüsselzahlen zur Ressourcennutzung bleiben die Angaben zum Ressourceneinsatz in der Rüstungsindustrie lückenhaft und nur für ältere Projekte zugänglich. Für den NATO-Kampfjet Tornado kann man bei Wikipedia nachlesen: „Bei den für die Zelle verwendeten Materialien handelt es sich um Leichtmetalle (71%), Titan (18%, hauptsächlich für den Flügelmittelkasten), Stahl (6%) und andere Werkstoffe (5%)“.

Daten zum Ressourceneinsatz si nd nur recht lükkenhaft vorhanden, was vor allem der militärischen Geheimhaltung geschuldet ist. Dazu zwei Beispiele: Bei Panzerfahrzeugen kommen spezielle Metalllegierungen zum Einsatz, mit denen anfliegende Geschosse (möglichst von allen Seiten) keine relevante Beschädigung hervorrufen sollen. Bei Kampfjets der neuesten Generation ist eine teilweise oder komplett vorhandene Tarnkappenfunktion gegenüber feindlichem Radar ein Hauptkriterium. Dieses erfordert nicht nur spezielle konstruktive Maßnahmen, sondern ähnlich wie bei Panzerfahrzeugen bestimmte Materialzusammensetzungen.

Konzernberichtswesen: Nur teilweise informativ

Was unter Ressourceneinsatz in der gesamten Bandbreite zu verstehen ist, kann man ansatzweise aus dem Konzernberichtswesen entnehmen, das auch bei Rüstungsunternehmen teilweise in Nachhaltigkeitsberichten erkennbar ist.

Das Umweltbundesamt (UBA) hat vor allem mit Blick auf mittelständige Firmen „*Empfehlungen für eine gute Unternehmenspraxis*“ herausgegeben. Danach sollte der Bericht mindestens Kennzahlen enthalten zu Energieverbrauch und Klimaschutz, Abfallaufkommen, Wasserverbrauch und den Verbrauch

von Rohstoffen. Weitgehend berücksichtigt werden die UBA-Vorgaben beim Wassermanagement. Recht ausführlich findet sich dieses bei *MTU Aero Engines* in den Nachhaltigkeitsberichten 2017 und 2021, aber auch bei Rheinmetall.

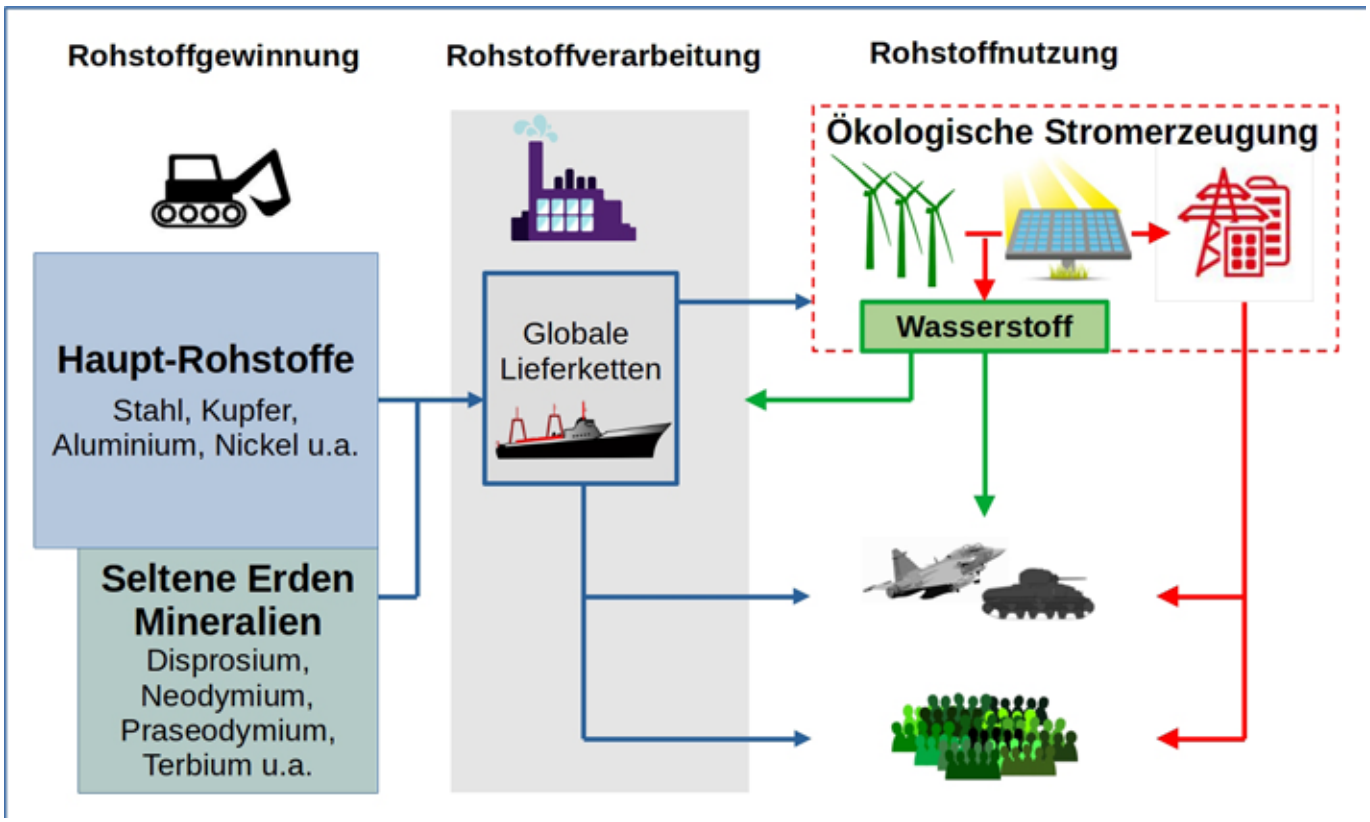
Von Rheinmetall erschien zuletzt 2017 ein eigener Nachhaltigkeitsbericht unter dem Titel „*Werte, Wandel, Wachstum*“. Aufgeführt werden darin Beispiele für Energieeffizienzprojekte, bei denen signifikante Einsparungen von Heizöl, Wasser und Strom erfolgten. Neuere Nachhaltigkeitsdarstellungen von Rheinmetall sind in den jährlichen ESG-Berichten (Environmental, Social, Governance) enthalten. Von der Holding KNDS, in die u.a. Kraus-Maffei Wegmann integriert ist, gibt es keine Konzernberichte auf der Homepage. Bei Airbus, dem über die Konzerntocher „*Airbus Defence and Space*“ wichtigsten Rüstungskonzern in Deutschland und der EU, findet man zwar viele Ausführungen unter den Überschriften „Sustainability“ und „Environment“, jedoch beschränken sich diese auf Absichtserklärungen zur angestrebten Klimaneutralität. Technologische Lösungen, die von Airbus Defence and Space im „*Carbon Reduction Plan*“ dargestellt werden, verweisen auf Anstrengungen zur verbesserten Energieeffizienz in der industriellen Produktion. Das Problem des Mutterkonzerns zu den THG-Emissionen des Flugverkehrs wird als Absichtsbekundung zu einem völlig unrealistischen Wechsel auf E-Fuels aus „grünem“ Wasserstoff dargestellt. Branchenspezifische Themen wie die Auswirkungen von Emissionen in großen Höhen und im Weltraum werden kaum behandelt. Ebenso werden Umweltprobleme im Zusammenhang mit den Rohstoffen in den Lieferketten nicht erwähnt.

Ein vom Conflict and Environment Observatory 2021 durchgeführter internationaler Vergleich ergab, dass zumindest bei der Aufstellung von Energieverbräuchen und daran gekoppelten Treibhausgasemissionen sowie bei Wasser- und Abfallmanagement insgesamt relativ gute Ansätze erkennbar sind, soweit die Behandlung dieser Ressourcen mit absoluten Zahlen erfolgt. Der bloße Verweis auf prozentuale Einsparungen bei Produktionsprozessen hat hingegen wenig Aussagekraft. Generell erschwert das Fehlen eines einheitlichen Berichtsrahmens für Energie, Wasser und Abfall den Vergleich zwischen Rüstungsunternehmen.

Sektorale Konkurrenz um knappe Ressourcen

Das postfossile Zeitalter bedeutet, dass vor allem metallischen Rohstoffen bezüglich Extraktion, Zugriff und Transportwegen eine ähnliche Rolle zukommt wie es bisher für Öl und Erdgas der Fall war.

Die Grundproblematik besteht hierbei darin, dass



Rohstoffe und Energie im post-fossilen Zeitalter: Mit der geplanten Ablösung fossiler Roh- und Brennstoffe entstehen neue Abhängigkeiten durch hauptsächlich metallische Rohstoffe, die zunächst aufwändig extrahiert und aufbereitet werden müssen. Damit ergeben sich auch neue fragile und konfliktträchtige Lieferketten. Quelle: K. Peil.

eine globale Abdeckung des künftigen Energiebedarfs ohne fossile Brennstoffe nur mit einer drastischen Reduzierung des Ressourcenverbrauchs möglich ist. Eine ökologische Energieerzeugung, die vor allem mit Windkraftanlagen, Photovoltaik und batteriegestützten Speichersystemen erfolgt, ist nur mit neuen, komplexen Technologien möglich. Diese erfordern nicht nur klassische metallische Rohstoffe, sondern in starkem Maße auch eine Reihe von Seltenen Erden. Der Name „Selten" ist dabei etwas irreführend, da das Problem weniger in mangelnden Lagerstätten liegt, sondern in der extrem aufwändigen und energieintensiven Aufbereitung zu Rohprodukten für die industrielle Fertigung.

Besonders bei Seltenen Erden zeichneten sich bereits vor Jahren kritische Abhängigkeiten ab, da China weltweit führend bei der Extraktion dieser Mineralien ist, die kaum austauschbar sind. Für jedes Kampfflugzeug des Typs F-35 müssen mehr als 450kg Metalle der Seltenen Erden bereitgestellt werden. Eine Fregatte Klasse F125 („Baden-Württemberg"-Klasse) benötigt nach inoffiziellen Angaben etwa 1.920kg Metalle der Seltenen Erden, ein U-Boot der Klasse 212A mehr als 3.100kg.

Ressourcenkonkurrenz und Rohstoffstrategien

Die beschränkt verfügbaren Ressourcen wurden bereits auf verschiedenen Ebenen analysiert. Einige Industrieländer – darunter auch Deutschland – haben nationale Rohstoffstrategien.

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung wurde als Fortschreibung der Erstfassung von 2010 Anfang 2020 aktualisiert vorgelegt. Kritisiert wurde dazu in einer gemeinsamen Erklärung von Umweltverbänden, dass die deutsche Wirtschaft als fünftgrößter Verbraucher von metallischen Rohstoffen endlich zu einem konsequenten Ausbau einer Kreislaufwirtschaft mit weitestgehendem Recycling gedrängt werden müsse.

Neben der nationalen Rohstoffstrategie gibt es einen 2016 von der EU-Kommission verfassten Sachstandsbericht, der unter dem Titel „*Raw materials in the European defence industry*" veröffentlicht wurde. Dort werden detailliert 39 Rohmaterialien aufgelistet, darunter 6 Seltene Erden. Es wird darauf verwiesen, dass China bei einem Drittel dieser Rohstoffe Hauptproduzent ist. In einer neueren Studie aus dem Jahr 2020 wird die Abhängigkeit von China bei Rohmaterialien für die Rüstungsindustrie sogar mit 58% angegeben.

In den letzten Jahren haben deshalb auch in Deutschland zahlreiche geologische Untersuchungen stattgefunden. Begrenzt werden diese Aktivitäten aber durch die volatilen Weltmarktpreise, welche die Erschließung von Rohstoffvorkommen zum hohen finanziellen Risiko machen. Parallel dazu wird aber von der *International Energy Agency (IEA)* auf entsprechende Engpässe bei Rohstoffen für die globale Energiewende hingewiesen. In einem aktuellen Report unter dem Titel „*The Role of Critical Minerals in Clean Energy Transitions*" werden in ähnlicher Weise drohende Engpässe thematisiert. Beispielhaft wird benannt, dass ein typisches Elektroauto sechsmal mehr Mineralien als ein herkömmliches Auto, und eine Onshore-Windkraftanlage neunmal mehr Mineralien als ein Gaskraftwerk benötigt.

Dass die Transformation zu einer CO2-freien Wirtschaft zunächst mal selbst einen großen ökologischen Rucksack erfordert, wurde in einer jüngsten Studie herausgearbeitet. Berechnet wurde, dass die Umweltkosten der Transformation durch den notwendigen Einsatz von bestimmten Rohstoffen in der EU bei 39 Mrd. Euro liegen würden. Dieser hohe Betrag beläuft sich hingegen nur auf 3,7% der jährlichen CO2-Kosten. 46% der berechneten Umweltkosten gehen danach auf Batteriesysteme für die Elektromobilität und 8% auf Batterien in der Infrastruktur für erneuerbare Energien.

Auch Human-Ressourcen sind begrenzt

Statt Industrieförderung für Entwicklung von vermeintlichen Spitzentechnologien für Rüstungszwecke und Rüstungsproduktion müssen die in Deutschland aktuell immer knapper werdenden personellen Ressourcen in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) dem tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf zugeführt werden. Dazu gehören: Handwerkliche und mittelständische Unternehmen, welche als technologische Basis für Energieeinsparungen und Klimaresilienz notwendig sind. Beispielhaft für diese Konkurrenzsituation stehen die gigantischen Entwicklungskosten für die Projekte des Luftkampfsystems FCAS und des Kampfpanzersystems MGCS (Main Ground Combat System). Dabei geht es in erster Linie um ein digital vernetztes Gesamtsystem, das vor allem IT-Fachkräfte in der Entwicklungs- und Erprobungsphase einbinden wird. Dem gegenüber steht der gesellschaftliche Bedarf zum Ausbau erneuerbarer Energien. Die Herkulesaufgabe hierbei ist, verschiedene Systeme einer ökologischen Wärme- und Stromerzeugung miteinander so zu vernetzen, dass Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben. Dafür brauchen wir IT-Fachkräfte, die in den nächsten 10 bis 20 Jahren für ein Destruktiv-Vernetzungssystem absorbiert würden.

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung der Studie „Umweltauswirkungen von 100 Milliarden Euro für Rüstungsinvestitionen". Dort sind auch Quellenangaben enthalten. Onlinefassung unter https://umwelt-militaer.org/bws

Klimakrise, Militär und Imperialismus in Sudan

von Nora Schmid

Wie bereits in den letzten Jahren kam es mit Beginn der sudanesischen Regensaison im Juni zu schweren Überschwemmungen. Über 100 Menschen verloren ihr Leben. Um die Flutopfer zu unterstützen, verschoben die während der Revolution gebildeten Widerstandskomitees einen für Ende August angesetzten Generalstreik gegen das Militärregime. In ihrer Erklärung werfen sie der Regierung vor, sich nicht um die Fluten sowie die Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen zu kümmern.

Vermehrte Überschwemmungen und Dürren als Teil der Klimakatastrophe sind weltweit zu spüren, jedoch variiert der Umgang mit diesen. Nicht überall sind die Folgen gleich verheerend, denn diese hängen auch von sozialen Faktoren ab. Dabei sind jedoch nicht nur interne Faktoren wie die jeweilige Regierungspolitik wichtig, sondern besonders deren Integration in globale Strukturen. Um die Auswirkungen und den Umgang mit klimatischen Veränderungen zu fassen, werde ich auf drei Punkte eingehen, deren Zusammenspiel zu katastrophalen Ergebnissen in Sudan führt:

1. In Sudan haben die neoliberale Integration in den Weltmarkt und Sanktionen Autoritarismus, Cliquen und das Militär gestärkt. In der Folge wurde die Wirtschaft zerstört, der Agrarsektor ausgehöhlt und Ungleichheit verschärft.

2. Vor diesem Hintergrund lebten alte, oft auf die Kolonialzeit zurückgehende Konflikte wieder auf. Weitere Strukturanpassungen verstärken diese, was wiederum die Möglichkeit der Regierung einschränkt, mit der Klimakrise umzugehen. Gleichzeitig verstärkt die Klimakrise selbst die Zerstörung der Wirtschaft und das Konfliktpotenzial.

3. Um entstehende Proteste zu unterbinden, fließt mehr Geld in die Sicherheitsapparate, insbesondere die Armee, welche selbst zur Klimakrise beiträgt, indem sie repressiv gegen jene vorgeht, die Lösungen einfordern und durch ihren ganz direkten Fußabdruck.

Auswirkungen der Klimakrise

In Sudan sind extreme Wetterverhältnisse keine Seltenheit, jedoch häufen sich diese in den letzten Jahrzehnten mit der sich zuspitzenden Klimakatastrophe. Die UN (Vereinten Nationen) stellen im Zeitraum von 1980-2016 – ausgenommen die drei Städte Khartum, Kaduqli und al-Ubayyid – klare Beweise für Klimawandel fest. Der Niederschlag, gemessen an neun Stationen im Land, sinkt im Durchschnitt, variiert zunehmend an Häufigkeit und konzentriert sich auf einzelne Orte. Die Temperaturen steigen, gleichzeitig nehmen Dürren und Überschwemmungen zu. Eine der gravierendsten Folgen ist der Rückgang von Ernten: In den 1950er Jahren wurden 350 kg Hirse pro Feddan[1] geerntet, während es 2016/17 nur noch 200 kg auf der gleichen Fläche waren. Im selben Zeitraum ist die Bewaldung der ländlichen Fläche von 40% auf 10,3% gesunken und Wüsten haben sich ausgebreitet.[2] Diese Veränderungen sind mit der sozio-ökonomischen Entwicklung Sudans verwoben und werden nicht allein durch einen Verweis auf die Klimakrise erklärbar. So wurde die Landwirtschaft bereits seit der Kolonialzeit auf den Export ausgerichtet und mechanisiert, während landwirtschaftliche Flächen erweitert wurden. Überreste alter Pestizide, deren Einsatz in Gezira bis in die 1940er zurückgeht, sowie Gifte aus den Goldminen belasten Böden und Wasserressourcen. Für neue Agrargroßprojekte, Energiegewinnung und Ölförderung wird weiter Land gerodet.

Integration Sudans in die Weltwirtschaft

Um die spezifischen Auswirkungen der Klimakrise und lokaler Umweltzerstörung in Sudan zu verstehen, muss deren Zusammenwirken mit sozio-ökonomischen Faktoren betrachtet werden. Denn für die Entwicklung der Wirtschaft und insbesondere des Agrarsektors

sowie die Stärkung von Eliten und Militärs ist die Integration Sudans in den Weltmarkt zentral. Drei Faktoren sind dabei von besonderer Bedeutung: Die Neoliberalisierung der Wirtschaft, Sanktionen und die Extraktion natürlicher Ressourcen wie Öl.

In den 1980er Jahren befand sich Sudan in einer Wirtschaftskrise und war nicht mehr in der Lage, seine Schulden zu begleichen. Der damalige Präsident Jaafar al-Nimeiri startete auf Empfehlung von IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank ein weitreichendes Privatisierungsprogramm. Daraufhin verkaufte die Regierung zahlreiche staatliche Unternehmen, von denen viele in Auktionen zu niedrigen Preisen an regimetreue Personen gingen. Nimeiri brachte so ihm nahestehende Personen und Teile des Sicherheitsapparates in die Privatwirtschaft. Sein Nachfolger Omar al-Baschir setzte Privatisierungen in den 1990er Jahren fort, während Staatsausgaben gemessen am Anteil des BIP um die Hälfte gekürzt wurden.

Diese Politik hatte dramatische Folgen für die ländlichen Regionen und den Agrarsektor Sudans. Schon in den 1960ern und 1970ern förderte die Regierung maschinelle Landwirtschaft und überließ Land an private Investoren. Viele Viehzüchter wurden durch die Ausdehnung der mechanisierten Landwirtschaft von ihren Weiden vertrieben und mussten sich zusätzliche Einkommensquellen suchen. Parallel sank die Verfügbarkeit von Anbau- und Weideflächen. Entwaldung, Überkultivierung und ein sinkender Grundwasserspiegel – aufgrund des erhöhten Wasserverbrauchs – förderte die Wüstenausbreitung. So wurde beispielsweise für den auf den Export ausgerichteten Anbau von Gummi Arabicum flächenweise Wald abgebrannt. Durch die Neustrukturierung des Agrarsektors, ein Unterbrechen von alten Anbauabfolgen und die exzessive Anpflanzung von Exportprodukten wurde das ökologische Gleichgewicht gestört. Die Böden wurden durch die mechanisierte Agrarindustrie erschöpft, teilweise innerhalb von 3-4 Jahren, und die Ernten von zentralen Produkten wie Hirse und Erdnüssen gingen auf diesem Land rasch zurück. Rund 17 Millionen Hektar Land wurden so unnutzbar gemacht, gleichzeitig konnte das Produktionswachstum nicht aufrechterhalten werden. Es gab nur selten Bestrebungen das Land zu regenerieren und selbst in Fällen natürlicher Regeneration standen die Flächen Viehzüchtern nicht zur Verfügung. In der Folge wurden Anbauflächen immer weiter ausgeweitet. Der Entwicklungsansatz für den Agrarsektor, welcher seit der wirtschaftlichen Öffnung unter Nimeiri verfolgt wird, hat den „den Grundstein für die Aushöhlung der strukturellen Grundlage der ländlichen Wirtschaft“[3] gelegt. Damit konnten auch Dürren wie in den 1980er Jahren nicht mehr abgefedert werden – mit verheerenden Auswirkungen.

Der zweite Faktor, welcher seit den 1990er Jahren starken Einfluss auf die globale Integration Sudans hatte, sind die verhängten Sanktionen. Zwar isolierten sie Sudan nicht gänzlich von der Weltwirtschaft, dennoch prägten sie die Art wie das Land global integriert wurde. So stärkten die Sanktionen eine herrschende Elite und eine Entwicklung, welche sich auf die städtischen Zentren beschränkte und die Peripherie vernachlässigte.

Anfang der 1990er Jahre betrafen die Sanktionen zunächst die diplomatische Ebene und wurden kurz darauf verschärft, als die USA Sudan als ‚State Sponsor of Terrorism' listeten. Während die Sanktionen der EU (Europäische Union) vor allem Waffenlieferungen betrafen, untersagten die USA jeglichen Handel und Finanztransaktionen. So wurden durch das Embargo von US-Banken Transaktionen in US-Dollar, welche für den internationalen Handel nötig sind, verhindert, womit Sudan praktisch vom globalen Handel abgeschnitten wurde. Zwar waren die Sanktionen im Vergleich zu den beispielsweise dem Irak oder Iran auferlegten begrenzt, hatten aber dennoch weitreichende Auswirkungen für die sudanesische Gesellschaft. Da der Zugang zum US-Dollar eingeschränkt war, bildete sich ein „Netzwerk der Parallelfinanzierung“[4]. Denn obwohl der Handel mit US-Unternehmen untersagt war, kam dieser nie ganz zum Stillstand. Während die Sanktionen den öffentlichen Sektor vom Schienenverkehr über die Post bis zur Baumwollindustrie hart trafen, schufen der Regierung oder dem Sicherheitsapparat nahestehende Personen Privatunternehmen, mit denen sie die Sanktionen umgehen konnten. Diese Unternehmen erfuhren zudem bevorzugte Behandlung durch die Regierung in Form von Steuervorteilen oder der Vergabe von Aufträgen.

Der dritte Faktor ist der Abbau von natürlichen Ressourcen. Im Jahr 1999 wurden, hauptsächlich im heutigen Südsudan, neue Ölvorkommen entdeckt. Diese stellten fortan die finanzielle Grundlage für große Dammprojekte, den lokalen Businesssektor und insbesondere das Militär. Als die Öleinnahmen 2011 mit der Abspaltung Südsudans wegfielen, bedurfte es einer neuen Quelle für harte Geldreserven, woraufhin der Goldabbau in den Vordergrund rückte. Hauptsächlich von lokalen paramilitärischen Gruppen wie den Dschandschawid bzw. Rapid Support Forces betrieben, stellt der Goldabbau nicht nur eine wichtige Einnahmequelle dar, sondern geht auch mit einer großen Umweltbelastung und Konflikten einher.

Insgesamt trugen die neoliberale Strukturanpassung, die Sanktionen und der Öl- und Goldabbau dazu bei, dass regierungsnahe Eliten und Militärs gestärkt wurden. Sie profitierten von Privatisierungen und machten unter dem Sanktionsregime erfolgreich

Geschäfte. Das Militär sicherte sich zunächst durch Ölexporte und später durch Goldabbau einen festen Platz in der Wirtschaft. Mittlerweile besitzt es Banken, Importunternehmen, Getreidemühlen und Verkehrsknotenpunkte. Gleichzeitig wurde der öffentliche Sektor geschwächt, Staatsausgaben – ausgenommen im Sicherheitssektor – gekürzt, die Produktion auf Export ausgerichtet und der Handel durch neue Investitionsgesetzgebung auf Kosten der lokalen Wirtschaft liberalisiert. In Kooperation mit lokalen Eliten richteten die internationalen Finanzinstitutionen die sudanesische Wirtschaft auf den globalen Markt aus und weg von lokalen Bedürfnissen. Dadurch verschlechterten sich die Lebensbedingungen für die Mehrheit und die Natur wurde zunehmend belastet.

Kämpfe um Natur und Klima

Diese tiefgehenden sozio-ökonomischen Veränderungen trafen auf Widerstand und führten zu Konflikten. Der Krieg in Darfur Anfang der 2000er Jahre wurde von verschiedenen Seiten mit Dürren und Konkurrenz um Land in Zusammenhang gebracht. So beschreibt Mahmood Mamdani in seiner Analyse, wie die „durch das in der Kolonialzeit entstandene Land- und Verwaltungssystem gefilterten Auswirkungen der Umweltkrise“[5] den Konflikt prägen.

Auch in anderen Regionen Sudans kommt es zu Kämpfen um Land. Anfang der 2000er Jahre, kurz nach Beginn der Ölförderung, startete die sudanesische Regierung ein Programm zum Bau von Staudämmen. Dämme dienen zum einen als Prestigeprojekte der Regierung, zum anderen sollen sie den steigenden Bedarf an Energie decken und die Wasserversorgung stabilisieren. Angesichts der Klimakrise und extremer werdender Wetterverhältnisse steigt die Bedeutung solcher Projekte. Die Staudämme werden durch ausländische Investitionen, insbesondere aus den Golfstaaten und China, mitfinanziert. Am Bau des riesigen Merowe-Staudamms war auch ein deutsches Unternehmen, Lahmeyer International (heute Tractebel Engineering), beteiligt. Gegen dieses wurde 2010 ein Strafverfahren eröffnet. Denn für den Bau des Merowe-Staudamms vertrieb die sudanesische Regierung unter Beteiligung der Armee rund 50.000 Menschen. Dörfer wurden teilweise überflutet, als diese noch bewohnt waren. Gegen die gewaltsamen Vertreibungen im Zuge dieses und ähnlicher Projekte formierten sich über viele Jahre feste Strukturen des Widerstands.

Andere Formen der Landnahme führten ebenso zu Konflikten. In den 2000er Jahren begann die sudanesische Regierung, Land an die Golfstaaten zu verkaufen. Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate oder Saudi-Arabien kaufen fruchtbares Land, da der Anbau von Nahrungsmitteln, insbesondere Futter für Tiere, innerhalb ihres Staatsgebiets zunehmend schwierig ist. In diesen ohnehin trockenen Regionen ist der Grundwasserspiegel durch Übernutzung und Trockenheit abgesunken. Besonders seit der durch Dürren und Nahrungsmittelspekulationen ausgelösten Lebensmittelkrise 2008 streben diese Staaten größere Nahrungsmittelsouveränität an. Seit der Abspaltung Südsudans und dem weitgehenden Verlust der Einnahmen durch Ölexporte 2011 förderte die Regierung unter al-Baschir den Verkauf von Land weiter, um neue Finanzeinnahmequellen zu sichern. Die dadurch vertriebenen Menschen reagierten mit heftigen Protesten auf die Landräumungen durch das Militär, Verkäufe wurden teilweise gestoppt.

Nicht nur Vertreibungen schüren die Wut auf die Regierung. Sparmaßnahmen und Sanktionen sowie daraus resultierende Konflikte haben die Wirtschaft geschwächt und die Handlungsfähigkeit des Staates, der Klimakrise entgegenzutreten, eingeschränkt. So sind viele Menschen wegen des Umgangs mit der aktuellen Flutkatastrophe wütend auf die seit dem Putsch 2021 vom Militär dominierte Regierung. Es werden trotz gestiegener Häufigkeit von extremen Wetterverhältnissen keine Maßnahmen getroffen, um diese einzudämmen. Auch wird kaum Hilfe durch die Regierung bereitgestellt, stattdessen stehen Widerstandskomitees und Gewerkschaften zur Stelle.

Das Militär und die Klimakrise

Die letzten Jahrzehnte in Sudan sind von zahlreichen Konflikten geprägt, in denen das koloniale Erbe und Widersprüche, welche sich aus neoliberalem Kapitalismus und Imperialismus ergeben, eine wichtige Rolle spielen. Konflikte von Südsudan über Darfur bis hin zu Kämpfen um Land sorgen für permanente Instabilität. In all diesen Konflikten tritt das Militär als zentraler Akteur auf, ob bei Kriegen, Unterdrückung von Aufständen oder der gewaltsamen Räumung von Land. Dabei ist es kaum verwunderlich, dass die Finanzierung der Armee im Kontext sich häufender Konflikte hohe Priorität hat. Mit der Entdeckung von Ölquellen

Eine Bäurin im Norden Darfurs bewässert ihr Feld.
Quelle: USAID/Wikimedia

stiegen die Militärausgaben stark. Die Armee wurde technisch hochgerüstet und eine lokale Waffenindustrie wurde aufgebaut. Als die Einnahmen 2011 mit der Abspaltung Südsudans wegbrachen, verkleinerte die Regierung das Militär nicht, noch wurde die Finanzierung gestrichen, stattdessen wurde in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors gespart.[6]

Das Militär trägt wiederum auch selbst zur Zerstörung der Umwelt bei. Wie bei allen Armeen ist von einem enormen CO2-Ausstoß auszugehen und es trägt durch den hohen Energiebedarf zur Abholzung der Wälder bei. Nach Verlust der Ölquellen wurde Gold schnell zum Hauptexportgut. Paramilitärs wie die Rapid Support Forces (ehemals Dschandschawid, aus Darfur) erlangten schnell Kontrolle über die Goldminen von Dschebel Amer in Darfur. Ihr Kommandeur General Mohammed Daglo, bekannt als Hemeti, und seine Familie sind eng verwoben mit dem Unternehmen Al Gunade, welches die Goldminen betreibt. Durch diese wird nicht nur die Konterrevolution in Sudan finanziert – den Rapid Support Forces wird vorgeworfen, an Massakern während der Revolution beteiligt gewesen zu sein – auch sollen laut einem CNN-Bericht[7] russische Unternehmen verdeckt Gold abbauen und ins Ausland schmuggeln, um den aktuellen Krieg in der Ukraine zu finanzieren.

Die zum Herauslösen des Golds genutzten Stoffe Quecksilber und Zyanid sind hochgiftig. Die Abfallstoffe werden in umliegendes Land entsorgt und so Farmen, Vieh und Wasservorkommen über große Entfernungen vergiftet. Tausende Menschen protestieren gegen den Goldabbau, gehen auf die Straße, errichten Sitzblockaden oder stecken die dazugehörigen Unternehmen in Brand. Diese sowie die Regierung reagieren mit Gewalt und die Rapid Support Forces schossen beispielsweise in der Region Südkordofan auf Demonstrierende.

Internationale Unterstützung des Militärs und der Konterrevolution

Im Dezember 2018 brachen Massenproteste gegen den Machthaber Omar al-Baschir aus, welcher wenige Monate später abgesetzt wurde. Jahrzehntelange Sparmaßnahmen, Privatisierungen und insbesondere die gravierende Ungleichheit zwischen den urbanen und den ländlichen Regionen des Landes hatten die Wut der Bevölkerung geschürt. Dabei spielt die Frage um Land und dessen Verfügbarkeit eine zentrale Rolle. Kämpfe und Konflikte der letzten Jahre – von Darfur bis hin zu Landräumungen für Dämme oder zugunsten ausländischer Investoren – wirken auf die Dynamiken der Revolution.

Sudanes:innen kämpfen für soziale Gerechtigkeit und gegen ein Militär, welches für Jahrzehnte der Unterdrückung steht und das Leben der Menschen und die Umwelt verheizt. Auch nach dem Sturz Omar al-Baschirs hat das sudanesische Militär eine zentrale Rolle inne und ist Teil der Übergangsregierung. 2021 putschte das Militär gegen den zivilen Premierminister Abdalla Hamdok und stellt seitdem das Staatsoberhaupt.

Trotz Massakern an Demonstrierenden während der Revolution, bei denen hunderte getötet, verletzt und vergewaltigt wurden, unterstützen westliche Staaten den Kompromiss mit dem Militär. Bereits in der Vergangenheit gelangten Gelder der EU im Rahmen des Khartum-Prozesses 2013/14 an die Dschandschawid, aus denen die genannten Rapid Support Forces hervorgingen. Diese wirkten am Genozid in Darfur mit. Heute unterstützen sie die Konterrevolution und verüben Massaker an Demonstrierenden. Auch infolge der Revolution riss die westliche Unterstützung für das Militär nicht ab. Volker Perthes, ehemaliger Direktor der Stiftung Wissenschaft Politik und damit Berater der deutschen Regierung in außenpolitischen Fragen, wurde im Januar zum Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Sudan ernannt. Perthes verhandelte nach dem Militärputsch 2021 zwischen alten Militärs, Hemeti und dem in Hausarrest befindlichen Premier Hamdok. Er setzte sich für den Erhalt der Militärregierung und eine Versöhnung zwischen dieser und der Bevölkerung ein. Sudanesische Aktivist:innen werfen Perthes vor, den Putsch zu legitimieren und rufen international dazu auf, Druck auf Regierungen auszuüben, sich mit den Menschen auf der Straße zu solidarisieren, statt das Militär und die Konterrevolution zu unterstützen.

Anmerkungen

1 Ein Feddan entspricht 0,42 Hektar.
2 UNEP (2020): Sudan. First State of Environment and Outlook Report 2020, unep.org.
3 Elnur, Ibrahim (2009): Contested Sudan. The Political Economy of War and Reconstruction, New York: Routledge, S. 61.
4 Berridge, Willow; de Waal, Alex und Lynch, Justin (2022): Sudan's Unfinished Democracy: The Promise and Betrayal of a People, London: C Hurst & Co Publishers Ltd., S. 47.
5 Mamdani, Mahmood (2009): Saviors and Survivors: Darfur, politics, and the War on Terror, New York: Doubleday, S. 237.
6 Lowings, Ben (2019): Sudan: Economy and Military in the Fall of Bashir. Understanding Conflict in Africa Series, Policy Briefing. Brussels International Center, S. 4.
7 Elbagir, Nima et al. (2022): Russia is plundering gold in Sudan to boost Putin's war effort in Ukraine, cnn.com.

Krieg und Ökologie in Rojava

von Make Rojava Green Again

Die Revolution von Rojava

Die Themen Krieg und Umwelt sind an keinem Ort der Welt unabhängig voneinander zu betrachten. Insbesondere in Regionen, die über Jahrzehnte hinweg direkt von Kriegen geprägt sind, ist die ökologische Situation verheerend. Die autonome Region Nord- und Ostsyrien ist ein Beispiel dafür. Syrien befindet sich in einem seit 2011 andauernden Krieg. Nur ein Jahr nach Kriegsbeginn konnte die Bevölkerung im Nordosten des Landes mithilfe der Erfahrung der kurdischen Freiheitsbewegung eigene Selbstverteidigungseinheiten und eine autonome Selbstverwaltung aufbauen. Diese Region wird als „Rojava“ bezeichnet (kurdisch für „Westen“, da dies der westliche Teil Kurdistans ist).

Die Revolution von Rojava ist inspiriert und beeinflusst vom Paradigma der kurdischen Freiheitsbewegung, welche sich auf die drei Säulen Ökologie, Frauenbefreiung und direkte Demokratie stützt. Das Paradigma bietet nicht nur Lösungen in explizit gesellschaftlichen oder politischen Fragen für den Mittleren Osten, sondern auch für ökologische Fragen auf globaler Ebene. Auch aus diesem Grund steht die Autonomie-Region wortwörtlich unter ständigem Beschuss der umliegenden Staaten sowie der imperialen Kriegsmächte, da die dargelegten Lösungsansätze ein Ende des Krieges und somit ein Ende des Profits dieser Mächte bedeuten würden.

Insbesondere der türkische Staat hat mehr als nur ein Interesse, die Revolution im Keim zu ersticken. So führt das Erdoğan-Regime einen ununterbrochenen Krieg auf mehreren Ebenen gegen die Menschen, die dort tagtäglich für den Neuaufbau ihrer Heimat kämpfen. Von direktem Artilleriebeschuss über die Grenze bis hin zu wöchentlichen Drohnenangriffen, bei welchen schon dutzende Menschen ermordet wurden. Außerdem greift der türkische Staat immer wieder auf eine Kriegsführung zurück, die auf die Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen abzielt – mit dem Zweck, das Land auszutrocknen und die Menschen und Tiere verhungern zu lassen.

Wasser als Waffe

Die möglicherweise größte Waffe in der Hand des türkischen Regimes ist das Wasser des Euphrats, des Tigris und des Chabur-Flusses, welche auf türkischem Staatsgebiet entspringen und zuvor Millionen von Menschen im Norden Syriens und Iraks mit sauberem Trinkwasser versorgten. Mit dem Bau von 22 Staudämmen im Rahmen des „Southeastern Anatolia Project (GAP)“[1] wird der Durchfluss des Wassers nach Syrien und in den Irak schwer vermindert.[2]

So herrscht nicht nur enorme Knappheit an Trinkwasser, es ist vor allem auch ein schwerer Schlag für die Agrikultur im Norden Syriens. Der Großteil der nordsyrischen Ökonomie lebt von der Landwirtschaft. Aufgrund des Wassermangels vertrocknen die Felder und die Ernte bleibt aus. Ein weiterer großer Teil der Bevölkerung lebt von der Viehzucht. Durch die rapide Desertifikation bleibt auch die Nahrung der unzähligen Schafherden aus. Traditionelle Tätigkeiten können immer weniger ausgeübt werden.

Das Wasser als Waffe greift auf humanitärer Ebene an. In den vergangenen Monaten sind die Entwicklungen der Region in Bezug auf die Wassersituation besonders akut. Durch verminderte Hygiene-Möglichkeiten verbreiten sich Krankheiten insbesondere über unreines, abgestandenes Wasser. So werden erst seit wenigen Monaten immer mehr Fälle von Cholera identifiziert.[3]

Es gibt verschiedene Ansätze und nicht-militärischen Widerstand gegen diese Wasserpolitik. Ende 2021 fand etwa ein Wasserforum in Hesekê statt, wobei Lösungsschritte und Strategien entwickelt wurden.[4]

Abholzung und Chemiewaffen

Der Krieg gegen Mensch und Natur im Nordosten Syriens hat viele Facetten. In den vom türkischen Staat und von durch die Türkei unterstützten islamistischen Gruppierungen besetzten Gebieten ist dies ganz besonders ersichtlich. Dort wurde der Natur regelrecht der Krieg angesagt. Im seit 2018 besetzten Afrin werden mehrere tausend Bäume abgeholzt und auf dem Markt verkauft oder einfach verbrannt.[5] Die Region Afrin ist bekannt für ihre olivenbaumreiche Landschaft und war bis zur Besatzung die grünste Region im Norden Syriens. Die Bevölkerung Afrins identifiziert sich hauptsächlich über diese natürliche Ressource. Die Menschen aus Afrin, die wir kennengelernt haben, haben eine ganz besondere emotionale Bindung zu ihren Olivenbaumfeldern. So ist die Baumrodung nicht nur ein ökologischer und ökonomischer, sondern auch ein kultureller Angriff auf die Menschen der Region. Die Abholzung von Seiten des türkischen Regimes begrenzt sich jedoch nicht nur auf den westlichen Teil Kurdistans (Nordsyrien), sondern nimmt auch in Nordkurdistan (Südosttürkei) immense Ausmaße an.[6]

Der grausamste Aspekt der türkischen Kriegsführung ist jedoch der Einsatz von Chemiewaffen. So wurden 2019 z.B. Phosphorbomben bei der Invasion in Serê Kaniyê eingesetzt.[7] Es gibt starke Indikationen, dass die türkische Armee seit April dieses Jahres in den Bergen Südkurdistans (Nordirak) verbotene Chemiewaffen wie z.B. Chlorpikrin und Pfefferspray gegen die kurdische Guerilla einsetzt.[8] Allein in den sechs Monaten von April bis Oktober 2022 wurden nach Angaben der Volksverteidigungskräfte (HPG) mindestens 2004-mal international verbotene Bomben und chemische Waffen von Seiten der türkischen Armee eingesetzt.[9] Dies führt nicht nur zum Tod von kurdischen KämpferInnen und ZivilistInnen, sondern hat langfristig desaströse Folgen für die Umwelt, deren Ausmaß derzeit noch gar nicht abgeschätzt werden kann.

Kolonialismus

Wenn über den Zusammenhang von Umweltzerstörung und Krieg gesprochen wird, so wird eine Thematik häufig außen vorgelassen oder nur oberflächlich angekratzt: Das Problem des Kolonialismus. Es ist nicht nur direkt mit Krieg und Umwelt verbunden, sondern bildet auch das Fundament der ganzen Problematik. Allgemein bekannt ist, dass die Umweltzerstörung in ihrem ganzen Ausmaß im Globalen Süden zum Vorschein kommt. Der Globale Süden ist sowohl ökonomisch als auch ökologisch eine Kolonie des Globalen Nordens. Insbesondere im Zeitalter des Plastiks wurden die Länder des Südens zur Müllhalde der Welt ernannt. Es sind auch vor allem die Länder des Globalen Südens, in welchen die Imperialmächte ihre Kriege physisch ausführen. So werden sowohl Luft, Wasser und Erde durch Munition, explosive Stoffe und Gase verschmutzt als auch die Natur langzeitig vergiftet.

Krieg und Kolonialismus sind jedoch nicht nur als klassisch militärische Auseinandersetzungen zu verstehen. Eine Form des Kolonialismus ist die systematische Ausbeutung von Mensch und Natur. Dieses Phänomen gehört nicht der Vergangenheit an, sondern ist heute so präsent wie zu Kolumbus' Zeiten. Es ist ein verschleierter Krieg, den die westlichen Staaten des Nordens vor unseren Augen gegen den Globalen Süden führen. Insbesondere indigene Völker wie das kurdische Volk oder die verschiedenen Ethnien Zentral- und Südamerikas haben seit tausenden von Jahren im Einklang mit der Natur gelebt. Es sind diese Volksgruppen, die die Sprache der Natur sprechen und sie seit hunderten von Jahren vor Angriffen der Gierigen schützen. Die Ausbeutung des Südens ist insbesondere in der kapitalistischen Moderne für die Menschen des Globalen Nordens unabdingbar, solange sie ihren Lebensstandard nicht radikal verändern wollen. Die globale Klimakrise ist im Grunde ein Problem des Kolonialismus, denn die Ausbeutung findet statt, um die sogenannte „Entwicklung" des Nordens und seinen Wohlstand zu sichern. Kurz gesagt: Die globale Umweltzerstörung ist eine Konsequenz der Logik der kapitalistischen Staaten mit ihrer kolonialen Natur, die durch verschiedene Kriegstaktiken an ihr Ziel gelangen wollen. Die Taktiken dieses Krieges sind teilweise sehr offensichtlich, teilweise grün gewaschen und unterschwellig.

Jedoch können wir insbesondere in Kurdistan, welches als eine Kolonie der vier Besatzerstaaten Iran, Irak, Türkei und Syrien bezeichnet werden kann, eine Kolonialpolitik erkennen, die nicht nur von fernen Kräften, sondern direkt von den Regimen vor Ort kommt. So ist die Landschaft Nordsyriens ein herausragendes Beispiel für den Umgang des syrischen Regimes mit der eigenen kurdischen Gesellschaft. Über Jahrzehnte hinweg war es der Bevölkerung Nordsyriens, welche überwiegend kurdisch ist, dennoch auch aus AraberInnen, ArmenierInnen, TurkmenInnen, TscherkessInnen und AssyrerInnen besteht, verboten nach eigenem Ermessen und Bedürfnis Gemüsegärten anzulegen oder Bäume zu pflanzen. Das Regime nutzte die Region als Kornkammer Syriens und setzte das Land in dieser Region einer Monokultur aus, die die Qualität des Bodens stark gesenkt hat. Ein weitaus unterschätzter Effekt dieser Politik ist die Entfremdung der Menschen von einer vielfältigen Agrikultur und der Kultur des Bäumepflanzens. Auch hat das syrische Regime niemals eine Abfallstrategie implementiert, was mit der ständigen Zunahme von Plastikabfall heute zu großen

Problemen führt, da die Gesellschaft jahrelang gelernt hat, Abfall in der Gegend liegen zu lassen.

Die verschiedenen Politiken der umliegenden und der imperialen Staaten führen zu immensen Schwierigkeiten in der ökologischen Frage für die Region. Auch machen sich die Auswirkungen des Klimawandels immer mehr bemerkbar. Insbesondere die letzten Jahre sind von extremer Sommerhitze und ungewöhnlich wenig Niederschlag geprägt. Dies hat eine verstärkende Wirkung auf die ohnehin schon verheerende Kriegspolitik des türkischen Staates gegenüber der Natur Kurdistans.

Die Kampagne „Make Rojava Green Again“

Seit Beginn der Revolution von Rojava und der Abwesenheit des syrischen Regimes bemühen sich die Menschen vor Ort, Lösungen für oben genannte Probleme zu finden. Sowohl lokale Initiativen und NGOs als auch die Autonome Selbstverwaltung machen Anstrengungen, um die ökologische Situation zu verbessern und Projekte in dieser Sache voranzutreiben. So haben auch wir, als Kampagne „Make Rojava Green Again“ im Jahr 2018 mit unseren Arbeiten in Rojava begonnen. Mit dem Bau der Internationalistischen Jugendkommune[10] haben wir uns einen Ort geschaffen, an dem wir uns mit den Gegebenheiten der Region auseinandersetzen können. Neben den gepflanzten Bäumen und dem Garten bietet die Kommune einen Platz, um mit verschiedenen AkteurInnen und ExpertInnen, ob aus dem Mittleren Osten oder aus anderen Teilen der Welt, zusammenzukommen und praktische Lösungen bezüglich der ökologischen Krise in einem anti-kapitalistischen Rahmen zu finden. Über den Aufbau der Kommune haben wir auch unser Buch geschrieben, welches erst die ideologische Grundlage unserer Arbeiten beschreibt und dann konkret auf die Probleme in der Region eingeht.[11]

Aufgrund des Sicherheitsrisikos während der Militäroperation gegen Afrin 2018 und während der Invasion der Region Serê Kaniyê 2019 konnten wir unsere Arbeit nur schwer fortsetzen. Auch jetzt droht Erdoğan erneut mit einer Militäroffensive. Jedoch hat der Krieg in niedrigerer Intensität nie aufgehört. Zwangsläufig ist ein Großteil unserer Arbeit mit der Thematik der kriegsbedingten Umweltzerstörung und ihren humanitären Folgen verknüpft. Trotz der Umstände sind uns einige Projekte gut gelungen. So zum Beispiel das Reservat in Hayaka, oder die Säuberungs- und Begrünungsaktion des Flussbettes in der Stadt Dêrik.

In den letzten Jahren, nach dem Krieg gegen den IS, ist in der Bevölkerung mehr Engagement entstanden. Daher wollen wir künftig vermehrt von Gesellschaftsinitiativen getragene lokale Projekte unterstützen. Außerdem fokussieren wir uns darauf, eine Schlüsselstelle zwischen den Gruppierungen vor Ort und der internationalen Community zu bilden. Wir wollen uns mehr mit anderen ökologischen, antikolonialen Kämpfen verbinden, denn wir sind überzeugt, dass die Ansätze und Bewegungen, die zum Frieden führen, in den Krisengebieten entstehen müssen, und nicht von den Zentren der Profiteure kommen können. Was wir in Rojava wie auch in den Bergen Kurdistans finden, ist ein unglaubliches Potenzial, ein gesellschaftlicher Kampf, der den Ursachen auf den Grund geht.

Anmerkungen

1 Arda Bilgen: Demystifying the (post-)politics of Southeastern Anatolia Project (GAP), 20.7.2017, bonndoc.ulb.uni-bonn.de.

2 Ali Kucukgocmen: Turkey starts filling huge Tigris river dam activists say, 2.8.2019, reuters.com; Hayder Al-Khafaji: Turkey’s dangerous dam project will result in another water war, 26.8.2019, bayancenter.org; Wim Zwijnenburg: Killing the Khabur: How Turkish-backed armed groups blocked northeast Syria’s water lifeline, 3.11.2021, paxforpeace.nl.

3 Northeast Syria Cholera Outbreak Brief, 21.9.2022, reliefweb.int.

4 Water for Rojava, A report from the international water forum held in Hasakah, 30.11.2021, savethetigris.org.

5 Lyse Mauvais: Crimes against nature: Forest clearing around Afrin’s Maydanki Lake sparks anger and shock, 2.9.2022, syriadirect.org.

6 Turkey: Şırnak loses 7 pct of forest cover in seven months, 14.7.2022, medyanews.net.

7 2019 Turkish offensive into north-eastern Syria en.wikipedia.org, Serkan Demirel: Turkey denies it, Swiss laboratory proves it used phosphorous, 31.1.2020, anfenglish.com.

8 Steve Sweeney: Collusion, Conspiracy & Corruption: An “on the ground” report into turkish war crimes and use of chemical weapons, Mai 2022, peaceinkurdistancampaign.com; Is Turkey violating the Chemical Weapons Convention? An independent investigation into possible violations of the Chemical Weapons Convention in Northern Iraq is urgently needed, 12.10.2022, ippnw.de.

9 Bîlançoya Şer ya 6 Mehan a Pêngavên Şoreşgeri yên Bazên Zagosê û Cenga Xabûr a Şehîd Savaş Maraş (14 ê Avrêl – 14 ê Cotmeh), 17.10.2022, hakikatinizi.com.

10 internationalistcommune.com.

11 Make Rojava Green Again: Internationalist Commune of Rojava, 2018, makerojavagreenagain.org.

Ukrainekrieg verschlimmert Klimakatastrophe

Umweltschäden und Emissionen durch den Ukrainekrieg

von Margot Melis

Seit bald zehn Monaten tobt der Krieg in der Ukraine. Rund zwei Dutzend Beamt*innen schickte die ukrainische Regierung zur COP27 in Ägypten, um dort u.a. die Umweltschädlichkeit des russischen Angriffskrieges in der Ukraine aufzuzeigen. Die stellvertretende Umweltministerin der Ukraine hob hervor: „Dies ist nicht nur ein Krieg, sondern Staatsterrorismus und Ökozid. […] Die Invasion hat Wildtiere getötet, Umweltverschmutzung verursacht und soziale Instabilität hervorgerufen. Der terroristische Staat schickt weiterhin Raketen auf unsere Kraftwerke.“[1] In einem Bericht des ukrainischen Umweltministeriums wurde der ukrainische Pavillon bei der COP27 als Erfolg gewertet: „Über 4.500 Teilnehmer besuchten den ukrainischen Pavillon während der zwei Wochen der Konferenz.“ Dies schlage sich auch in der Medienlandschaft nieder: „Als Ergebnis der Arbeit des Pavillons wurden mehr als 50 Artikel über die Ukraine sowohl in den führenden internationalen Medien (CNN, BBC, Reuters, TIME, Washington Post, Euronews usw.) als auch in den nationalen Medien verschiedener Länder – von Argentinien bis Marokko, Ägypten und Japan – veröffentlicht.“[2] Tatsächlich liegen zu keinem anderem Krieg so viele Artikel in den internationalen Medien vor, die die Umweltzerstörung durch Kriegshandlungen hervorheben – obwohl u.a. die Kriege in Syrien und Jemen sich ebenfalls desaströs auf die Umwelt auswirken.

Der ukrainische Präsident Selenskyj betonte in seiner Videoansprache an die Delegierten, dass es ohne Frieden keine wirksame Klimapolitik geben könne und dass wir uns keinen einzigen Schuss mehr leisten könnten. Zudem forderte er angesichts der Umweltzerstörung in der Ukraine durch Russland eine weltweite Plattform zur Auswertung der Auswirkungen militärischer Aktionen auf das Klima und die Umwelt. Das klingt zunächst vernünftig und löblich. Selenskyi hat Recht: Wir können uns angesichts der globalen Erderwärmung keinen weiteren Schuss leisten. Weder in der Ukraine, noch in Jemen, noch in Syrien, Libyen und allen weiteren Orten, an denen bewaffnete Konflikte geführt werden. Doch die Lehre aus diesen Aussagen besteht eigentlich darin, auf Verhandlungen zu drängen und allen weiteren Waffenlieferungen und Kriegshandlungen zu entsagen – doch das geschieht bislang leider nicht. In einem Artikel des staatlichen ukrainischen Zentrums für strategische Kommunikation und Informationssicherheit wird die Argumentationslinie klar: „Warum der Sieg in der Ukraine im Interesse des Umweltschutzes ist“.[3] Die Schlussfolgerung lautet: „Die Wiederherstellung der Delfinpopulation [im Schwarzen Meer], die Überwindung des Hungers in Afrika, die Stärkung des Glaubens der Menschen an die Gerechtigkeit durch die Bestrafung unprovozierter Aggression gegen einen souveränen Staat – all das hängt vom Sieg der Ukraine ab.“ So klingt keine konsequente Kritik an der Umweltschädlichkeit von Kriegen, die nur Verhandlungen und Waffenstillstand als Forderung haben kann, sondern eher die Instrumentalisierung einer solchen zur Legitimation des Kriegszieles der NATO: Sieg in der Ukraine.

Fridays for Future protestieren am 3. März 2022 gegen den Krieg in der Ukraine. Unglücklicherweise wurden dabei wiederholt, den Krieg verlängernde, Waffenlieferungen gefordert. Quelle: Stefan Müller / Flickr

Selenskyi fordert weitere umwelt- und klimaschädliche Waffenlieferungen und erst am 16. November 2022 betonte der NATO-Generalsekretär Stoltenberg im Rahmen der Ukraine Defense Contact Group u.a. die Notwendigkeit, mehr Luftabwehrsysteme und Treibstoff an die Ukraine zu liefern und hob hervor, dass die – energieintensive – industrielle Rüstungsproduktion beschleunigt werden müsse und die eigenen Bestände der NATO-Mitgliedstaaten zügig wieder zu füllen seien.[4]

Es ist schwierig, in Kriegssituationen Daten zu erheben und Aussagen wie die des ukrainischen Umweltministeriums zu überprüfen. Daher sind die Angaben in diesem Artikel mit Vorsicht zu betrachten. Dennoch bleibt eine Tatsache klar erwiesen: Der Krieg verschärft die Klimakrise und lässt die dringend erforderliche drastische Reduzierung von Treibhausgasemissionen in noch weitere Ferne rücken.

Kriegsbedingte Emissionen

Bei der COP27 betonte der ukrainische Umweltminister Ruslan Strilets: „Wir haben mehr als 2.200 Umweltverbrechen Russlands auf dem Gebiet der Ukraine registriert. Der Schaden an unserer Umwelt beläuft sich bereits auf mehr als 38 Milliarden Euro, und mit jedem Tag des Krieges steigt diese Zahl. Der direkte Schaden für das Klima als Folge der russischen Aggression beläuft sich auf mindestens 33 Millionen Tonnen CO2-Emissionen in die Atmosphäre“.[5] Der Großteil dieser Emissionen entsteht durch Waldbrände (23 Mio. Tonnen CO2), die durch Kampfhandlungen ausgelöst werden.[6] Schätzungen des ukrainischen zivilgesellschaftlichen Center for Environmental Initiatives Ecoaction teilt diese Einschätzung: „Unabhängige Forscher schätzen, dass bereits mindestens 34 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen durch Kämpfe, Waldbrände und den Transport von Vertriebenen verursacht wurden“, und fügt hinzu: „Weitere 14 Millionen sind Emissionen durch Lecks in Nord Stream 1 und 2. Und man darf nicht vergessen, dass nach dem Krieg ganze Städte wieder aufgebaut werden müssen, was zu weiteren 50 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen führen könnte.“[7] Demzufolge setzten die Kriegshandlungen in der Ukraine und ihre Auswirkungen seit Februar 2022 mindestens 100 Millionen Tonnen CO2 frei, also das Äquivalent der Emissionen, die ein Staat wie die Niederlande im gleichen Zeitraum verursacht, so Ecoaction.

Die Schätzungen des deutschen Umweltbundesamts bezüglich des durch die Lecks entwichenen Methans liegen bei 300.000 Tonnen – äquivalent zu 7,5 Mio. Tonnen CO2, da Methan weitaus klimaschädlicher ist als CO2.[8] Mads Flarup von Greenpeace Nordic geht

Der Teufelskreis aus Klimawandel, Militär und Krieg. Grafik: IMI

von 30 Mio. Tonnen CO2 an ausgetretenem Gas aus: „Nach unseren Berechnungen kann das Gasleck acht Monate der CO2-Emissionen von Dänemark entsprechen“.[9] Seit Ende September 2022 ist die Informationslage zu den Lecks äußerst dünn – abgesehen davon, dass unbekannt ist, wer die Lecks verursacht hat, bleibt sogar unklar, ob weiterhin Methan austritt.

Doch neben den emissionslastigen Militäraktivitäten des russischen und ukrainischen Militärs in der Ukraine nehmen auch die Militäraktivitäten anderer Streitkräfte durch den Ukrainekrieg zu. So sind seit Mai 2022 laut der NATO ständig rund 30 Militärflugzeuge in Osteuropa im Einsatz, um, so der Stabschef des Hauptquartiers des Alliierten Luftkommandos, Generalmajor Jörg Lebert, „die NATO gegen jegliche Aggression zu schützen“. Zu ihnen zählen Kampfflugzeuge, Luftbetankungs- und Transportflugzeuge sowie das fliegende Radarsystem AWACS.[10] Allein der Treibstoffverbrauch des AWACS ist erheblich: Zehn Stunden kann der von der NATO genutzte Typ E-3A mit einer Betankung von rund 90.000 Litern Treibstoff in der Luft bleiben.[11]

Umweltzerstörung

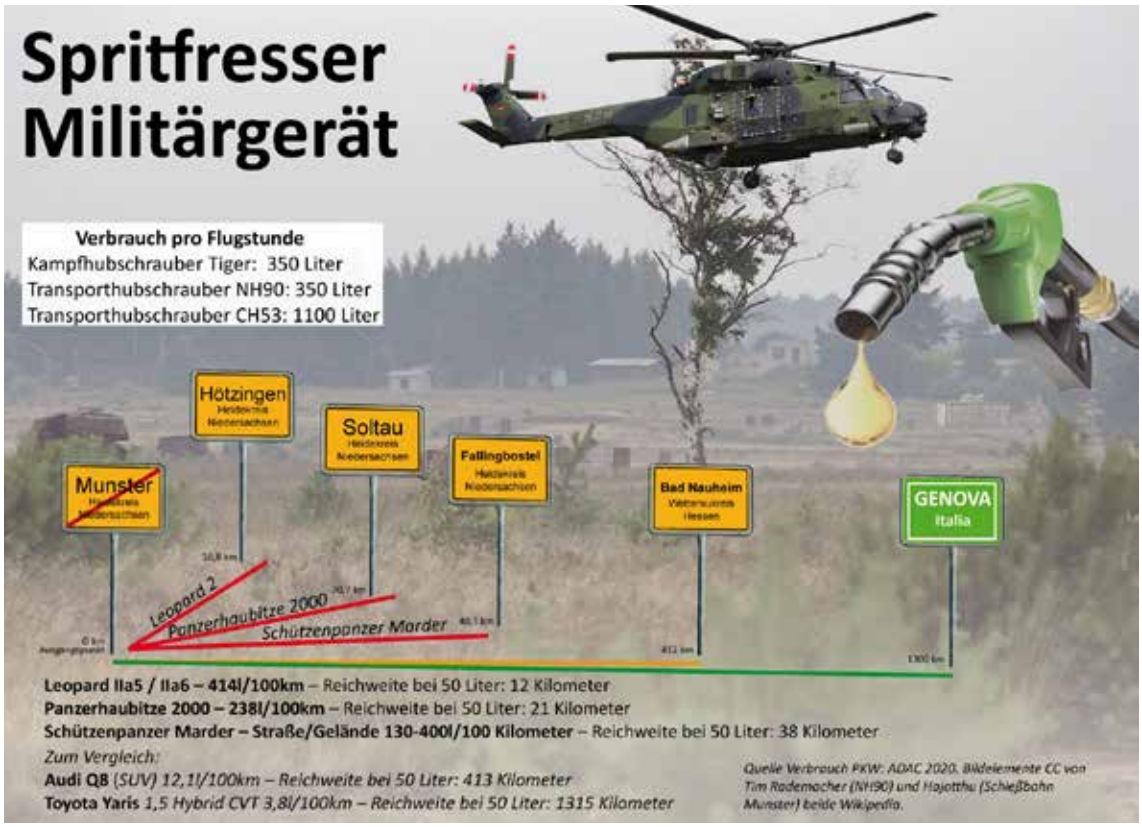
Laut dem ukrainischen Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen wurden während des Krieges etwa 30% der Naturschutzgebiete mit einer Größe von 3 Millionen Hektar durch Bomben, Brände und Verschmutzung beschädigt. In den ersten vier Kriegsmonaten wüteten 37.000 Brände auf einer Gesamtfläche von etwa 250.000 Hektar Land – ein Drittel des verbrannten Landes liegt laut der NGO Ukraine Nature Conservation Group in Naturschutzgebieten.[12]

Zudem hat das ukrainische Parlament im März 2022 – kurz nach Beginn des Krieges – die Naturschutzvorschriften gelockert. So ist seither z.B. die Rodung

von Wäldern auch in der Brutzeit erlaubt.[13] Bereits vor dem Krieg stellte illegale Raubrodung ein von staatlichen Stellen größtenteils toleriertes Problem in der Ukraine dar, besonders in den Karpaten. Laut der britischen Umweltorganisation Earthsight seien die – von Korruption geprägten – Holzeinfuhren in die EU aus der Ukraine im Jahr 2022 vergleichbar mit denen des Vorjahres. Doch Yehor Hrynyk, Aktivist der Ukrainian Nature Conservation Group, geht davon aus, dass die Abholzung mit dem Krieg zunehmen könnte, da die Regierung im Holzhandel eine wichtige Quelle der Exporteinnahmen sieht und Geschäftsleute versuchen würden, während des Krieges Profit zu machen.[14] Es ist davon auszugehen, dass der Krieg darüber hinaus noch viele weitere Umweltstandards in Frage stellt bzw. deren Überwachung verunmöglicht und damit in mehrfacher Hinsicht „schmutzige“ Geschäfte begünstigt. Zudem rückt durch den Krieg die essentielle Wichtigkeit des Klimaschutzes in den Hintergrund, der auch ein Lossagen von fossilen Energieträgern und eine Wirtschaftsform erfordert, die die Umwelt schützt und nicht ausbeutet und zerstört. Das zeigt sich auch in der großen Politik: Führende Politiker*innen weltweit schieben ihr Versagen bei der Umsetzung der Klimaziele auf den Krieg in der Ukraine – und damit auf Russland. So erklärt z.B. Bundeskanzler Scholz, dass wegen des Krieges im Interesse der Energiesicherheit neue Flüssiggas-Terminals errichtet werden müssen und Kohlekraftwerke wieder ans Netz angeschlossen werden.

Anmerkungen

1 Milman, Oliver: Ukraine uses Cop27 to highlight environmental cost of Russia’s war, theguardian.com, 13.11.2022.
2 Briefing on the environmental damage caused by the Russia’s war of aggression against Ukraine (November 3-23, 2022), mepr.gov.ua, 25.11.2022.
3 Why Ukraine’s Victory Is in the Interest of Environmental Protection, spravdi.gov.ua, 10.11.2022.
4 NATO Secretary General takes part in Ukraine Defense Contact Group meeting, nato.int, 16.11.2022.
5 Briefing on the environmental damage caused by the Russia’s war of aggression against Ukraine (November 3-23, 2022), mepr.gov.ua, 25.11.2022.
6 A climate office will be created in Ukraine with the support of Germany and the EU, odessa-journal.com, 15.11.2022.
7 War also harms the climate, but this damage is still not accounted, en.ecoaction.org.ua, 10.11.2022.
8 Lecks in Nord Stream 1 und 2 führen zu erheblichem Klimaschaden, umweltbundesamt.de, 28.9.2022.
9 So schwer könnten die Klimaschäden durch die Nord-Stream-Lecks sein, rnd.de, 28.9.2022.
10 Allies stand together to bolster NATO’s eastern flank, ac.nato.int, 10.5.2022.
11 E-3A, awacs.nato.int.
12 Pearce, Fred: Collateral Damage: The Environmental Cost of the Ukraine War, e360.yale.edu, 29.8.2022.
13 Krawinkel, Moritz: Krieg als Katalysator, medico.de, 9.5.2022.
14 Pearce, Fred: Collateral Damage: The Environmental Cost of the Ukraine War, e360.yale.edu, 29.8.2022.



Spritverbrauch von schwerem Militärgerät. Das Vielfache eines jeden Autos. Grafik: IMI

Nukleare Altlasten in der Arktis

von Ben Müller

Während des Kalten Kriegs zwischen den USA und der UdSSR war die Arktis ein nur schwer zugängliches Gebiet. Da die kürzeste Verbindung zwischen den beiden Supermächten aber über den Nordpol führte, war sie als Flugroute für einen Angriff oder Gegenangriff mit Atomwaffen stets Teil der kriegerischen Strategien und wurde somit auch ein Ort der Abschreckung und Androhung von Tod und Vergeltung. Mit dem Klimawandel zieht sich das arktische Eis heute immer weiter zurück. Damit rücken auch einige nukleare Hinterlassenschaften wieder ins Bewusstsein oder entlarven sich als tickende Zeitbomben, die einer wirtschaftlichen Nutzung der Arktis entgegenstehen.

Atomtestgelände Nowaja Semlja

Während andere Staaten ihre Atomwaffen in der Wüste von Nevada oder auf pazifischen Atollen zur Explosion brachten, nutzte die Sowjetunion unter anderem die Inselgruppe Nowaja Semlja in der Arktis als Testgelände. In den 1950er Jahren wurden dafür 536 auf den Inseln lebende Menschen umgesiedelt. Anfänglich wurden Explosionen an der Erdoberfläche, unter Wasser und in der Atmosphäre an verschiedenen Stellen der Inseln durchgeführt. Einige Gebiete auf den Inseln gelten seitdem als verseucht. Am 30.10.1961 wurde über der nördlichen Insel die größte jemals explodierte Atombombe („Zar-Bomba“) gezündet. Die Druckwelle der 50-Megatonnen-Bombe ging rund um die Welt, im 55km entfernten Ort Sewernyj wurden alle Gebäude vollständig zerstört und selbst in 900km Entfernung gingen Fensterscheiben zu Bruch.[1]

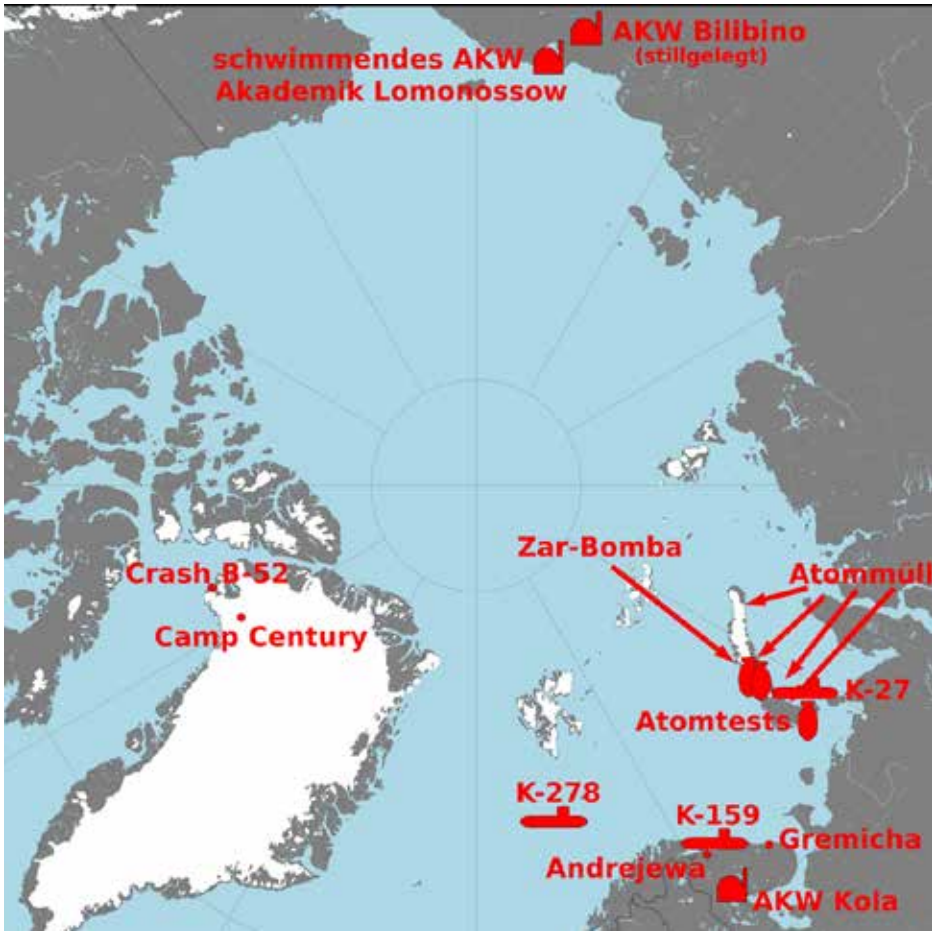
Nach dem Verbot von oberirdischen Atomtests 1963 verlegte die Sowjetunion den Großteil ihrer Tests in Tunnel südlich der Wasserstraße „Matotschkin Schar“. Bei diesen Versuchen kam es dreimal zu unkontrolliertem Austritt von Gas. 1969 wurden dabei am Test beteiligte Personen über längere Zeit einer hohen Strahlenbelastung ausgesetzt. Nach dem Ende der Sowjetunion werden die Testanlagen von Russland weitergenutzt. Es wird vermutet, dass Russland dort seine Waffe „Burewestnik“ entwickelt, einen Marschflugkörper, der von einem Atomreaktor angetrieben wird und mit Atomsprengköpfen bestückt werden kann.[2]

Atommüll im Arktischen Ozean

An der Ostküste von Nowaja Semlja hatte die Sowjetunion immer wieder festen Atommüll in der Karasee verklappt. Im Laufe der Jahre hatten sich dort rund 17.000 Container mit strahlenden Abfällen in Wassertiefen zwischen 20m und 300m angesammelt. Zum Teil wurden ganze Lastkähne mit Atommüll versenkt. Unter den Abfällen befanden sich auch mehrere Kernreaktoren aus verschiedenen U-Booten und aus dem Eisbrecher „Lenin“, von denen einige noch mit Brennelementen bestückt waren. 1982 wurde sogar das komplette U-Boot „K-27“ mit versiegeltem Reaktor in einem Fjord von Nowaja Semlja versenkt.[3]

Flüssige radioaktive Abfälle wurden außerdem an verschiedenen Stellen in der Barentssee verklappt. An Land gab es ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente an der Andrejewa-Bucht, aus dem 1982 radioaktiv verseuchtes Wasser austreten konnte. Und in Gremicha bildete sich ein Schrottplatz für ausrangierte Atom-U-Boote, die dort jahrelang vom Rost zerfressen wurden. Nach dem Ende der Sowjetunion hatte Russland mit Unterstützung aus Norwegen mit der Sanierung des Zwischenlagers an der Andrejewa-Bucht begonnen. Und auch für die Verschrottung der U-Boote aus Gremicha gab es finanzielle Unterstützung aus dem Ausland. Beim Abschleppen im Jahr 2003 ist allerdings das U-Boot „K-159“ vor der Halbinsel Kola gesunken, wobei neun Seeleute ums Leben kamen. Das Wrack liegt jetzt in etwa 200m Tiefe und enthält noch ca. 800kg hoch-angereichertes Uran.[4]

Für Russland hat die Bergung der U-Boote „K-27“



Atommüll und andere Altlasten in der Arktis. Grafik: Ben Müller

und „K-159“ sowie von vier verklappten Kernreaktoren, die zusammen für rund 90% der Strahlenbelastung in der Barents- und Karasee verantwortlich sind, oberste Priorität. Allerdings gibt es dafür noch keine konkreten Pläne, und vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine ist auch nicht mit internationaler Unterstützung zu rechnen.

Camp Century in Grönlands Eis

Die USA verfolgten in den 1950er Jahren das Geheimprojekt „Iceworm“. Hinter diesem Namen verbarg sich der Plan, bis zu 600 Atomraketen mitsamt Abschusseinrichtungen im Eisschild von Grönland zu verstecken, von wo aus sie gegebenenfalls die Sowjetunion angreifen könnten. Zur Erprobung der Machbarkeit bauten sie 1959 „Camp Century“, eine als Forschungsstation deklarierte Basis im grönländischen Eis. Die Station bestand aus einer Serie von Tunneln, die in das Eis gefräst und mit Blechdächern abgedeckt waren. Ein transportierbarer Atomreaktor sorgte für die Energieversorgung der Station, in der rund 200 Menschen leben sollten.

Der Atomreaktor war allerdings nicht gut abgeschirmt, und austretende Neutronen gefährdeten die Besatzung und kontaminierten Teile der Station. Da auch die Tunnel im Eis nicht so stabil waren wie erwartet, wurde das ganze Projekt bald wieder beendet. Der Reaktor wurde 1964 abgebaut und in den USA entsorgt. Die Station Camp Century wurde 1967 vollständig verlassen in der Annahme, ihre Reste blieben für die Ewigkeit im Eisschild von Grönland eingeschlossen. Eine Studie aus dem Jahr 2016 geht allerdings davon aus, dass der Klimawandel die Reste der Station nach dem Jahr 2090 wieder freilegen wird. Dann würden auch alle Abfälle von Camp Century wieder an die Oberfläche gelangen inklusive Abwässer, Dieselrückstände, PCB-haltige Baumaterialien und radioaktive Substanzen.[5]

Verlorene Atomsprengköpfe

Unter der Bezeichnung „Chrome Dome“ praktizierten die USA in den 1960er Jahren auch eine Abschreckungsmaßnahme mit atomar bestückten Bomber-Flugzeugen. Dafür befand sich ein Dutzend B-52-Bomber permanent in der Luft. Die Flugzeuge wurden in der Luft betankt, und die Piloten arbeiteten im Schichtbetrieb, um jederzeit bereit zu sein, einen atomaren Angriff auf die Sowjetunion auszuführen. Am 21.1.1968 befand sich eine B-52-Maschine mit vier Wasserstoffbomben über der Baffin-Bay zwischen Kanada und Grönland, als in der Kabine ein Feuer ausbrach. Während sich der Großteil der Besatzung mit dem Schleudersitz retten konnte, stürzte die Maschine in der Nähe der Thule Air Base auf den vereisten Ozean.

Beim Aufprall kam es zu keiner Nuklearexplosion. Aber durch die Explosion des konventionellen Sprengstoffs wurden auch radioaktive Substanzen freigesetzt und verteilt. Der Brand des Kerosins ließ außerdem das Eis schmelzen, so dass Teile des Wracks auf den Meeresgrund sanken. Die Aufräumarbeiten wurden durch extreme Kälte und die Dunkelheit der Polarnacht erschwert. Später freigegebene Dokumente zeigten, dass die atomaren Sprengköpfe nicht vollständig geborgen werden konnten. Es fehlte Material im Umfang von einer sekundären Sprengladung. Außerdem wurde offenbar, dass die USA entgegen anderslautenden Beteuerungen die von Dänemark verlangte atomwaffenfreie Zone über Grönland nicht beachteten. Die Operation Chrome Dome wurde nach diesem Unfall eingestellt.[6]

Ein Feuer wurde auch zum Verhängnis des sowjetischen U-Boots „K-278 Komsomolez“. Am 7.4.1989 kam es durch einen Kurzschluss zu einem Brand an Bord, der sich immer weiter ausbreitete. Von der 69-köpfigen Crew konnten sich nur 27 retten, bevor das U-Boot unterging. Jetzt liegt es in 1680m Tiefe in der Norwegischen See etwa 180km von der Bäreninsel entfernt. Neben dem Kernreaktor befinden sich auch zwei mit Atomsprengköpfen bestückte Torpedos an Bord. Im Jahr 2019 konnte eine Forschungsexpedition in der Nähe des Wracks erhöhte Radioaktivität messen, von der zurzeit aber noch keine Gesundheitsgefahr ausgehe.[7] Angesichts der Tiefe, in der dieses Wrack liegt, dürfte eine Bergung nochmal deutlich schwieriger werden als bei den U-Booten „K-27“ und „K-159“ oder dem Atommüll in der Karasee.

Ein gesunkenes und geborgenes Atomuboot der Sovietunion. Quelle: Bellona Foundation / Wikimedia

Immer mehr Atomreaktoren

Auch auf dem Grund des Atlantiks liegen gesunkene Atom-U-Boote, die zum Teil noch mit Atomwaffen beladen sind. Die Gefahr, die auf Dauer davon ausgehen wird, ist nicht abschätzbar. Dennoch werden von verschiedenen Staaten weiterhin Atom-U-Boote gebaut und eingesetzt, auch in der Arktis. Die russische Nordflotte, die in der Arktis stationiert ist, verfügt über rund 30 Atom-U-Boote.[8] Ein Teil davon ist mit Atomwaffen bestückt. Aber auch NATO-Staaten patrouillieren regelmäßig mit U-Booten in der Arktis, um die Zugänge zum Atlantik und Pazifik zu überwachen oder Spionage zu betreiben.

Auch große Kriegsschiffe wie Flugzeugträger oder Kreuzer werden häufig mit Kernreaktoren angetrieben. Von ihnen gehen die gleichen Gefahren aus wie von den U-Booten, auch wenn bisher weniger Unfälle bekannt geworden sind. Russland verfügt außerdem über zivile Schiffe mit nuklearem Antrieb. Neben sechs Atom-Eisbrechern zählt dazu auch das Frachtschiff „Sewmorput“. Und im Hafen der arktischen Stadt Pewek liegt ein schwimmendes Atomkraftwerk „Akademik Lomonossow“.

Die allgemeine Aufrüstung und die russischen Entwicklungspläne für die Arktis deuten darauf hin, dass die Anzahl der Kernreaktoren in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Das Risiko für eine nukleare Katastrophe in der Arktis wird dadurch noch größer, und es ist zu befürchten, dass auch die Anzahl nuklearer Hinterlassenschaften steigen wird.

Anmerkungen

1 Vitaly I. Khalturin, Tatyana G. Rautian, Paul G. Richards, William S. Leith: A Review of Nuclear Testing by the Soviet Union at Novaya Zemlya, 1955–1990, 2005, scienceandglobalsecurity.org.

2 Thomas Nilsen: New study reveals comprehensive buildup of nuclear missile test-ground at Novaya Zemlya, 18.9.2022, thebarentsobserver.com.

3 Charles Digges: Russian officials update maps of radioactive debris sunk in Arctic, 15.10.2018, bellona.org.

4 Anna Kireeva: Murmansk conference concludes sunken Russian subs must immediately be raised, 26.5.2014, bellona.org.

5 Paul Bierman: The US Army tried portable nuclear power at remote bases 60 years ago – it didn’t go well, 20.7.2021, theconversation.com.

6 1968 Thule Air Base B-52 crash, en.wikipedia.org.

7 Hilde Elise Heldal: Researchers discovered leak from Komsomolets, 10.7.2019, hi.no.

8 Thomas Nilsen: Nuclear Reactors in Arctic Russia, Juni 2019, thebarentsobserver.com.

Klimaaktivismus und Antimilitarismus

von Nabil Sourani

Um Ressourcen und Vormachtstellungen zu sichern, greifen Staaten auf ihr Militär zurück. Der Krieg in der Ukraine oder das Säbelrasseln um Taiwan zeigen: Imperialistische Konflikte spitzen sich weiter zu. Dadurch sind Menschen gefährdet, die Umwelt wird zerstört und die Klimakrise intensiviert sich. Klimabewegungen sollten deshalb antiimperialistische Kämpfe in ihre Reihen integrieren. Dass der Zusammenschluss gelingen kann, zeigen die folgenden Beispiele aus Guam, Okinawa und Sinjajevina.

Klimakiller Militär

Der menschengemachte Klimawandel ist bereits weltweit spürbar. Sascha Radl und Nora Schmid[1] argumentieren, dass die Regierungen im Globalen Norden mit „grünen" Technologien und (damit) der Reduzierung von Treibhausgasen die Klimakatastrophe abwenden wollen. China und einige BRICS-Staaten[2] agierten ähnlich. Der Kampf um die nötigen Ressourcen für die Technologien hat längst begonnen. Um der systembedingten zwischenstaatlichen Konkurrenz zu begegnen, setzen Regierungen ihr Militär ein. Umweltsoziologe Kenneth A. Gould bezeichnet die zunehmende Militarisierung als „das ökologisch zerstörerischste menschliche Unterfangen überhaupt".

Denn Militär hat neben der sichtbaren Zerstörung der Umwelt im Krieg auch einen direkten ökologischen Fußabdruck, erklären Radl und Schmid. Klimatheoretiker Ian Angus ermittelt, dass die permanente Rüstungswirtschaft während des Kalten Krieges ein Schlüsselfaktor für die Entstehung des Anthropozäns[3] ist – unter anderem durch bewaffnete Konflikte und Atomwaffentests. Darüber hinaus stellt das Costs of War Project in seiner aktuellen Studie fest, dass „das US-Verteidigungsministerium der weltweit größte institutionelle Erdölverbraucher und dementsprechend der größte Einzelproduzent von Treibhausgasen in der Welt ist". Dabei sind neben den aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen die Intensivierung von Militärübungen und die Standorte militärischer Stützpunkte nicht zu vergessen.

Militär zerstört die Umwelt in Guam

So etwa in Guam, das im westpazifischen Ozean etwa drei Flugstunden von Tokio und Manila liegt. Die von den Vereinten Nationen anerkannte Insel befindet sich im Besitz der Vereinigten Staaten. Wer auf Guam geboren wurde, besitzt zwar die US-Staatsbürgerschaft, darf aber nicht an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen. Ein nicht stimmberechtigter Delegierter Guams ist im Repräsentantenhaus vertreten. Jedes durch die Legislative in Guam verabschiedete Gesetz kann der US-Kongress aufheben und entscheiden, welche Teile der Verfassung für das Gebiet gelten – also regelrecht eine Kolonie wie sie im Buche steht.

Diese strukturelle Ungleichheit geht auf die sogenannten „Insular Cases" zurück, eine Reihe von Urteilen des Obersten Gerichtshofs der USA aus dem Jahr 1901, sowie auf den Pariser Vertrag von 1898, welche die Ungleichbehandlung institutionalisieren. Erstere argumentieren rassistisch, dass die dort lebenden Menschen das Konzept von Freiheit nicht verstünden und eine Selbstorganisation mit unabhängiger Regierung deshalb nicht möglich wäre. Letzterer regelt die Übergabe Guams von Spanien an die Vereinigten Staaten infolge des Spanisch-Amerikanischen Krieges 1898.

Bekannt ist die Insel unter anderem durch dort angesiedelte US-Militärbasen wie den Luftwaffenstützpunkt Andersen Air Force Base. Mehr internationale Aufmerksamkeit erhielt Guam wegen des Aussterbens eines Großteils der einheimischen Vogelarten. Das Massenaussterben wird auf die während des Zweiten Weltkrieges bei Truppen- und Materialtransporten eingeschleppte Braune Nachtbaumnatter zurückgeführt.[4] Bei einigen Pflanzenarten fehlen Bestäuber bzw. Vögel zur Samenverbreitung. Durch die fehlenden natürli-

chen Feinde ist zudem die Dichte der Spinnenpopulation 40-mal so hoch wie auf den Nachbarinseln.

US-Militär will Areal vergrößern

Rund 49.000 Hektar der Insel besitzt das US-Militär bereits, was einem Drittel der Insel entspricht. Neben der bereits erwähnten Andersen Air Force Base baute die US-Marine in den 1960er Jahren den Hafen Apra zu ihrem Stützpunkt für Atom-U-Boote aus. Die Bulldozer des US-Militärs sind noch da und wollen mehr. Nach dem Willen der US-Regierung soll auf Guam militärisch weiter aufgestockt und die Marine Corps Base Camp Blaz hinzukommen.[5]

Entsprechend stehen Widerstand, Klimagerechtigkeit und antikolonialer Kampf für die Bewohner:innen der Insel nicht erst seit gestern auf der Tagesordnung. Eine seit Jahrzehnten von Indigenen angeführte Bewegung formiert sich neu.

Denn das seit über zehn Jahren geplante Projekt sieht vor, dass ab 2025 etwa 5.000 Marinesoldat:innen und 1.500 ihrer Familienangehörigen aus der Region (unter anderem aus Okinawa) auf die Insel verlegt werden. Dafür sollen mehr als 1.000 Hektar Kalksteinwälder der Insel einem Komplex von Schießübungsplätzen weichen, der direkt an das nationale Naturschutzgebiet grenzt. Die Wälder gelten als wichtiger Lebensraum vom Aussterben bedrohter Pflanzen- und Tierarten. Gleichzeitig beheimaten sie mehrere tausend Jahre alte historische und kulturelle Stätten sowie Heilpflanzen der indigenen Bevölkerung. Die indigenen Chamorro sehen die große Gefahr, dass der Stützpunkt sie von den Wäldern und Fischfangorten abschneidet und damit Jahrtausende alte kulturelle Praktiken verloren gehen. Zudem liegt der neue Stützpunkt an der Nordküste und droht somit, die einzige Frischwasserquelle der Bevölkerung Guams zu verseuchen. Daneben besteht die Gefahr einer zunehmenden Militarisierung der angrenzenden Inseln Pagan und Tinian, der sogenannten Nördlichen Marianen, die ebenfalls zum nicht inkorporierten Außengebiet der Vereinigten Staaten zählen. So will das US-Militär die Korallenriffe um Tinian als Übungsgelände für Amphibienfahrzeuge nutzen, während Pagan für Bombentests hinhalten soll.[6]

Aufgrund der Militärbasen in Guam ist die Bevölkerung sicheres Ziel für US-Rivalen der Region. Guam liegt dreimal näher an Pjöngjang als am US-Festland – Raketen brauchen weniger als eine Viertelstunde, um die Insel zu erreichen.

Die Menschen in Guam kämpfen

„Der Klimawandel ist nicht nur auf unserer Türschwelle; er reißt die Tür ein“, zitiert Fances Nguyen den guamischen Aktivisten Julian Aguon.[7] Doch wie in den meisten Regionen sind die Bewohner:innen Guams in ihren Möglichkeiten, gegen den Klimawandel vorzugehen, stark eingeschränkt. Auch ohne Zutun des US-Militärs sterben Korallen und die Meeresbestände der Region. Dennoch verändert vor allem das Militär seit Jahrzehnten die Topografie der Insel und greift die biologische Vielfalt maßgeblich an. Der existenziellen Klimakatastrophe, welche Guam und seine pazifischen Inselnachbarn trifft, kann die Bevölkerung nicht entgegenwirken.

Dennoch kämpft Guams Bevölkerung weiter und übergibt das Land nicht einfach an das US-Militär. Jahrhunderte der Enteignung und Erniedrigung haben die Chamorros gelehrt, ihren Aktivismus nicht aufzugeben. Die Aufstockung der US-Streitkräfte auf Guam konnte die Bewegung bisher zwar nicht stoppen, aber bremsen. So führt der Kampf gegen die zunehmende Militarisierung zur Reduzierung der Truppen und der Verlegung von Militäreinrichtungen aus Dörfern. Vor allem durch dieses Engagement beobachte die Weltgemeinschaft genauer, was auf der Insel vor sich geht, so Aguon. Er setzt seine Hoffnung in die Impulse einer vitalen US-Öffentlichkeit, die beginne, sich mit sozialen und politischen Problemen stärker auseinanderzusetzen und die Identität und Rolle des imperialen Staates zu hinterfragen.

Jubiläum: USA geben Okinawa zurück

Ähnliches geschieht im Ostchinesischen Meer. Okinawa liegt etwa 1.600 Kilometer südlich von Tokio. Rund 70 Prozent der US-Militärstützpunkte und mehr als die Hälfte der 47.000 US-Soldat:innen in Japan befinden sich auf der Inselgruppe. Sie zählt zu den ärmsten der 47 Präfekturen Japans.

Okinawa war bereits Schauplatz einer der blutigsten Schlachten des Pazifikkriegs. Während der Invasion der US-Truppen 1945 starben 94.000 Zivilist:innen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gibt Japan Okinawa auf. Ein Friedensmandat in der Verfassung verbietet dem Land eine angriffsfähige Armee, während im Jahr 1951 der Vertrag von San Francisco Okinawa der zivilen Verwaltung der Vereinigten Staaten unterstellt. Etwas mehr als 20 Jahre später werden die Inseln mit der Bedingung, dass die USA dort Militärstützpunkte unterhalten kann, wieder unter japanische Kontrolle gestellt. Nun fürchten die Bewohner:innen, die Insel könne abermals zum Schauplatz eines Krieges werden. Umfragen der Zeitung Asahi Shimbun und okinawanischer Medienorganisationen zufolge wünschen sich 61 Prozent der Einheimischen weniger US-Stützpunkte auf der Insel, während 19 Prozent mit dem Status quo zufrieden sind.

Militär verschmutzt Umwelt

Aufgrund der US-Stützpunkte sieht sich Okinawa mit Belastungen wie Lärm, Umweltverschmutzung, Unfällen und der Willkür der US-Präsenz konfrontiert. Der bisherige Luftwaffenstützpunkt der Marine in Futenma liegt inmitten einer dicht besiedelten Stadt. Für die Zivilbevölkerung birgt diese räumliche Nähe zu den Stützpunkten die Gefahr, in militärische Konflikte hineingezogen zu werden. „Wir wollen nicht, dass wir benutzt werden, und wir wollen nicht, dass unsere Meere, Wälder, Ländereien und unser Luftraum in den Konflikten von Staaten benutzt werden", merkt Hideki Yoshikawa vom Okinawa Environmental Justice Project an.[8]

Seit den massiven Protesten im Jahr 1995 gegen Futenma, die auf die Vergewaltigung eines okinawanischen Mädchens durch US-Soldaten folgt, verpflichten sich die Vereinigten Staaten, den Stützpunkt zu schließen. Mitangeführt werden die Proteste seit Jahrzehnten von der Organisation Okinawa Women Act Against Military Violence (OWAAMV). Sie verzeichnet mehr als 350 Verbrechen durch US-Personal für den Zeitraum zwischen 1945 und 2011 – darunter sexualisierte Gewalt.

Die japanische und US-amerikanische Regierung einigen sich auf einen neuen Standort. Auf Futenma soll das vorgelagerte Henoko, ein Fischerdorf in der abgelegenen nördlichen Hälfte der Hauptinsel Okinawas, folgen. Bewohner:innen und Klimaaktivist:innen befürchten, dass der Stützpunkt in Henoko das marine Ökosystem der Region zerstören und die Sicherheit der rund 2.000 Anwohner:innen gefährden wird. Denn zum Teil soll der neue Stützpunkt über Korallenriffen errichtet werden. Außerdem verschmutzt er die Umwelt und zerstört den Lebensraum zahlreicher Tiere – insbesondere des gefährdeten Seekranichs.

Bei Bau- und Aufschüttungsarbeiten müssen sich die Planer:innen eingestehen, was wissenschaftlich bereits Jahre zuvor festgestellt wurde: Der Meeresgrund ist zu weich. „Der Boden ist offensichtlich instabil und erfordert 71.000 Pfähle, um sicher zu sein", erklärt Mark Cancian vom Center for Strategic and International Studies (CSIS). Ein Bericht des CSIS erläutert: „Dieses Projekt hat weiterhin Schwierigkeiten, da der Fertigstellungstermin erneut auf 2030 verschoben wurde und der Preis in die Höhe geschossen ist. Es scheint unwahrscheinlich, dass das Projekt jemals fertiggestellt wird".[9]

Futenma bleibt also geöffnet, der Bau in Henoko geht schleppend weiter, während in Ginowan und anderen Städten Okinawas giftiger militärischer Löschschaum und Treibstoff das Wasser verschmutzen.

Präsenz erhöht in Okinawa Angriffsgefahr

Abgeordnete der regierenden Liberaldemokratischen Partei Japans verweisen in Bezug auf die US-Präsenz auf die Bedrohung durch Nordkorea und China. Im März erklärte die japanische Regierung Okinawa zu einer „Kampfzone" für den Fall eines Taiwan-Konflikts. An der kleineren „Front", Okinawas Inseln, sollen weitere Raketen stationiert werden, so die Forderung.

Doch gerade wegen der Basen des US-Militärs in der Region ist Okinawa ein wesentliches Ziel, meint Masaaki Gabe, emeritierter Professor an der Universität der Ryukyus. „Okinawa wird im Falle eines Krieges oder Konflikts zwischen Japan und China an vorderster Front stehen", so Gabe.[10]

Und so geht im Mai 2022, während sich die Insel auf die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Rückgabe Okinawas an Japan vorbereitet, der in Okinawa geborene Jinshiro Motoyama in den Hungerstreik. Motoyama fordert, wie große Teile der einheimischen Bevölkerung, das Ende der Bauarbeiten an der Basis und eine deutliche Verringerung der US-Militärpräsenz. Er wirft der japanischen Regierung vor, den demokratischen Willen der Bevölkerung Okinawas zu missachten. Die Behörden Okinawas sehen sich bei strafrechtlichen und umweltrechtlichen Ermittlungen regelmäßig mit Leugnungen der USA konfrontiert.

Den Einwohner:innen erscheint die Insel noch immer als ein „quasi-kolonialer Außenposten der Vereinigten Staaten". Trotz offizieller Rückgabe der Inseln an Japan bleibt das US-Militär fest verankert. „Die Einheimischen sehen die Stützpunkte nicht als Schutzschild, sondern eher als Zielscheibe. Und Kriminalität und Umweltprobleme im Zusammenhang mit den Stützpunkten bedeuten, dass die Amerikaner weiterhin nicht willkommen sind", erklärt Jeff Kingston von der Temple University Japan dem Guardian.[11]

Nato sprengt Sinjajevina

Auch in Europa wirkt die Politik gemeinsam mit den Militärapparaten zerstörerisch auf den Planeten. Sinjajevina, im Herzen Montenegros, ist die größte Alm des Balkans, ein UNESCO-Biosphärenreservat und lebenswichtiges Ökosystem des Tara-Flussbeckens. In der Region leben mehr als 22.000 Menschen. Im Juni 2017 tritt Montenegro offiziell der Nato bei. Bereits ein knappes Jahr später sickern die ersten inoffiziellen Pläne eines neuen Militärgeländes in Sinjajevina an die Bevölkerung durch. Auf Empfehlung einer kofinanzierten Studie der Europäischen Union aus dem Jahr 2016 läuft gleichzeitig ein Prozess, Sinjajevina als

regionalen Naturpark bis 2020 unter Schutz zu stellen. Ein weiteres Jahr später, im September 2019, beginnt die montenegrinische Regierung mit der Abholzung der Wälder in Sinjajevina, weiht ein Artilleriegelände ein und startet mit Nato-Verbündeten aus den USA, Italien, Österreich, Slowenien und Nordmazedonien militärische Übungen und Waffentests.[12] Untersuchungen ökologischer, sozio-ökonomischer oder gesundheitlicher Folgen in der Region haben keine der beteiligten Akteur:innen vorgenommen. Die Bevölkerung, deren Umwelt, Lebensweise und Existenz von den militärischen Übungen und dem Gelände selbst bedroht ist, wurde von der montenegrinischen Regierung weder in den Entscheidungsprozess miteinbezogen noch wurde sie zuvor über die Pläne informiert. Seither haben die Armeen der Nato bis zu einer halben Tonne Sprengstoff auf Sinjajevina abgeworfen.[13]

Europäische Werte sind Hohn

Daraufhin starteten im Jahr 2020 die Bewohner:innen in Sinjajevina die Kampagne „Rettet Sinjajevina". „Wir sorgen uns nicht nur darum, den Zugang zu den angestammten Weidegründen zu verlieren, sondern fürchten auch, dass die Militarisierung unseres Territoriums zu Umweltverschmutzung, geringerer ökologischer und hydrologischer Vernetzung, Schädigung der Tierwelt und der Artenvielfalt sowie unserer Tiere und Ernten führen wird", erklärt Persida Jovanovic, Angehörige einer Landwirtsfamilie.[14] Der Aufmarsch des Militärs, die Besetzung privaten und öffentlichen Geländes und die Eröffnung des Übungsgeländes erfolgten während die Hirten- und Bäuer:innengemeinschaften noch auf ihren Weiden waren.

Mittlerweile unterstützen dutzende lokale und internationale Organisationen die „Rettet Sinjajevina"-Kampagne. Ihr Anliegen ist es, auf Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen die einzigartige Landschaft und die Landrechte der traditionellen Hirt:innen zu schützen.[15] Die Region soll im Sinne des europäischen Green Deal zum Schutzgebiet erklärt werden, weshalb die Aktivist:innen die Europäische Union dazu drängen, die Aufgabe des Truppenübungsplatzes zur Vorbedingung eines Beitritts Montenegros zu machen. „Wenn Montenegro Teil der Europäischen Union sein will, muss es die europäischen Werte respektieren und schützen, einschließlich des Green Deal der EU, des von der EU vorgeschlagenen Natura-2000-Gebiets in Sinjajevina und der EU-Strategie für biologische Vielfalt und natürliche Lebensräume", so Milan Sekulovic, der Präsident der Vereinigung „Rettet Sinjajevina".[16]

Wie geht es weiter in Sinjajevina?

Das Projekt, das die Militarisierung des Sinjajevina-Hochlands vorantreibt, führt die montenegrinische Regierung auch nach drei Jahren Widerstand fort. Auf

Die Verbindung von Forderungen nach Frieden und Klimaschutz sind keine Errungenschaften des Ukrainekriegs. Hier eine Gruppe der Naturfreunde beim Klimastreik im September 2019.
Quelle: Uwe Hicksch / Flickr

das Militärgelände soll nach wie vor nicht verzichtet werden. Die beteiligten Aktivist:innen machen deutlich: „Sinjajevina ist nicht nur ein lokales Problem, sondern auch ein globales Anliegen“, so Sabine Pallas von der Internationalen Landkoalition.[17] So sei die beste Strategie zum Schutz der Natur, um die Zerstörung der Ökosysteme aufzuhalten, lokale Gemeinschaften und ihre Gebiete zu sichern. Die Hirt:innen und die dort lebenden Menschen verwalten, formen und schützen das Land seit jeher. Entsprechend bestehen sie darauf, dass ihnen eine zentrale Rolle bei der Erhaltung, Förderung und Verwaltung ihrer Gebiete zukommt. Doch die Gefahr ist groß, dass sie nicht nur ihre Weiden, sondern auch ihre nachhaltige Lebensweise verlieren.

Systemwandel statt Klimawandel

Die drei aufgezeigten Beispiele Guam, Okinawa und Sinjajevina machen deutlich, dass das Militär zu den maßgeblichen Mitverursachern der menschengemachten Klimakatastrophe zählt. Staaten nehmen in ihrem Streben nach wirtschaftlicher und geopolitischer Kontrolle den Untergang des gesamten Ökosystems in Kauf. Dies ist kein Widerspruch, sondern Teil der Logik des kapitalistischen Systems. Technologischer Fortschritt allein kann die Klimakatastrophe nicht verhindern, allenfalls Staaten für deren (wirtschaftliche und geopolitische) Auswirkungen wappnen. Im Kapitalismus finden sich keine Antworten auf die Klimakrise.

Den Menschen ist das bewusst. Die Zahl der Klimabewegungen hat sich weltweit vervielfacht. Der Kampf um das Klima radikalisiert sich zusehends. Internationalistisch, mit Solidarität und Widerstand der Aktivist:innen ist der Systemwechsel und damit die Adressierung des Klimawandels möglich.

Anmerkungen:

1 Radl, Sascha; Schmid, Nora: Linking class, imperialism and climate: is there an “imperial mode of living”?, International Socialism, 2022.
2 BRICS steht für die Anfangsbuchstaben der fünf Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.
3 Anthropozän bezeichnet das Zeitalter der planetaren Umgestaltung durch den Menschen.
4 Center for Biological Diversity: Notice of Intent bzgl. Navy Relocation to Guam, 26.05.2022.
5 Nguyen, Frances: Guam won‘t give up more land to the U.S. military without a fight, prismreports.org, 04.06.2021.
6 Aguon, Julian: U.S. Militarization of Guam Is „Nothing Less Than Cataclysmic“, www.democracynow.org, 13.09.2022.
7 Nguyen, Frances: Guam won‘t give up more land to the U.S. military without a fight, https://prismreports.org/2021/06/04/guam-wont-give-up-more-land-to-the-u-s-military-without-a-fight/, 04.06.2021.
8 Hibbett, Maia: As Taiwan Tensions Build, Concerned Okinawans Push for U.S. Military Base Closure, theintercept.com, 06.09.2022.
9 Kuniyoshi, Mika: Henoko project ‚unlikely‘ to be completed, says U.S. think tank, www.asahi.com, 04.04.2021.
10 Kelly, Tim: Japan‘s Okinawa may be on the front lines again as it marks anniversary of U.S. handover, www.reuters.com, 12.05.2022.
11 McCurry, Justin: The Japanese hunger striker demanding an end to US bases in Okinawa, www.theguardian.com, 14.05.2022.
12 Sinjajevina.org: Local people Vs. Military polygon.
13 Save Sinjajevina Association; Save Sinjajevina and international allies urge the EU to block Montenegro‘s accession until it stops militarizing its UNESCO Biosphere Reserve, www.iccaconsortium.org, 08.07.2022.
14 Save Sinjajevina Campaign: Presseerklärung bzgl. International organizations urge the EU to block Montenegro‘s accession until it stops militarizing its UNESCO Biosphere Reserve, 25.06.2022.
15 Save Sinjajevina Association: Land Rights Now, ICCA Consortium, ILC & Common Lands Network, Montenegrin Protesters Successfully Stop NATO Training on Sinjajevina‘s Pastures, www.landcoalition.org, 16.12.2020.
16 Save Sinjajevina Campaign: International organizations urge the EU to block Montenegro’s accession until it stops militarizing its UNESCO Biosphere Reserve, sinjajevina.org, 01.07.2022.
17 Ebd.

Der Kampfpanzer KF51 Panther

„Game Changer“, Rohrkrepierer oder Rauchsignal?

von Anton Nels

Seit einem Jahrzehnt arbeiten Deutschland und Frankreich bereits an einem gemeinsamen, „europäischen“ Kampfpanzer, dem MGCS (Main Ground Combat System).[1] Auf der Rüstungsmesse Eurosatory 2022 wurde ein Modell des EMBT (European Main Battle Tank) – der Hauptkampfpanzer des Systems – zwar enthüllt, die größere Aufmerksamkeit bekam jedoch ein anderer Panzer. Rheinmetall stellte seinen KF51 Panther vor, eine Eigenentwicklung, die sich in direkte Konkurrenz zu dem deutsch-französischen Projekt begibt. Laut Rheinmetall kann dieser alles, was bisherige Kampfpanzer können, nur besser. Er soll leichter, schneller, stärker, kurz: besser, und dazu mit Technologien versehen sein, von denen die meisten Menschen noch nie etwas gehört haben dürften. Militarist*innen dürfte beim Anblick dieses neuen „Raubtiers“ das Herz höher geschlagen haben, was nicht zuletzt auch an der Darstellung des Panthers als „Game Changer“ von Seiten Rheinmetalls liegen dürfte. Allerdings überwiegen die Komplikationen, die dieser Panzer mit sich bringt, deutlich. Fokus des Textes wird sein, die verschiedenen Spannungsfelder, die sich aufgrund seiner Existenz ergeben, zu benennen und zu untersuchen. Zuvor muss allerdings ein Blick auf die Entwicklung des MGCS, also den Kontext für das Entstehen des Panthers, geworfen werden.

Geschichte des MGCS

Das Projekt begann 2012 als Kooperation Deutschlands und Frankeichs für einen gemeinsamen Kampfpanzer. 2014 wurden erste konkrete Gespräche zwischen der deutschen Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und dem französischen Staatskonzern Nexter geführt, aus denen wenig später die gemeinsame Holding „KNDS“ (KMW + Nexter Defense Systems) wurde.[2] 2017 wurde bekanntgegeben, dass Deutschland und Frankreich neue Systeme für gemeinsame europäische Kampfpanzer und Kampfflugzeuge entwickeln wollen,[3] das FCAS (Future Combat Air System) und das MGCS. Im FCAS wurde die Führung an den französischen Konzern Dassault übergeben, der sich durch seine Kompetenzen in der Luftfahrttechnik für diese Position anbot. Daher sollte das MGCS unter deutscher Kontrolle entwickelt werden, um ein Machtgleichgewicht zwischen den beiden Projekten herzustellen. Dazu berufen wurde zunächst KMW, die sich bereits im Vorfeld mit Nexter in KNDS zusammengefunden hatte, später kam auch Rheinmetall dazu, in dem Versuch, die deutsche Vormachtstellung innerhalb des MGCS auszubauen. Mehrmals wurde, von der deutschen Politik unterstützt, versucht, eine Übernahme von KMW durch Rheinmetall zu forcieren – erst 2014, um KNDS zu verhindern[4], dann 2019, um zu versuchen, den deutschen Einfluss innerhalb des Projektes auszubauen.[5]

Allerdings wurde diese 2019 vorerst endgültig abgewehrt, das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich blieb weiterhin bei jeweils 50 Prozent (50% Nexter, 25% KMW, 25% Rheinmetall). Während der Verhandlungen ließ Rheinmetall-Chef Armin Papperger verlauten, dass man sich mit der Position eines „Juniorpartners“ innerhalb des MGCS nicht zufriedengeben würde,[6] nachdem sie gescheitert waren, schien sich die Konstellation aus KNDS und Rheinmetall jedoch zu festigen. Im darauffolgenden Jahr wurde von der Bundesregierung ein Maßgabebeschluss veröffentlicht, in dem verankert wurde, dass sich MGCS und FCAS in etwa zeitgleich entwickeln müssen, um Finanzierungen zu gewährleisten.[7]

Schon 2021 konnte festgestellt werden, dass das MGCS hinter seinem fliegenden Schwesterprojekt hinterherhinkt – auch wenn dieses selbst kaum vorankam.[8] Durch diese Kopplung verkomplizierte sich einiges innerhalb der Entwicklung der beiden Rüstungsprojekte. Schon zuvor bestand innerhalb der Vorhaben Misstrauen darüber, ob die Machtverteilung in FCAS und MGCS nicht von den jeweils vorstehenden Staa-

Kommt modern daher aber knüpft an blutrünstige Traditionen an: der neue Panther von Rheinmetall. Quelle: Rheinmetall Defence /Wikimedia

ten ausgenutzt würde. Um es kurzzufassen: Es gibt Streit um den jeweiligen Anteil am Kuchen. Mit dem Maßgabebeschluss wurde faktisch die Finanzierung an Bedingungen gekoppelt, die – aus deutscher Sicht – besonders im FCAS die deutschen Interessen stärker unterstützen sollten. Angela Merkel sprach von einer Begegnung auf Augenhöhe, die nötig sei, um die Entwicklung voranzubringen.[9]

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden die Weichen dann allerdings wieder umgestellt. In seiner „Zeitenwende-Rede“ vom 27. Februar 2022 machte Bundeskanzler Olaf Scholz klar, dass MGCS und FCAS für ihn und seine Regierung „oberste Priorität“ haben,[10] in Verbindung mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr kam das fast einer Zahlungsgarantie gleich, die besonders auch die französischen Nachbarn gefreut haben dürfte. Nur ein paar Monate später stellte Rheinmetall dann den Panther vor – aber warum? Berichten zufolge liegt das besonders daran, dass Rheinmetall nicht die Rolle innerhalb des MGCS spielen konnte, die der Konzern angestrebt hatte – aufgrund des Zusammenschlusses von KMW und Nexter konnte man nicht genügend Einfluss nehmen, laut dem „Stern“ wurde man „von den ‚Partnern’ de facto bei der Führung [...] ausgebootet“.[11] Schließlich zog man sich größtenteils aus dem Projekt zurück, nur die Hauptwaffe sollte Rheinmetall noch entwickeln – möglicherweise die Geburtsstunde des Panthers.

Anatomie des Panthers

Auf der Eurosatory 2022 in Paris konnte man dann auch schon einen ersten Prototypen des KF51 begutachten, während KNDS lediglich ein Modell des EMBT, welches für Geländetests genutzt werden soll, vorweisen konnte. Einige Spezifika, die der Panther erfüllen soll, sind bekannt, ein Großteil der verfügbaren Informationen wurden aber wahrscheinlich in dem Wissen veröffentlicht, dass man in diesen Bereichen dem MGCS mindestens ebenbürtig ist. Auch der Vergleich zum Leopard 2 A7V, dem momentanen Hauptpanzer der Bundeswehr, ist gewollt. Rheinmetall zeigt ganz bewusst, dass es sich beim Panther um eine hundertprozentige Weiterentwicklung des geistigen Vorgängers handelt. Sowohl eine 130mm Kanone als auch ein automatischer Lader für verschiedene Munitionen, beides Neuerungen für deutsche Panzer, waren eines der Hauptaugenmerke bei der Enthüllung. Der Panther ist auch leichter und wendiger als sein Leo-Vorgänger, während seine Panzerung wohl noch weiter verstärkt worden sein soll.[12] Einen weiteren großen Sprung kündigt Rheinmetall in Sachen technologischer Entwicklung des Panthers an. Er soll ein „wirklich softwaredefinierter Panzer“ sein, der mit einem vollkommen digitalen System ausgestattet ist, auf das jedes Besatzungsmitglied jederzeit zugreifen kann, ohne seine Station verlassen zu müssen.[13] Rheinmetall vermarktet den KF51 nicht als die Entwicklung einer langen Reihe von Panzern, nein, der Panther sei „der erste Vertreter einer neuen Kampfpanzerfamilie“,[14] ein völlig neues Raubtier. Bisher konnte man allerdings noch nicht viel Revolutionäres sehen, vielmehr wirkt der Panther doch als Weiterentwicklung bestehender Modelle. Die größte Neuerung allerdings ist, dass der Panther billiger sein soll als der Leopard 2A7. Während der bisherige deutsche Kampfpanzer pro Stück auf einen Preis zwischen 18 und 20 Millionen Euro kommt, wird der KF51 nur etwa 15 Millionen Euro kosten.[15]

1. Innerdeutsche Spannungen

MGCS ist ein unter anderem deutsches Projekt, das auch von deutschem Geld finanziert wird. Ein zwar deutsches, jedoch rein industrielles Projekt wie der Panther, das zunächst ohne Mittel des deutschen Staates bereits jetzt einen viel höheren Entwicklungsstand hat als das MGCS, könnte durchaus von der Bundesregierung als störend wahrgenommen werden. Dazu kommt, dass der Panther planmäßig einige Jahre früher als das MGCS in Produktion gehen soll, also potentielle Kund*innen abgreift. Dazu kommt noch, dass man auch in der Regierung über den Panther nicht ganz einer Meinung zu sein scheint. Obwohl man aufgrund der Investitionen in Milliardenhöhe aus finanzieller Sicht, aber auch aus geopolitischen Gründen, wohl auf das MGCS setzen sollte, findet Marcus Faber, FDP-Politiker und Mitglied des Verteidigungsausschusses der Bundesregierung, es gehe „um die Fähigkeit“[16] des Panzers und nur danach solle entschieden werden. Es gibt also auch Akteure, die am Festhalten am MGCS zweifeln, erste Risse in der Haltung der Bundesregierung werden sichtbar. Außerdem begibt man sich damit natürlich in Konkurrenz zu Krauss-Maffei Wegmann und läuft Gefahr, sich auch innerhalb des MGCS-Projekts – von welchem man ja immer noch Teil ist – weiter ins Abseits zu stellen. Aufgrund der Involvierung Deutschlands und Frankreichs, mit mehreren möglichen zukünftigen Partnerstaaten, im MGCS, wird es auch relativ schwer für Rheinmetall sein, große Mengen des Panthers in West- und Mitteleuropa zu verkaufen. In Osteuropa beispielsweise soll jedoch schon Interesse bekundet worden sein.[17] Möchte man allerdings Armin Papperger Glauben schenken, so ist die Situation rund um MGCS und Panther alles andere als angespannt. In einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ behauptete er, Rheinmetall und KNDS arbeiteten weiterhin gemeinsam an der Weiterentwicklung des Systems, auf die Frage, warum Rheinmetall trotzdem einen eigenen Panzer entwickele, antwortete er, dass „[d]er Panther [...] keine Konkurrenz zu MGCS, sondern eine zeitgemäße Interimslösung“ sei.[18] Man will also ein Produkt für die Gegenwart liefern, weil dies eben mit dem MGCS nicht zu bewerkstelligen sei – kurz gesagt, man sieht sich gezwungen, auf eigene Faust zu arbeiten, um bald Verkäufe verzeichnen zu können. Schaut man sich allerdings die Lebensspanne anderer Panzer an, so sieht man, dass sie oft viele Jahrzehnte lang produziert werden. Einen Panzer jahrelang konzipieren, nur um ihn 10 Jahre, vielleicht etwas länger, zum Verkauf anzubieten, hört sich nicht nach einer schlauen Strategie an. Früher oder später wird es wahrscheinlich doch dazu kommen, dass beide Panzer miteinander konkurrieren.

2. Deutsch-Französische Spannungen

Wie schon erwähnt, ist das MGCS eine Kooperation deutscher Behörden und Konzerne und ihren französischen Gegenübern, durch das die Zukunft der europäischen Kampfpanzer begründet werden soll. Nun wird aber ein weiterer, durch und durch deutscher Panzer enthüllt, der dazu noch von einem ehemals federführenden Mitträger des Projekts stammt. Dies wird von französischer Seite wohl als Konkurrenzerklärung

Panther: ein Name mit (Nazi-)Tradition

Zwar ist es in Deutschland Tradition, Kettenfahrzeuge nach Raubtieren zu benennen, unbehaftet ist der von Rheinmetall gewählte Name allerdings nicht. Denn schon während der Zeit des deutschen Faschismus gab es einen Namensvetter des Panthers: Der „Panzerkampfwagen V“, den die Wehrmacht von 1943 bis Kriegsende einsetzte, wurde auf denselben Namen getauft. Bei der Bekanntheit des originalen Panthers ist es auch schier unmöglich, dass es sich um einen Zufall oder Unwissenheit handelt, wie es beispielsweise Michael Wolffsohn, ehemals Professor an der Universität der Bundeswehr in München, behauptet.[19] Selbst für den Fall, dass sich in dem Gremium, in dem der Name beschlossen wurde, niemand mit den Namen vorangegangener deutscher Panzer beschäftigt hat, so genügt eine Google-Suche, um herauszufinden, dass ein Panzer der Nazis denselben Namen trug.

Das Problem mit dem Namen des KF51 stellt die Linken-Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen treffend dar. „Namen sind nicht nur Schall und Rauch, sondern auch wichtige Symbole [...] Ein Kampfpanzer mit Wehrmachtsnamen [...] kann nur als Zeichen eines neuen Militarismus gewertet werden“.[20] Nicht überraschend ist auch die Haltung militärnaher Presseoutlets: Hier wird sich überwiegend unkritisch, wenn nicht sogar positiv, zu dem Namen des KF51 geäußert.[21] Auch innerhalb bürgerlicher Blätter wie dem „Stern“ werden Traditionslinien zu der Gewaltherrschaft des deutschen Faschismus gezogen, wenn sie nur positiv genug verpackt sind.[22]

Allerdings sollten Antimilitarist*innen und Antifaschist*innen sich nicht zu sehr darauf beschränken, welcher Name für den neuen Rheinmetall-Panzer gewählt wurde. Auch unter anderem Namen würde sein Einsatz Tod und Zerstörung bedeuten, eine Umbenennung würde daran nichts ändern.

gewertet werden, die sie in bestimmte Handlungszwänge führen soll. Auch die Spannungen innerhalb des MGCS werden größer. Während der Eurosatory 2022, also derselben Rüstungsmesse, auf der auch der Panther gezeigt wurde, stellte Nexter seinen Ansatz für die Hauptwaffe des MGCS vor: die Ascalon. Rheinmetall, deren Rolle innerhalb des MGCS sich zuletzt schon größtenteils auf die Produktion der Hauptwaffe beschränkte, bekommt so also noch mehr Konkurrenz von seinem französischen Projektpartner. Allerdings scheint man von Seiten Nexters, anstatt mit harten Bandagen auf Konfrontationskurs zu gehen, eher den Dialog zu suchen.[23] Trotzdem war das Faktum, dass überhaupt eine Konkurrenzwaffe entwickelt wurde, eine für Rheinmetall wohl unmissverständliche Kampfansage.

Spricht man beim MGCS von Spannungen, so muss man beim FCAS bereits mit der Gefahr eines Bruchs rechnen. Schon seit Jahren gibt es hier immer wieder Probleme und Streit hinter den Kulissen, 2021 soll das Projekt sogar vor dem Aus gestanden haben.[24] Der Panther könnte sehr gut einen weiteren Keil zwischen die beiden Parteien treiben. Denn eine der größten Sorgen, die Frankreich umtreibt, ist, dass sich von Seiten der deutschen Konzerne französische Technologie abgeschaut und so die Vormachtstellung Frankreichs innerhalb des FCAS in Frage gestellt wird.[25] Die offensichtlichen Ähnlichkeiten zum MGCS könnten Frankreich dazu verleiten, den Panther als „Kopie“ zu werten – warum also sollte es eine solche dann nicht auch in der Luft geben? Dazu kommt noch, dass im „15. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten“ von Juni 2022 keine bedingungslose Finanzierung des FCAS mehr zugesichert wird, obwohl Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede eigentlich dessen Finanzierung zusicherte. Sollten die Kluften in den Interessen der involvierten Parteien nicht überwunden werden können, sei „die Fortsetzung der Kooperation zu hinterfragen“.[26] Sollte das FCAS abgebrochen werden, so ist auch die Weiterführung des MGCS in Gefahr, das von der Veröffentlichung des Panthers noch einmal konkreter betroffen ist. In dieser Beziehung kann der Panther auch als Versuch verstanden werden, den momentanen Stillstand innerhalb des FCAS zu brechen – zugunsten einer besseren Stellung Deutschlands.

3. Deutsch-Russische Spannungen

Der KF51 Panther wird oft als deutsche Antwort auf den russischen T-14 Armata gehandelt. Im „Spiegel“ wird sogar eine Parallele zur Entwicklung des ersten Panthers als Reaktion auf den sowjetischen T-34 während des Zweiten Weltkriegs gezogen.[27] Ein schwacher Legitimationsversuch, der aber an vielen Stellen gut anzukommen scheint und ähnlich propagiert wird. Der Panther kann allerdings durchaus als Antwort auf den T-14 Armata verstanden werden. Besonders wenn man bedenkt, dass sich NATO und EU in einer Rüstungsspirale mit Russland befinden, die sich auf einen kriegerischen Konflikt zuspitzt, in dem die Ukraine nicht das letzte Schlachtfeld bleiben könnte. Dazu kommt, dass bei einer starken Verzögerung des MGCS[28] eine Art Ersatz vorhanden sein soll, um auf technologischer Ebene der Kriegsführung im Ernstfall nicht hinterher zu hängen. Wichtig anzumerken ist, dass das MGCS allerdings eben keine pure Antwort auf eine Aggression Russlands, sondern ein eigenes militaristisches Bestreben der EU und Deutschlands ist.

Klar ist: Der Panther im Spannungsfeld des Konflikts mit Russland kann als Reaktion verstanden werden, der deutsche Militarismus an sich ist jedoch alles andere als passiv und defensiv-reagierend, wie er sich oft selbst darstellt und dargestellt wird,[29] sondern pro-aktiv und unabhängig von der „Bedrohung“ durch Russland agierend, wie später noch einmal genauer betrachtet wird. Zwar wird der T-14 auch noch nicht in großen Mengen produziert, trotzdem hat man auf der russischen Seite den Vorteil, dass eine fertiggestellte Plattform bereits vorliegt, die das Entwicklungsstadium hinter sich hat.[30] Das treibt den deutschen Militarismus dazu an, die eigenen Projekte voranzubringen, eine Zusammenarbeit mit Frankreich, die sich auf einen Stillstand zubewegt, muss also durch den Panther entweder revitalisiert oder ersetzt werden, wenn man mit der russischen Konkurrenz mithalten möchte.

Fazit

Der KF51 ist bisher aufgrund aller Spekulation noch ein Fragezeichen. Zu viele Dinge sind unklar, angefangen damit, ob er überhaupt dafür konzipiert wurde, in Serie gebaut zu werden. Ganz sicher ist daher nur: für den Moment existiert der Panther. Sinn dieses Artikels soll auch nicht sein, eine zutreffende Zukunftsprognose abzugeben, sondern vielmehr die aktuelle Lage, in die der Panther „hineingeboren“ wurde, zu skizzieren und so eventuelle Möglichkeiten seiner Bedeutung zu beschreiben. Die Spannungen zwischen Russland und Deutschland werden in den nächsten Jahren wohl kaum abgebaut werden, auch Frankreich und Deutschland werden, trotz ihrer momentanen Partnerschaft, irgendwann untereinander entscheiden müssen, wer den „europäischen“ Militarismus führen wird. In all diese Felder wird der Panther hineinwirken, in welcher Form er dann auch existieren mag. In den nächsten Jahren wird vieles klarer werden, besonders das Verhältnis von MGCS und Panther wird geklärt werden, die vor-

liegende Analyse wird auch dann hoffentlich noch von Nutzen sein.

Anmerkungen

1 MGCS – Main Ground Combat System: ISL's Research and Technology serving the future French-German Main Ground Combat System, isl.eu, 2018.

2 History of KNDS: An European Vision, knds.com, 2022.

3 „Frankreich und Deutschland werden ihre Zusammenarbeit beim Bau eines gemeinsamen Nachfolgers der heutigen Kampfpanzer- und Artilleriesysteme fortführen. [...] Frankreich und Deutschland kommen überein, gemeinsam ein Künftiges Kampfflugzeug zu entwickeln, um langfristig ihre aktuellen Kampfflugzeugflotten zu ersetzen." (Deutsch-Französischer Ministerrat, france-allemagne.fr, 13.07.2017, S. 25-26)

4 vgl. Rheinmetall erwägt Fusion mit Krauss-Maffei Wegmann, zeit.de, 10.07.2014.

5 Union und SPD drohen mit vorübergehender Blockade von Kampfjet-Projekt, handelsblatt.com, 14.06.2019.

6 Rheinmetall will bei Krauss-Maffei Wegmann ans Steuer, sueddeutsche.de, 13.03.2019.

7 Wiegold, Thomas: Bundestag gibt weitere Gelder für deutsch-französisches Kampfflugzeugsprojekt frei – und stellt Bedingungen, augengeradeaus.net, 12.02.2020.

8: „3. Ferner hatte der Haushaltsausschuss mit seinem Maßgabebeschluss vom 12. Februar 2020 auf das Erfordernis einer zeitlichen Parallelität der Projekte FCAS und ‚Main Ground Combat System (MGCS)' verwiesen. Er stellt fest, dass die hierzu erforderlichen Fortschritte im Projekt MGCS weiterhin nicht erkennbar sind." (Wiegold, Thomas: Rüstungsprojekte nehmen erste parlamentarische Hürde – Auflagen für FCAS, augengeradeaus.net, 23.06.2021)

9 Angela Merkel tätigte folgende Aussage auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron: „Wir wissen, dass dies ein Projekt unter französischer Führung ist. Aber es soll ein Projekt sein, das beide Länder auf Augenhöhe betrachtet. Hierbei gibt es natürlich eine Vielzahl von Fragen zu klären: Welche Rolle spielt welches Unternehmen? Wie steht es mit den Fragen des geistigen Eigentums? Wie wird die Arbeit aufgeteilt? [...] Das andere Projekt – diesmal unter deutscher Führung – ist das MGCS [Main Ground Combat System]. Hierbei geht es sozusagen um den Panzer der Zukunft. Auch hier stellen sich ähnliche Fragestellungen." (Wiegold, Thomas: Dokumentation: FCAS und der (deutsche) Betriebsrat, augengeradeaus.net, 12.02.2021)

10 „Darum ist es mir zum Beispiel so wichtig, dass wir die nächste Generation von Kampfflugzeugen und Panzern gemeinsam mit europäischen Partnern und insbesondere Frankreich hier in Europa bauen. Diese Projekte haben oberste Priorität für uns." (Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, bundesregierung.de, 27.02.2022)

11 Kramper, Gernot: KF51 Panther – Rheinmetall stellt eigenen Kampfpanzer mit 130-mm-Kanone vor, stern.de, 01.07.2022.

12 Kampfpanzer Panther KF51: „Future Tanknology" – Die Zukunft des Kampfpanzers, rheinmetall-defence.com, 2022.

13 ebd.

14 ebd.

15 Hegmann, Gerhard: Der ausgefeilte Plan hinter Rheinmetalls „Panther"-Strategie, welt.de, 18.08.2022.

16 Rast, Oliver: Geballte Feuerkraft, jungewelt.de, 16.06.2022.

17 Rheinmetalls neuer Kampfpanzer Panther: Eine Bedrohung für Putins Superpanzer? businessinsider.de, 17.06.2022.

18 Kiani-Kreß, Rüdiger: „Die 100 Milliarden sind nur eine Anschubfinanzierung", wiwo.de, 22.10.2022.

19 Kritik an Rheinmetalls „Panther", presseportal.de, 16.06.2022.

20 ebd.

21 vgl. Bühler, Stefan: KF51 Panther – eine erste Beurteilung, ogpanzer.ch, Juni 2022, S.1.

22 Kramper, Gernot: KF51 Panther – Rheinmetall stellt eigenen Kampfpanzer mit 130-mm-Kanone vor, stern.de, 01.07.2022.

23 Valpolini, Paolo: Ascalon: Nexter's solution for the MGCS main gun, edrmagazine.eu, 04.07.2022)

24 Wagner, Jürgen: Future Combat Air System: Das größte Rüstungsprojekt Europas, imi-online.de, 13.07.2021, S. 5.

25 Hanke, Thomas: Europas grösstes Rüstungsprojekt steckt in der Krise, nzz.ch, 03.03.2021.

26 15. Bericht des Bundesministeriums für Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten (Teil 1), bmvg.de, Juni 2022, S.118.

27 Kramper, Gernot: KF51 Panther – Rheinmetall stellt eigenen Kampfpanzer mit 130-mm-Kanone vor, stern.de, 01.07.2022.

28 Bereits das FCAS soll kaum vor 2050 produziert werden, ähnliche Probleme sind auch beim MGCS zu erwarten: „Trappier sagte, dass das Zieldatum 2040 beim FCAS nicht mehr zu halten sei. Wegen der ‚sicherlich langen Diskussionen' seien die 2050er-Jahre realistischer. [...] Die Rangelei hilft keiner Seite: Beim FCAS gibt es noch immer keine Einigung über den Beginn der nächsten Projektphase, die eigentlich in diesem Frühjahr starten sollte. Das MGCS wird kaum vor 2040 verfügbar sein." (Murphy, Martin, Sprecht, F. und Waschinski, G.: Rheinmetall-Panzer bringt neuen Ärger: Die Rüstungsprojekte von Deutschland und Frankreich wackeln, handelsblatt.com, 24.06.2022).

29 Kramper, Gernot: Leopard 2 Nachfolger und T-14 Armata – darum sterben die Panzer nicht aus, stern.de, 08.06.2022.

30 Kramper, Gernot: T-14 Armata – Putins Superpanzer „nackt" auf dem Fließband, stern.de, 01.12.2021.

Neues Territorialkommando

Kommandeur sieht Verfassungsrecht eher flexibel

von Martin Kirsch

Bereits fünf Tage vor dem offiziellen Arbeitsbeginn fand am 26. September der Aufstellungsappell für das neue Territoriale Führungskommando (TFK) der Bundeswehr statt. Das neue Kommando soll zwischen Oktober 2022 und April 2023 auf 550 militärische und 250 zivile Dienstposten anwachsen, um dann die volle Einsatzbereitschaft zu erreichen – 24/7 Operationszentrale und Grundstock für einen nationalen Krisenstab im Kanzleramt inklusive. Erster Befehlshaber des TFK wird der Dreisternegeneral Carsten Breuer, der im vergangenen Jahr nach einem Ruf von Kanzler Scholz bereits als Krisenmanager für die nationale Impfkampagne im Kanzleramt residiert hatte (siehe IMI-Standpunkt 2021/062).

Als künftiger Nationaler Territorialer Befehlshaber wird Breuer künftig zwei Kernaufgaben haben. Einerseits die Vorbereitung auf die Nationale Territoriale Verteidigung – die Verteidigung der Heimatfront im Kriegsfall – und die Aufgabe des aufmarschführenden Kommandos, von dem aus Truppenbewegungen von Bundeswehr und NATO durch die Bundesrepublik koordiniert werden. Und zweitens die Koordination sämtlicher Inlandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen der sogenannten Amts- und Katastrophenhilfe (siehe IMI-Analyse 2022/32). Das Spektrum reicht dabei von Naturkatastrophen wie Hochwasser, Waldbränden und extremen Schneefällen über Pandemien bis hin zur Unterstützung der Polizei im Falle von großen Terroranschlägen. Entsprechende Szenarien am Rande des verfassungsrechtlich Möglichen werden bereits seit 2017 regelmäßig trainiert (siehe IMI-Analyse 2019/35).

Mit welcher Perspektive Krisenmanager Breuer auf seinen verfassungsmäßig heiklen Job blickt, machte er bei einer Rede zur Außerdienststellung des Kommandos Territoriale Aufgaben – dem kleineren Vorgängerkommando des TFK – am Vormittag des 26. September in Berlin deutlich. Dort blickte er auf das Elbehochwasser 2013 (rund 20.000 alarmierte Soldat*innen) und den größten Inlandseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr nach der Hamburger Sturmflut 1962 zurück. „Damals, 1962, hatte der Hamburger Innensenator Helmut Schmid an allen Instanzen vorbei telefonisch die Bundeswehr angefordert. Gegen geltendes Recht, aber ziemlich effektiv und im Rückblick richtig. Und damit hat er ein Beispiel auch für uns in unserer Zeit gegeben. Auch wir müssen immer wieder die Frage nach der Zweckmäßigkeit von Verfahren, von Verordnungen und Vorschriften stellen – immer jeden Tag in unserem täglichen Dienst.“

Etwas zugespitzt lässt sich Breuers Position wohl so zusammenfassen: nicht nur in der Not geht politisch/militärische Zweckrationalität auch mal vor Vorschriften, Gesetze … und die Verfassung?

Formal wird das TFK zwar keine neuen Kompetenzen im Inland bekommen. Der Aufbau der Strukturen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit seit 2007 hat allerdings bereits gezeigt, dass die öffentlich zur Schau gestellte Bereitschaft der Bundeswehr, im Inland eingesetzt zu werden, auch entsprechende Begehrlichkeiten in den Talkshows und Innenministerien weckt. Die strikte Trennung von Polizei und Militär als bitter notwendige Konsequenz aus dem deutschen Faschismus bleibt – auch mit Blick auf aktuelles rechtes Machtstreben – weiterhin äußerst relevant. Mit der Aufstellung des TFK und der Benennung von General Breuer als erstem Befehlshaber wird allerdings die Politik der letzten Jahre fortgesetzt, die das Trennungsgebot in kleinen Schritten bis zur völligen Unkenntlichkeit aufzuweichen droht. Der aktuell ständig wiederholte Verweis auf sogenannte hybride Bedrohungen – an der Grenze zwischen Krieg und Frieden – auf die sich auch das TFK in seiner Aufgabenbeschreibung beruft, dürfte in den kommenden Monaten und Jahren das diskursive Moment sein, das die weitere Militarisierung bisher ziviler Aufgaben vorantreiben wird.

Frieden schaffen mit deutschen Waffen!

Entwurf des Rüstungsexportgesetzes enttäuscht auf ganzer Linie

von Jürgen Wagner

Bei der Entwicklung der deutschen Rüstungsexportzahlen handelt es sich leider um eine regelrechte „Erfolgsgeschichte“: Wurden im Jahr 2004 noch Exporte im Wert von 3,80 Mrd. Euro bewilligt, erreichte dieser Wert 2021 mit 9,35 Mrd. Euro einen bisherigen Höchststand.[1] Allein im ersten Halbjahr 2022 wurden dann Exportgenehmigungen im Wert von 4,14 Mrd. Euro erteilt, eine deutliche Steigerung zum Vorjahreszeitraum (2,3 Milliarden).[2] Der Grund hierfür liegt vor allem in laxen Rüstungsexportvorschriften, was allerdings politisch gewollt ist, denn schließlich handelt es sich bei dem Erhalt einer starken rüstungsindustriellen Basis – für den Exporte wiederum zwingend notwendig sind – erklärtermaßen um ein machtpolitisches Interesse allererster Güte.[3]

Allein deshalb war bereits Skepsis angesagt, als die Ampel-Regierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hatte, sich für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen zu wollen. Unter der Ägide des ehemaligen Attac-Aktivisten und heutigen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Sven Giegold, wird nun schon seit einiger Zeit an einem solchen Gesetz gewerkelt. Mitte Oktober 2022 veröffentlichte das Ministerium dann den Entwurf „Eckpunkte für das Rüstungsexportkontrollgesetz“, der nach eigenem Bekunden den Weg für eine „restriktive Rüstungsexportpolitik“ und eine „stärkere Verbindlichkeit“ künftiger Rüstungsexportentscheidungen ebnen soll.[4]

Tatsächlich lässt der Entwurf zahlreiche Schlupflöcher augenscheinlich bewusst offen und macht sogar eine ganze Reihe neuer Exportoptionen auf. Faktisch handelt es sich damit sogar um einen Rückschritt gegenüber den bestehenden Rüstungsexportrichtlinien, die an entscheidenden Stellen noch weiter aufgeweicht werden. Dies gilt insbesondere für Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete sowie für die Regeln für den Export länderübergreifender europäischer Rüstungsvorhaben. Und dort, wo man dem Gesetzentwurf womöglich etwas Positives abgewinnen könnte, ist er hinreichend vage formuliert, um sich auch künftig alle Optionen offenzuhalten – möglich ist dies auch, weil auf die Aufnahme eines Verbandsklagerechts verzichtet wurde, mit dem Vereine oder Verbände eine Klagebefugnis für die Rechte der Allgemeinheit erhalten hätten: „Das Fehlen eines Verbandsklagerechtes bedeutet, dass es weiterhin keine direkte Rechenschaftspflicht der Bundesregierung gegenüber ihren eigenen Bürgerinnen, Bürgern und den Betroffenen von Rüstungsexporten gibt. Hier sollten Ministerium und Bundesregierung dringend nachbessern“, fordert etwa Dr. Markus Bayer vom Friedensforschungsinstitut BICC.[5]

So zutreffend diese Kritik auch ist, dürften allerdings Appelle, dieses „Versäumnis“ in den nun anstehenden Verhandlungen um das Gesetz zu beheben, weitgehend wirkungslos verhallen. Die mit Rüstungsexporten eng verflochtenen machtpolitischen Begehrlichkeiten dürften für ein Land, das inzwischen immer lauter auch militärische Führungsansprüche geltend macht, klar Vorrang gegenüber dem recht begrenzten Interesse an einer restriktiven Exportpraxis haben.

Bahn frei für Exporte in Kriegsgebiete

Die deutschen Rüstungsexportrichtlinien sind genau das: unverbindliche Richtlinien, wie seit Jahren zu Recht beklagt wird. Dass ihr Pendant auf EU-Ebene, der „Gemeinsame Standpunkt für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“, eigentlich rechtlich bindend ist, macht es leider auch nicht besser, weil die Auslegung der darin enthaltenen Kriterien den Staaten überlassen wird. Außerdem existieren faktisch keine Klage- oder Sanktionsmöglichkeiten gegen Länder, die die Kriterien brechen. Insofern ist die Ausarbeitung eines deutschen Rüstungsexportgesetzes grundsätzlich zu begrüßen.

Allerdings kündigt der nun vorgelegte Entwurf als „Kernelement des Rüstungsexportkontrollgesetzes“

die Ausarbeitung eines Kriterienkatalogs an, der „auf den für die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlichen europäischen Vorgaben der acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes 2008/944/GASP“ basieren soll (Eckpunkte: S. 1). Leider räumt der Entwurf nahezu im selben Atemzug eines der zentralsten dieser Kriterien ab, das bislang stets als Verbot interpretiert wurde, Waffen in Krisen- oder Kriegsgebiete zu schicken. Im Gemeinsamen Standpunkt heißt es dazu: „Die Mitgliedstaaten verweigern eine Ausfuhrgenehmigung für Militärtechnologie oder Militärgüter, die im Endbestimmungsland bewaffnete Konflikte auslösen bzw. verlängern würden oder bestehende Spannungen oder Konflikte verschärfen würden.“[6] Auch in den überarbeiteten deutschen Exportrichtlinien aus dem Jahr 2019 hieß es explizit, Einwände seien zu erheben für „Exporte in Länder, in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden“.[7]

Seit Kriegsbeginn hat Deutschland aber laut dem Ukraine Support Tracker Waffen im Wert von 1,2 Mrd. Euro an die Ukraine bewilligt oder geliefert.[8] Angesichts dieser Praxis war es keine große Überraschung, dass der Gesetzesentwurf versuchen würde, diesem Handeln einen legalen Anstrich zu verpassen. Nun ist es sicher so, dass die Passagen über Exporte in Krisen- und Kriegsgebiete in den deutschen und europäischen Dokumenten mit einer gewissen Phantasie auch ausgelegt werden könnten, als stünden sie zum Beispiel im Einklang mit Waffenlieferungen an die Ukraine. Wie erwähnt wurden sie aber bislang mehrheitlich dahingehend interpretiert, dass keine Waffen in Krisen- oder gar Kriegsgebiete geschickt werden dürfen. Und auch wenn dies seitens der Bundesregierung immer wieder ignoriert wurde, erschwerte diese Konstellation bislang Waffenausfuhren in zahlreiche Länder – zuletzt zum Beispiel an diejenigen, die am Krieg im Jemen beteiligt sind – ganz erheblich.

Hier will der Gesetzesentwurf in Anlehnung an die in der Ukraine beobachtbare Praxis eine grundsätzliche Kehrtwende einleiten: „Es soll ausdrücklich die Möglichkeit festgeschrieben werden, Länder, die sich in Konflikten befinden oder bei denen ein Ausbruch eines Konfliktes konkret zu befürchten ist, im Einklang mit den der deutschen Außenpolitik zugrunde liegenden Werten und den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und geltendem Völkerrecht in ihren legitimen Interessen, insbesondere dem Recht auf Selbstverteidigung, zu unterstützen. Dabei berücksichtigt die Bundesregierung die Lage und Positionierung der Bundesrepublik in Bezug auf den Konflikt, bestehende Bündnisverpflichtungen und Sicherheitspartnerschaften, anderweitige außen- und sicherheitspolitische Belange sowie das Vorliegen einer völkerrechtswidrigen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegenüber dem Empfängerstaat.“ (Eckpunkte: S. 4)

Blankoscheck für EU-Projekte?

Weiter hält der Gesetzesentwurf fest, Exporte in sogenannte Drittstaaten – Mitglieder von NATO, EU oder ihnen gleichgestellte Länder – würden „grundsätzlich nicht beschränkt.“ Ferner soll der Klub dieser privilegierten Empfänger erweitert werden: „Der Länderkreis der NATO-gleichgestellten Länder soll um die Länder Republik Korea, Singapur, Chile und Uruguay erweitert werden.“ (Eckpunkte: S. 3)

Besonders bevorzugt sollen künftig länderübergreifende europäische Rüstungsprojekte behandelt werden. Denn um auf dem Weltmarkt „erfolgreich“ um Anteile ringen zu können, werde große Stückzahlen für erforderlich erachtet, die sich mit rein nationalen Rüstungsprojekten nicht realisieren lassen: „Wenn wir weiter auf nationaler Basis oder mit einer kleinen Zahl von teilnehmenden Ländern arbeiten, werden wir in Europa bei den Kosten sowie bei der Technologie den Anschluss verlieren und von anderen Teilen der Welt abhängig sein“, so Alessandro Profumo, gleichzeitig Chef der größten EU-Rüstungslobbyorganisation (ASD) und des italienischen Rüstungskonzerns Leonardo.[9]

Um möglichst hohe Stückzahlen zu erreichen, pocht vor allem Frankreich darauf, die Realisierung großer Gemeinschaftsprojekte werde gefährdet, sollten allzu strenge deutsche Exportbestimmungen den Weiterverkauf behindern. Dies gilt vor allem für die beiden geplanten deutsch-französischen Großprojekte Kampfflugzeug (FCAS) und Kampfpanzer (MGCS), über die zuletzt noch zu lesen war: „Insider sprechen beim neuen Kampfjet (FCAS-Projekt) und Panzer (MGCS) von letzten noch zu lösenden Knackpunkten. Dazu könnte das Thema Rüstungsexporte gehören. Ein Airbus-Vorstand machte jüngst vor Analysten deutlich, dass Europas Rüstungsbranche auf Exporte angewiesen ist, damit sich die Entwicklungen überhaupt lohnen. Die Rüstungsindustrie sei ein Werkzeug der Verteidigungs- und Außenpolitik.“[10]

Allerdings ist Deutschland bereits seit einiger Zeit darum bemüht, die französischen Bedenken in Sachen Re-Exportierbarkeit gemeinsam entwickelter Rüstungsgüter zu adressieren. Vor diesem Hintergrund wurde bereits im Januar 2019 der Aachener-Vertrag vereinbart, mit dem sich Deutschland und Frankreich auf die „Erarbeitung gemeinsamer Verteidigungsprogramme“ und generell auf den Ausbau eines europäischen Rüstungskomplexes verständigten. Ferner wurde angekündigt, sich der Exportfrage anzunehmen:

„Beide Staaten werden bei gemeinsamen Projekten einen gemeinsamen Ansatz für Rüstungsexporte entwickeln.“[11] Was dies zu bedeuten hatte, wurde dann in einem Zusatzabkommen zum Aachener-Vertrag im Oktober 2019 offenbart. Darin wurde für etwaige Exportblockaden gemeinsam produzierter Rüstungsgüter eine hohe Hürde errichtet: „Eine Vertragspartei widerspricht einer von der anderen Vertragspartei beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr an Dritte nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.“[12]

Eine Protestaktion der Initiative Aktion Aufschrei - stoppt den Waffenhandel vor dem Bundeskanzler am . Quelle: IPPNW / Flickr

Doch die Vereinbarung ging noch einen Schritt weiter, indem eine sogenannte De-minimis-Regelung eingeführt wurde: Sollten in einem Produkt weniger als ein Fünftel der Komponenten aus einem Land verbaut sein, verzichtet es künftig gleich komplett auf ein Exportgenehmigungsverfahren.[13] Die De-minimis-Regel trat am 1. April 2020 in Kraft, was von der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) mit folgenden Worten kritisiert wurde: „Insbesondere die De-minimis-Grenze von 20 Prozent ermöglicht eine völlig neue Politik. Aus GKKE-Sicht ist ein derart hoher Wert unverantwortlich und untragbar, denn damit wäre eine weitgehende Aufgabe der bisherigen deutschen für den Drittlandsexport geltenden restriktiven Exportregeln verbunden, zumal eine unmittelbare Bedrohung der nationalen Sicherheit des Komponentenlieferlandes nur in ganz seltenen Ausnahmefällen gegeben sein dürfte, die 20%-Grenze oft unterschritten ist oder durch Stückelung unterschritten wird.“[14]

Im Entwurf für das neue Rüstungsexportgesetz wird nun ebenfalls betont, das Ziel sei es, die europäische Zusammenarbeit im Militärbereich „zu stärken“ sowie die „Konvergenz von Entscheidungen über Ausfuhren von Rüstungsgütern zu fördern.“ Immer wenn im Zusammenhang von Rüstungsexporten das Wort „Konvergenz“ (Annäherung) auftaucht, ist Vorsicht geboten, geht es dabei doch meist um eine Annäherung an den kleinsten gemeinsamen Nenner und damit eine Aushöhlung strengerer Exportvorschriften – und so ist es auch in diesem Fall.

Vor allem zwei miteinander verwobene Optionen sollen scheinbar im künftigen Gesetz „Verbesserungen“ bringen: Einmal sollen laut dem Gesetzesentwurf mehr Länder in die Bestimmungen des Zusatzabkommens zum Aachener-Vertrag einbezogen und neue ähnlich gelagerte Vereinbarungen geschlossen werden. Explizit als Vorbild wird im Gesetzentwurf das „Übereinkommen über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich zwischen Frankreich, Spanien und Deutschland“ genannt (Eckpunkte: S. 8). In dieser am 17. September 2021 geschlossenen Vereinbarung der drei Länder, die bislang das FCAS-Luftkampfsystem entwickeln, sichern sich die Projektpartner ganz im Sinne des Aachener-Vertrages zu, Exporte nur in absoluten Ausnahmefällen zu blockieren.

Wohlgemerkt, eine solche Exportblokkade könnte aber aktuell ohnehin nur für Projekte geltend gemacht werden, bei denen die De-minimis-Grenze von 20 Prozent überschritten wäre. An dieser Stelle kommt der zweite Aspekt des Exportgesetzentwurfs ins Spiel: der Versuch, genau diese Schwelle noch weiter nach oben zu setzen. Der Entwurf will, dass die „Entscheidungskompetenzen“ bei europäischen Gemeinschaftsprojekten unter „Abwägung“ eines „besonderen Interesses an Kooperationsfähigkeit“, aber auch mit Blick auf das „Ziel der Durchsetzung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik weiterentwickelt werden.“ (Eckpunkte: S. 8)

Viel zugunsten einer restriktiven Exportpolitik wird dann aber nicht abgewogen, denn es wird angekündigt: „Eine Option ist, dass sie im Falle des Exports gemeinsam produzierter Rüstungsgüter auch gemeinsame, mit (ggf. qualifizierter) Mehrheit getroffene Entscheidungen der Kooperationspartner vorsehen. Für die Mehrheitsentscheidungen ist eine Stimmrechtsgewichtung anzustreben, die dem jeweiligen Umfang der Projektbeteiligung der Kooperationspartner entspricht.“ (Eckpunkte: S. 8)

Damit würde die De-minimis-Grenze deutlich nach oben „korrigiert“, was de facto zu einer weiteren Aushöhlung führt – das Handelsblatt schreibt dazu: „Das Wirtschaftsministerium will die Komplikationen für die deutsche Rüstungsindustrie bei Gemeinschaftsprojekten nicht durch laxere Regeln, sondern durch eine veränderte Zusammenarbeit lösen. Bislang kann die

Bundesregierung ein Veto einlegen, auch wenn nur ein kleiner Teil aus deutscher Hand kommt. Künftig könnte das durch eine Mehrheitsentscheidung ersetzt werden. Der Stimmenanteil würde sich dabei nach dem Umfang der Projektbeteiligung richten."[15]

Wo kein Kläger…

Sicher ist es positiv, dass die Einhaltung der Menschenrechte relativ prominent im Gesetzesentwurf als Kriterium auftaucht. Verwiesen wird gerne auf die Passage, derzufolge „Ausfuhrgenehmigungen [...] grundsätzlich nicht erteilt [werden], wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass die auszuführenden Güter zur internen Repression, zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen" führen (Eckpunkte: S. 2) Wobei es sich allerdings um einen „hinreichenden Verdacht" handelt, liegt im Ermessen der Bundesregierung und entzieht sich jeder verbindlichen Prüfung durch unabhängige Akteure.

Dies führt zur letzten und wohl gravierendsten Kritik an dem Exportgesetzentwurf: der fehlenden Möglichkeit für Verbandsklagen. Wohl soll es künftig für Opfer illegaler – also nicht von der Bundesregierung genehmigter – Ausfuhren eine zivilrechtliche Klagemöglichkeit gegen die schuldigen Unternehmen geben, was zweifellos zu begrüßen ist. Wie aber zahlreiche Kritiker*innen in Reaktion auf die Veröffentlichung des Entwurfes betonten, handelt es sich bei der Ablehnung einer Verbandsklage um den eigentlichen Lackmustest, ob die Regierung wirklich an einer restriktiveren Exportpolitik interessiert ist – das Ergebnis fällt leider eindeutig aus.[16]

Jürgen Grässlin etwa, der Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel", urteilte, der Entwurf sei ein „Schlag ins Gesicht" all derjenigen, die sich seit Jahren für eine restriktivere Exportpraxis einsetzen würden: „Ein Verbandsklagerecht ist das entscheidende juristische Kontrollinstrument, mit dem die Regierung gezwungen werden kann, ihre Exportgenehmigungen streng am Gesetz auszurichten und nachvollziehbar zu begründen. Man muss daher von einem grausamen ´Tauschhandel´ sprechen, wenn auf der einen Seite die Opfer illegaler Waffenexporte in ihren Rechten gestärkt werden durch die Einführung der Zivilrechtlichen Haftungsmöglichkeit sowie die angestrebte Nebenklagefähigkeit – was gut und wichtig ist. Andererseits jedoch die ‚legalen' Opfer nicht verhindert werden können, weil kein Verbandsklagerecht eingeführt wird, mit dem Rüstungsexportgenehmigungen juristisch überprüft und gegebenenfalls gestoppt werden könnten. [...] Es ist unglaublich enttäuschend und auch äußerst kurzsichtig, dass ausgerechnet das von den Grünen geführte BMWK [Wirtschaftsministerium] das Verbandsklagerecht – für das die Partei jahrelang gekämpft hat! – fallen lässt."[17]

Angesichts des nun vorgelegten Entwurfes des grüngeführten Wirtschaftsministeriums, dürften Lambrecht und die ihr Gleichgesinnten zufrieden sein.

Anmerkungen

1 Neuer Rekordwert bei Rüstungsexporten, tagesschau.de, 18.01.2022. Der Grund liegt vor allem darin, weil die alte Bundesregierung kurz vor den Wahlen im September 2021 noch einmal einen ganzen Schub von Projekten bewilligte.
2 Rüstungsexportgenehmigungen im Wert von vier Milliarden Euro, DPA, 01.7.2022.
3 Vgl. Wagner Jürgen: Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung, Köln 2022, Kapitel 2.
4 Eckpunkte für das Rüstungsexportkontrollgesetz – Entwurf –, o.O., o.J., S. 1. Folgende Seitenzahlen im Text beziehen sich auf dieses Dokument.
5 Eckpunkte zum Rüstungsexportkontrollgesetz veröffentlicht – Antworten auf die wichtigsten Fragen, Ohne Rüstung Leben, 25.10.2022.
6 Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern.
7 Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, bmwk.de
8 Ukraine Support Tracker (Stand: 3. Oktober 2022).
9 Biederbeck-Ketterer, Max/Kiani-Kreß, Rüdiger: Die Scheinsanierung, WirtschaftsWoche, 22.10.2022.
10 Hegmann, Gerhard: Gemeinsame Panzer und Kampfjets für Europa – der historische Plan wackelt, Die Welt, 24.10.2022.
11 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration (Aachener-Vertrag), Kap. 2, Art. 4.
12 Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrolle im Rüstungsbereich, Paris, 23.10.2019, Artikel 1 (2).
13 Ebd., Anlage I (2). „Die Vertragsparteien verfahren nach dem ‚De-minimis'-Grundsatz bei einem Zulieferanteil bis zu einem prozentualen Schwellenwert von 20% des Wertes des zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystems."
14 Rüstungsexportbericht 2019 der GKKE, GKKE Schriftenreihe, Heft 68/2019, S. 79.
15 Weniger Waffen an Autokraten, Handelsblatt, 17.10.2022, S. 8.
16 Siehe z.B. Rüstungsexportkontrolle: Kirchen fordern Verbandsklagerecht, epd, 20.10.2022.
17 Waffen für die Welt, junge Welt, 22.10.2022.

„Wertepartnerschaft“ über Völkerrecht

Baerbock gibt gegenüber Marokko bezüglich West-Sahara klein bei

von Pablo Flock

In ihrem Versuch, neben den Verlängerungen von Kohlekraftwerken und Investition in Flüssiggasinfrastruktur auch kleine Erfolge im grünen Energiebereich zu erringen, genehmigte sich Außenministerin Annalena Baerbock mal wieder Blüten der Doppelmoral und wendete sich zudem vom Völkerrecht ab. Denn um Projekte zur Förderung grünen Wasserstoffs in Marokko wieder in Gang zu bringen, lenkt man gegenüber Marokko in der Frage der Westsahara ein.

Nachdem das Königreich Marokko im Dezember 2020 gegen einiges an Gegenwind aus der eigenen Bevölkerung diplomatische Beziehungen zu Israel aufnahm und im Gegenzug Donald Trumps Anerkennung für die Hoheit über die besetzte Westsahara zugesichert bekam, startete das Königreich eine (recht un-)diplomatische Offensive, um internationale Akzeptanz für ihre Souveränität über die Westsahara, die es zu zwei Dritteln besetzt hält, zu sammeln. Diese bestand u.a. darin, Druck auf Spanien und Deutschland auszuüben.

Letzte Kolonie Afrikas

Die ehemalige Kolonialmacht Spanien hatte die Westsahara erst 1976 als vorletztes Land in Afrika in die Unabhängigkeit entlassen. Die Unabhängigkeitsbewegung Frente Polisario musste sich jedoch nach dem Abzug der Spanier direkt mit den mauretanischen und marokkanischen Truppen befassen, die von beiden Seiten einfielen. In den folgenden Jahren nahm Marokko zwei Drittel des Landes ein, das hauptsächlich aus Wüste mit einigen Oasen besteht aber auch über die größten Phosphat-Vorkommen der Welt verfügt.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) verabschiedete mehrere Resolutionen zur West-Sahara. Zu Beginn forderten diese eine Entkolonialisierung der Sahara von den Spaniern, später von Marokko ein Referendum über die Unabhängigkeit. Dieses wird von Marokko jedoch blockiert. Es will nur die Autonomie zur Abstimmung geben, nicht eine tatsächliche Unabhängigkeit. Jedoch hatte der Internationale Gerichtshof schon vor dem Einmarsch jegliche Ansprüche Marokkos und Mauretaniens für ungültig erklärt. Spanien und Deutschland waren unter den westlichen Verfechtern des durch die VN mandatierten Vorgehens – obwohl auch diese Länder an der Verabschiedung eines Assozierungsabkommens zwischen Marokko und der EU beteiligt waren, welches später vom Europäischen Gerichtshof für ungültig erklärt wurde, weil es Produkte aus der Westsahara mit einschloss.

Besatzung, Ausbeutung, Migrationskontrolle, Erpressung

Spanien bekam Marokko recht leicht weich geklopft. Als Antwort auf eine Corona-Behandlung des von Marokko gesuchten POLISARIO-Anführers Brahim Ghali in einem spanischen Krankenhaus reduzierte Marokko im Mai 2021 den Grenzschutz zu den spanischen Enklaven auf dem nordafrikanischen Festland und ließ dadurch rund 10.000 Asyl suchende Menschen in die EU einreisen. Kurz darauf nannte Sanchez den marokkanischen Autonomieplan für die Westsahara die „ernsthafteste, realistischste und glaubwürdigste Grundlage für eine Lösung des Konflikts“ – ein eindeutiger Seitenwechsel.

Die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland wurden von Marokko im Frühjahr 2021 einseitig heruntergefahren. Äußerungen des ehemaligen Außenministers Heiko Maas und das Hissen der sahrauischen Fahne am Bremer Rathaus hatte die marokkanischen Behörden so verärgert, dass diese ihren Botschafter aus Berlin zurück beriefen und Kontakte zur deutschen Botschaft in Rabat, aber auch zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) auf Eis legten. Gemeinsame Entwicklungsprojekte bewegten sich kaum noch. Das grüne Licht der marokkanischen Ver-

Sahrauis demonstrieren für ihre Rechte.
Quelle: Africametro

waltung für den neuen deutschen Botschafter kam nicht, wodurch der Posten in der Botschaft in Rabat leer blieb. Auf Nachfrage des Mediums Maghreb-Post im November 2021 antwortete das Auswärtige Amt wohl, dass es nach Auffassung der Bundesregierung im beidseitigen Interesse sei, die „traditionell breiten und guten diplomatischen Beziehungen“ wieder fortzusetzen. Andererseits würde man sich „aber nicht unter Druck setzen lassen, dafür rechtsstaatliche und völkerrechtliche Prinzipien aufzugeben.“[1]

Mit der neuen Regierung veränderte sich dies. Schon im Dezember 2021, nur wenige Tage nachdem Annalena Baerbock das Außenministerium übernahm, veränderte das Auswärtige Amt seine Beschreibung von Marokko. Darin wird der Autonomie-Plan Marokkos als wichtiger Beitrag zur Lösung des Konflikts bezeichnet. In Anbetracht der Weigerung Marokkos, diesen Plan neben anderen, inklusive dem Unabhängigkeitsplan der Polisario Front, der Bevölkerung zur Abstimmung zu geben – womit das Referendum seit Jahrzehnten faktisch behindert wird – ist diese Formulierung ein Hohn auf die sahrauische Bevölkerung, die Demokratie und das Völkerrecht.

Abkehr vom Völkerrecht

Um die Zusammenarbeit mit der fünftgrößten Wirtschaft Afrikas wieder in Gang zu bringen, legte die deutsche Außenministerin beim ersten Besuch seit über einem Jahr noch einmal einen drauf. Bezüglich der Westsahara wird in der gemeinsamen Mitteilung der beiden Minister auf die Resolution 2602 des Sicherheitsrats der VN und die „Verantwortlichkeiten der Parteien bei der Suche nach einer realistischen, praktikablen, dauerhaften und kompromissbasierten politischen Lösung“ hingewiesen. Bestätigt wird auch, dass Deutschland „den im Jahr 2007 vorgestellten Autonomie-Plan als ernsthafte und glaubwürdige Bemühung Marokkos“ sehe und außerdem als „gute Grundlage, um zu einer Einigung beider Seiten zu kommen.“ Ein Wink an die Sahrauis, endlich klein beizugeben.[2]

Baerbock meinte zudem, dass es hinsichtlich der Westsahara nur „in Nuancen Unterschiede“ zwischen der deutschen und marokkanischen Sichtweise gebe. In Anbetracht der völkerrechtlich bindenden Resolutionen, die auch der Europäische Gerichtshof schon als Entscheidungsgrundlage nahm und dem sahrauischen Volk die Entscheidung über die Unabhängigkeit zusprechen, kann diese Position nur als Abkehr vom Völkerrecht verstanden werden. Denn Marokkos Position ist in etwa so eine Nuance von Unterschied zum Völkerrecht, wie sie zwischen der russischen Okkupation und dem in Minsk II festgeschriebenen Recht der Bevölkerung in Donezk und Luhansk, über ihren Status abzustimmen, besteht.

Tot-Prügeln keiner Rede Wert

Dass es zum Job einer Außenministerin gehört, auch mal mit fragwürdigen Persönlichkeiten zur Einigung zu kommen, lässt sich nicht abstreiten. Die eigenen Interessen über Menschenrechte zu stellen, ist hingegen eine eher konservative bis rechte Position. Passend: Auf ihrer Reise nach Rabat begleitete Baerbock die Oppositions-Abgeordnete Katja Leikert von der CDU. Diese spricht davon, dass Marokko „sowohl in Fragen der Migration vom afrikanischen Kontinent als auch in der Erzeugung regenerativer Energie“ eine „bedeutende Rolle“ spielen wird.

Dass Marokkos jüngster Beitrag zur Migrationsbekämpfung ein hartes Durchgreifen gegen hunderte Migrant*innen war, die am 24. Juni 2022 versuchten in die spanische Enklave Melilla zu gelangen, wobei über 30 Personen starben – teils totgeprügelt, teils verletzt in der Sonne liegen gelassen –, bekam keinerlei Mahnung von Baerbock. In der gemeinsamen Mitteilung der beiden steht hingegen: „Deutschland erkennt Marokkos Anstrengungen bei der Reduzierung irregulärer Migration und seinem Vorsitz im Rahmen des Rabat-Prozesses an.“ Zudem wurden wohl auch wieder neue Ausrüstungslieferungen aus Deutschland versprochen. Denn „Marokko begrüßt in diesem Zusammenhang die angebotene technische Unterstützung“, steht da.

Anmerkungen

1 Marokko – Diplomatisches Schweigen zw. Deutschland und Marokko maghreb-post.de 7.11.2021

2 Deutsch-Marokkanische gemeinsame Erklärung. auswaertiges-amt.de 25.8.2022

Flucht in Zeitlupe

Bundesregierung einigt sich auf Abzug aus Mali bis 2024

von Christoph Marischka

Nun scheint doch festzustehen, dass sich die Bundeswehr vollends aus Mali zurückzieht. Das aktuelle Mandat für die deutsche Beteiligung an der UN-Mission MINUSMA, das im Mai kommenden Jahres ausläuft, soll noch einmal verlängert werden, um nach der Verlängerung in die Vorbereitung des Abzugs einzusteigen. Das erscheint einerseits als Kompromiss zwischen dem Außenministerium (Bündnis 90/ Die Grünen) – das bleiben will – und dem Verteidigungsministerium (SPD), das die Perspektiven der Bundeswehr in Mali realistischer einschätzt. Eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung wird auch die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (ebenfalls SPD), gespielt haben. Ihrer Aufgabe, die Interessen der Soldatinnen und Soldaten im Bundestag zu vertreten, kam sie nach, als sie im September prominent auf die Schwierigkeiten einer fortgesetzten Präsenz unter den aktuellen Umständen hinwies: „Ja, diese Gefahr (dass man Russland in Mali das Feld überlasse, Anm. d. A.) wäre da. Aber das findet jetzt schon statt. Und die Bedrohung durch den Terror wächst, was letztendlich bedeutet, dass wir noch mehr Präsenz zeigen müssten, dass wir den Einsatz robuster fahren müssten – was aber nach Abzug der Franzosen und anderer Partner schwer darstellbar und von der Bundeswehr nicht leistbar ist“. Die Grünen und nun auch die CDU argumentieren hingegen neben der Gefahr, „Russland das Feld zu überlassen“, dass der Einsatz der Bundeswehr zur Sicherheit der Zivilbevölkerung beitrage und die UN stärke. Beides wird durch eine nüchterne Bilanz der letzten zehn Jahre eigentlich klar widerlegt.

Womit die CDU jedoch recht hat, ist ihre Kritik an der Darstellung, mit dem Abzugstermin bis Mai 2024 solle den für Februar 2024 in Mali vorgesehenen Wahlen „Rechnung getragen werden“. Da hat Kai Küstner vom ARD-Hauptstadtstudio mal recht, wenn er schreibt: „In der Tat stellt sich die Frage, wie eine im Rückzug befindliche Bundeswehr, die im Februar 2024 nur noch mit stark verminderter Truppenzahl vor Ort sein dürfte, sich noch schützend in die geplante Präsidentschaftswahl einbringen kann und will“.

Neben dem Anschein eines Kompromisses hat der langsame Abzug jedoch auch praktische Gründe. Denn Deutschland war – wie seine Verbündeten – gekommen, um zu bleiben. Für viel Geld wurde nicht nur aus der sogenannten „Ertüchtigungsinitative“ militärische Infrastruktur für die malischen Streitkräfte aufgebaut, sondern auch für die eigenen: Das große deutsche Feldlager neben dem Flughafen in Gao, die dortigen Hangars und Kommunikationsmittel für die aus Israel geleasten Heron-1-Drohnen, das Luftdrehkreuz Niamey in der benachbarten Republik Niger, Überwachungssysteme und Betreiberverträge für Liegenschaften und Logistik. Dabei geht es auch viel um Technologien, die nicht „den Russen“ in die Hände fallen sollen, die mittlerweile auf Einladung der Putsch-Regierung im Land sind. Aus deutscher und EU-Sicht gibt es dementsprechend viel „aufzuräumen“.

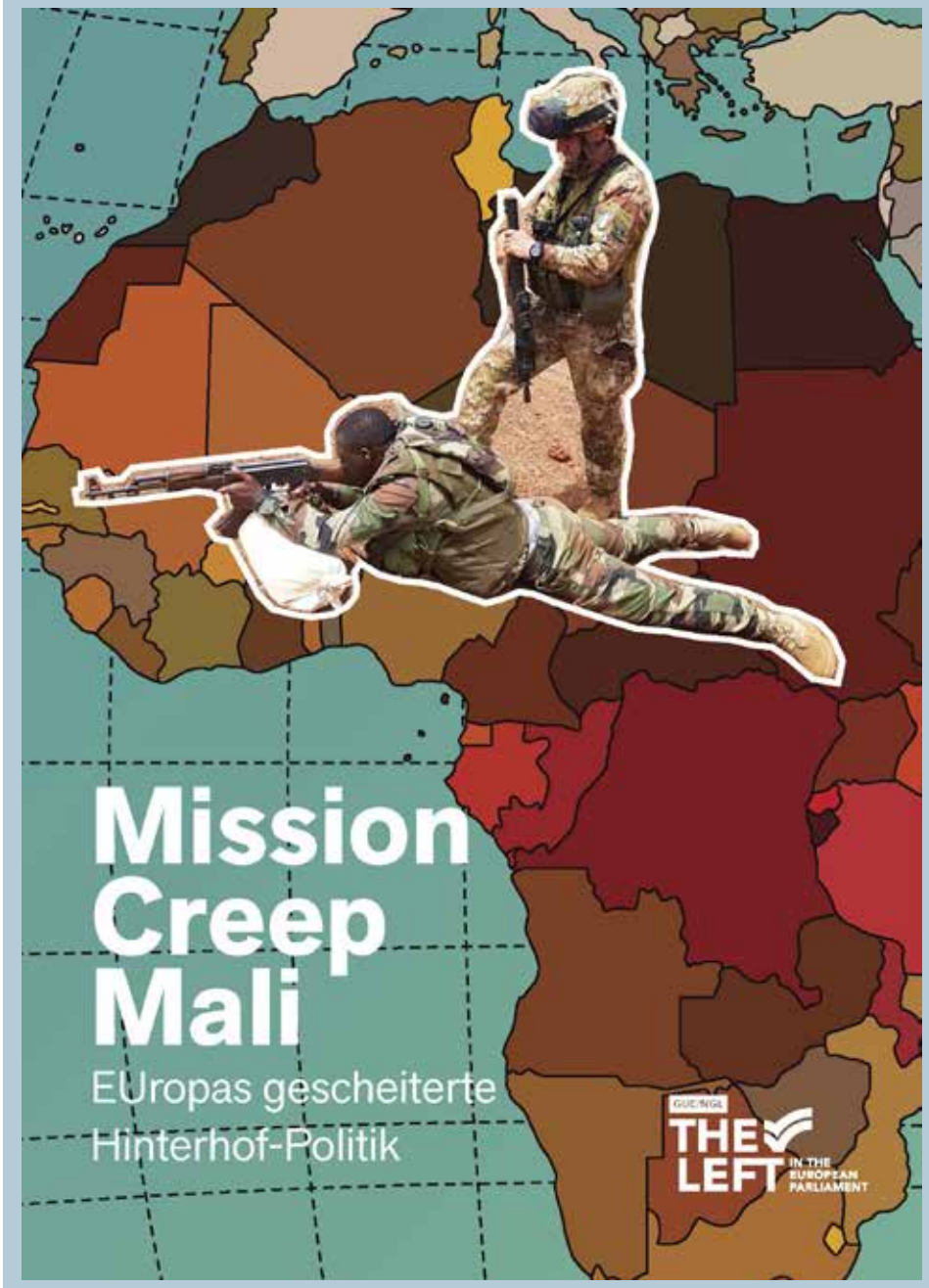
Von einem „Einstieg in den Ausstieg“ ist nun die Rede. Man könnte auch von einer Flucht in Zeitlupe sprechen, die schon länger anhält. Denn die Bundeswehr war auch führend an der EU-Ausbildungsmission (EUTM Mali) beteiligt, die zunächst wegen der Pandemie, dann wegen der letzten beiden Putsche immer wieder eingefroren wurde und zuletzt nur noch auf Sparflamme lief, bevor sie klammheimlich beendet beziehungsweise ins Nachbarland Niger verlegt wurde. Auch Frankreich, dem man mit der deutschen Präsenz seine „Solidarität“ ausdrücken wollte, ist bereits abgezogen, so wie weitere europäische Truppensteller das bereits angekündigt oder vollzogen haben.

Das zurückhaltende Tempo dieser Flucht hat auch noch andere Vorteile. Denn eigentlich will man bleiben und viele hoffen sicherlich auch noch auf Ereignisse, die das noch ermöglichen könnten. Einigen Verbündeten wäre durchaus auch zu zutrauen, solche Ereignisse zu provozieren. Vielleicht ist auch das gemeint, wenn man den vorgesehenen Wahlen „Rechnung tragen“ will.

Bleiben will man unter anderem, weil Deutschland und die EU trotz Klimawandel weiter auf Wachstum setzen und Profite absichern wollen. „Grüner Wasserstoff“ gilt dabei aktuell als Wundermittel. Gewonnen werden soll der – wie schon zuvor der „Wüstenstrom“ von Desertec – unter anderem in den riesigen Flächen der Sahel-Region.

Neue Broschüre: „Mission Creep Mali – EUropas gescheiterte Hinterhof-Politik“

Wenige Tage nach der Ankündigung des deutschen Abzugs aus Mali veröffentlichte die Fraktion „The Left“ im Europäischen Parlament eine Studie unter dem Titel „Mission Creep Mali – EUropas gescheiterte Hinterhof-Politik“. Sie beschreibt die Interessen und Ideologien hinter dem Versuch einer militärisch gestützten Restrukturierung einer Großregion, die im außenpolitischen Apparat der EU als „G5 Sahel“ zusammengefasst wird und als Pilotprojekt der aufstrebenden Weltmacht Europa konzipiert war. Die Studie von Christoph Marischka zeichnet dessen Scheitern über die letzten zehn Jahre nach und sucht – anders als die Regierungen und ein Großteil der Medien in Europa – die Ursachen hierfür nicht primär bei den Ländern des Südens, sondern in eben jenen Interessen und Ideologien, welche dem Außenhandeln der EU zugrunde liegen.



Die Studie kann kostenlos heruntergeladen oder im Regionalbüro der EP-Abgeordneten Özlem Alev Demirel bestellt werden:

Özlem Alev Demirel MdEP
Regionalbüro Düsseldorf
Derendorfer Straße 74
40479 Düsseldorf
Telefon 0049-21146859203
oezlem-alev-demirel.de/kontakt/

Rechte (Netzwerke) vor Gericht

Wie die Justiz einen vermeintlichen Schlussstrich unter das Hannibal-Netzwerk zieht

von Luca Heyer

Frankfurt, 15. Juli 2022: Der seit Mai 2021 laufende Prozess gegen den ehemaligen Bundeswehrsoldaten Franco Albrecht geht zu Ende. Das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt: fünf Jahre und sechs Monate Haft wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

Albrecht wird seitens der Gerichte und der Ermittlungsbehörden als Einzeltäter, der jetzt hinter Gittern sitzt, dargestellt. Also Ende gut, alles gut? Nein, leider verhält es sich anders:

Franco Albrecht ist Teil des Hannibal-Netzwerks, über das die Informationsstelle Militarisierung (IMI) in der Vergangenheit mehrfach berichtete.[1] Zahlreiche Bundeswehrsoldaten und Polizisten sind Teil dieses rechten Netzwerks. Aus dem Netzwerk heraus kam es zu Vorbereitungen von Terroranschlägen und Umsturzplänen für einen „Tag X“. Zahlreiche Personen legten Waffen- und Munitionsdepots an, so auch Franco Albrecht. Bis heute sind jedoch viele Fragen ungeklärt. Das liegt auch am Unwillen von Polizei, Justiz und Geheimdiensten, die Netzwerkstrukturen hinter den einzelnen Beschuldigten zu ermitteln und offenzulegen.

Franco Albrecht ist momentan die vorerst letzte Person, die dem engeren Kreis des rechten Netzwerks zugeordnet werden kann, die verurteilt wurde. In diesem Artikel sollen die bisherigen Verfahren gegen Personen des Hannibal-Netzwerks noch einmal unter die Lupe genommen werden. Vorweg geschoben die nüchterne Erkenntnis: Außer Franco Albrecht befinden sich aktuell alle weiteren Mitglieder des Netzwerks auf freiem Fuß. Das Netzwerk stellt somit noch immer eine erhebliche Gefahr dar.

André S. (Hannibal)

Der ehemalige Soldat André S. ist die zentrale Person im Hannibal-Netzwerk. Unter dem Decknamen „Hannibal“ administrierte er mehrere Chats rechter Prepper, die sich auf den Tag X vorbereiteten. Außerdem gründete er den Verein Uniter, bei dem es zahlreiche Verbindungen zu den Chatgruppen gab. Uniter steht mittlerweile im Fokus des Verfassungsschutzes. Im Rahmen von Uniter arbeitete S. auch am Aufbau paramilitärischer Einheiten und organisierte militärtaktische Trainings für Zivilist*innen, bei denen er höchstwahrscheinlich Wissen aus seiner Ausbildung beim Kommando Spezialkräfte (KSK) weitergab.

Im Sommer 2017 wurden wegen seiner Nähe zu Franco Albrecht seine Stube in der Kaserne in Calw, seine Wohnung in Sindelfingen sowie das Haus seiner Adoptiveltern in Halle durchsucht. Obwohl S. vorher gewarnt wurde, fand die Polizei in seiner Wohnung und der seiner Eltern unter anderem Patronen, Nebel- und Signalgranaten sowie eine Kiste, in der sich Zünder von Handgranaten befanden – alles aus Bundeswehrbeständen.[2] Insbesondere die Zünder für die Übungshandgranaten könnte „Hannibal“, der früher Zugangssprenger beim KSK war und sich mit Sprengstoff auskennt, auch zum Zünden gefährlicherer Sprengstoffladungen vorgesehen haben. Es ist unklar, was er aufgrund der Warnung noch alles verschwinden lassen konnte.

Für seine Rolle als zentrale Person im Hannibal-Netzwerk und seine Kontakte zu mehreren Personen, die mutmaßlich Anschlagspläne verfolgten, wurde S. nie juristisch belangt. Im Fall von Franco Albrecht galt er lediglich als Zeuge. Zwei Gerichtsprozesse gab es dennoch gegen ihn, die jeweils mit Geldstrafen endeten.

Das erste Mal stand S. Anfang 2020 vor Gericht. Verantworten musste er sich für die Munition und die Granaten, die die Polizei bei ihm im Sommer 2017 fand. Gegen einen Strafbefehl, der zuvor gegen ihn ergangen war, hatte er Widerspruch eingelegt. Deshalb kam es zum Prozess. Dieser endete mit einer Geldstrafe von 1.800 Euro: 120 Tagessätze zu je 15 Euro. Damit bestätigte das Gericht die Zahl der Tagessätze, die auch zuvor bereits in dem Strafbefehl verhängt worden war.

Die Strafhöhe dürfte jedoch deutlich gemildert worden sein – u.a. deshalb, weil André S. nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr eigenen Angaben zufolge kaum noch Einnahmen hat.[3]

Die Strafe von gerade einmal 1.800 Euro für S. dürfte wenig Abschreckungspotenzial gehabt haben. Er verlor damit zwar immerhin seine Erlaubnis zum Besitz von Waffen, das Urteil ist jedoch milde, bedenkt man seine zentrale Rolle in dem rechten (Terror-)Netzwerk. Dass die Strafe so gering ausfällt, liegt auch daran, dass genau dieses Netzwerk vor Gericht überhaupt keine Rolle spielte. So waren sich die Staatsanwältin und der Verteidiger einig, dass „über den Komplex Franco A. genug geredet worden" sei – darum gehe es nicht.[4]

Ein Jahr später kam es zu einem weiteren Gerichtsprozess gegen S. wegen eines paramilitärischen Uniter-Trainings in der Nähe von Mosbach, in Nordbaden, im Jahr 2018. Damals hatten die sogenannte Defence Unit sowie die Medical Response Unit von Uniter ein militärtaktisches Reaktionsschießen unter der Leitung von S. abgehalten. Der Prozess endete in zweiter Instanz im Januar 2022 mit einer Geldstrafe von 1.500 Euro und der Rückgabe der dafür genutzten Waffen.[5] Bei beiden Prozessen war S. nicht persönlich anwesend, sondern ließ sich durch seinen Anwalt vertreten.[6]

Nordkreuz

Eng verbunden mit „Hannibal" ist ein Geflecht rechter Chatgruppen. Allein für Norddeutschland gab es vier davon. Die Gruppe Nord beispielsweise hatte 73 Mitglieder und die Gruppe Nordkreuz umfasste 41 Mitglieder.[7] Die dortigen Protagonist*innen tauschten sich u.a. über Pläne eines bewaffneten Umsturzes an einem sogenannten „Tag X" und Massenhinrichtungen aus. Geplant wurde u.a. die Beschaffung von Leichensäcken und Ätzkalk, mit dem Leichen schneller unkenntlich gemacht werden können. Außerdem wurden Waffen- und Munitionsdepots sowie eine Feindesliste mit etwa 25.000 Namen und Adressen angelegt. Ein Teil der Daten stammte von Polizeicomputern.[8]

Marko G.

Die Chatgruppe Nordkreuz sowie zwei weitere der Chatgruppen administrierte der Ex-SEK-Polizist und Ex-Bundeswehrsoldat Marko G. Bei ihm wurden (wie auch bei einzelnen weiteren Chatmitgliedern) mehrere Razzien durchgeführt. Im Zusammenhang mit den Tag-X-Planungen der Gruppe gilt er jedoch von Beginn an nicht als Beschuldigter, sondern als Zeugen – trotz seiner Funktion als Administrator der Chatgruppen. So wurden auch die Razzien bei ihm als Zeuge, nicht als Beschuldigtem durchgeführt. Bei den Razzien

Ein Soldat der KSK nimmt sich Munition bei einer Schießübung. Foto: Jana Neumann / Bundeswehr / Flickr

kam ein unbeschreiblich großes Waffenarsenal mit rund 55.000 Schuss Munition, leichteren Waffen bis hin zu schweren Kriegswaffen zum Vorschein. Teils waren diese im Haus verteilt, teils in einem Erddepot im Garten vergraben. Deshalb wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet.[9] Nach einer mehrmonatigen Untersuchungshaft endete das Verfahren gegen ihn im Dezember 2019 mit einer erstaunlich milden Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten, sodass er seitdem wieder auf freiem Fuß ist.[10]

Das Gericht versagte an mehreren Stellen, vor allem was die Motivlage, die Umstände des Verschwindens der Munition und die Frage nach Mittätern angeht:

So deutet einiges darauf hin, dass G. eine bei ihm gefundene Maschinenpistole aus Bundeswehrbeständen entwendet haben könnte. Zum Zeitpunkt des Verschwindens der Waffe, 1993, war er bei der Bundeswehreinheit, wo die Schnellfeuerwaffe verschwand: dem Panzergrenadierbataillon 421 in Brandenburg. Das Gericht sah eine mutmaßliche Schutzbehauptung des Ex-Soldaten, er habe die Waffe 2009 oder 2010 illegal gekauft, jedoch als erwiesen an.

Ein Teil der Munition stammte aus den Beständen verschiedener Polizeispezialeinheiten, u.a. der SEK-Einheit in Mecklenburg-Vorpommern, bei der G. lange tätig war. Zunächst war die Polizei davon ausgegangen, dass drei Kollegen ihm beim Diebstahl der Munition geholfen hätten. Im Urteil ist die Rede davon, er habe „erfolglos" versucht, diese dazu zu überreden.

Und auch bei der letztlich entscheidenden Frage, was G. mit den Waffen vorhatte, überzeugt die Version des Gerichts nicht. So sei es nicht feststellbar, dass er konkret beabsichtigt hätte, Waffen und Munition „bei Eintritt des Tages X in nicht rechtskonformer Art und Weise zu nutzen". Zum einen bleibt es wohl das Geheimnis des Gerichts, was eine legale Art der Nutzung illegaler Schnellfeuerwaffen am „Tag X" gewesen wäre, zum anderen ist es (u.a. anhand der

Chatprotokolle und Zeugenaussagen) durchaus naheliegend, dass das Horten von Munition und Waffen im Zusammenhang mit den Umsturzplanungen für den „Tag X“ und den für diesen Zeitpunkt geplanten Erschießungen politischer Gegner*innen stand.[11] Der Fall Marko G. scheint aus juristischer Sicht damit jedoch zunächst offiziell abgeschlossen zu sein. Hätte das Gericht die Frage des Motivs für das Waffenhorten nicht konsequent ausgeblendet, dann wären durchaus schwerwiegendere Anklagepunkte infrage gekommen. Von Nordkreuz-Mitgliedern und Angehörigen gab es nach dem Urteilsspruch Beifall für das Gericht.[12]

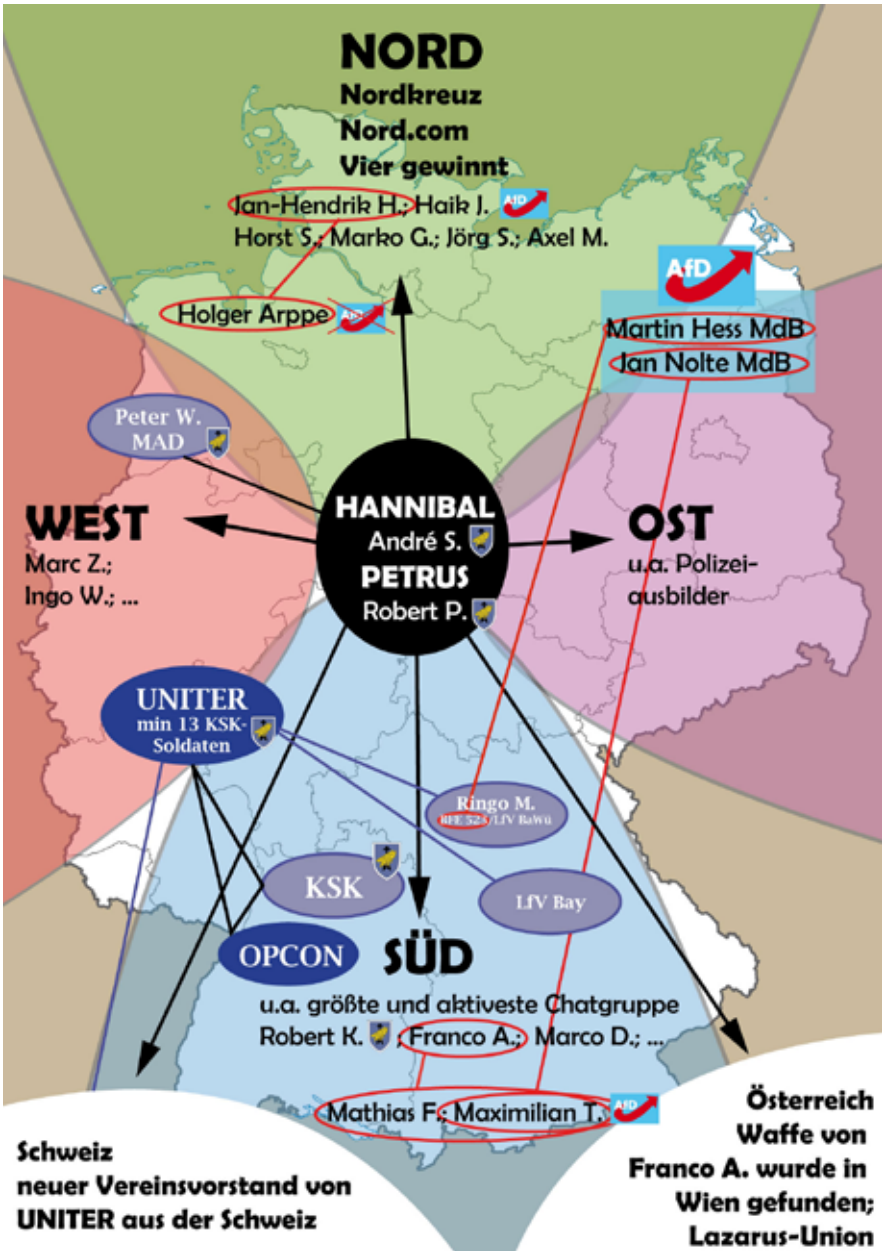
Jan-Hendrik H. und Haik J.

Gegen den Anwalt Jan-Hendrik H. und den Ex-Polizisten Haik J. – beide Nordkreuz-Mitglieder – wurde ebenfalls ermittelt. Was die Feindesliste und die „Tag-X“-Planungen anbelangt, sind sie die einzigen Beschuldigten. Ein anderes Nordkreuz-Mitglied hatte den NSU-Sympathisanten H. bei der Polizei beschuldigt, einen Ordner mit 25.000 Namen und Adressen zu besitzen, in dem Personen, die „weg“ müssten, aufgelistet sind.[13] Auch bei ihnen führte die Polizei Razzien durch. Die Liste oder zumindest Teile davon wurden dabei gefunden. Einiges deutet darauf hin, dass der Ex-Kriminalpolizist J. diese sensiblen Daten von Polizeicomputern abrief und beisteuerte. Doch auch diese beiden Personen sind auf freiem Fuß. Das Verfahren wurde von Anfang an, seit 2017, von der Bundesanwaltschaft geführt. Ermittelt wurde wegen des Vorwurfs der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Bei diesem Straftatbestand sind, wie der Name sagt, bereits Vorbereitungshandlungen strafbar.

Die Bundesanwaltschaft stellte die Verfahren allerdings im Januar 2022 sang- und klanglos ein.[14]

Der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion[15] zufolge wurde im Juni 2021 noch gegen vier weitere Personen ermittelt. Weitere Hintergründe hierzu sind nicht bekannt. Es ist davon auszugehen, dass auch deren Verfahren mittlerweile eingestellt wurden.

Dass jedoch nur gegen sieben Personen bei Nordkreuz überhaupt ermittelt wurde und dass bislang nur einer davon (zu einer milden Strafe) verurteilt wurde, zeigt wie fahrlässig die Justiz mit den rechten Terrorplänen umgeht. Die Gruppe hatte immerhin mehr als 40 Mitglieder. Nicht nur diese Netzwerke, sondern auch andere rechte Strukturen und Akteure dürften sich durch dieses Vorgehen der Justiz bestätigt fühlen, wie auch die Bundesregierung indirekt einräumt: „Die Bundesregierung geht von einem Fortbestand der Gruppierung aus. Nach den der Bundesregierung vorliegenden Erkenntnissen verfügen mehrere Gruppenmitglieder über einen Zugang zu legalen Schusswaffen.“[16] Einigen Nordkreuz-Mitgliedern wurde also nicht einmal der legale Zugang zu Schusswaffen entzogen – ein Versagen des Staates auf ganzer Linie.



Das Netzwerk der rechten Prepper: Personen, Institutionen und Organisationen. Grafik: IMI

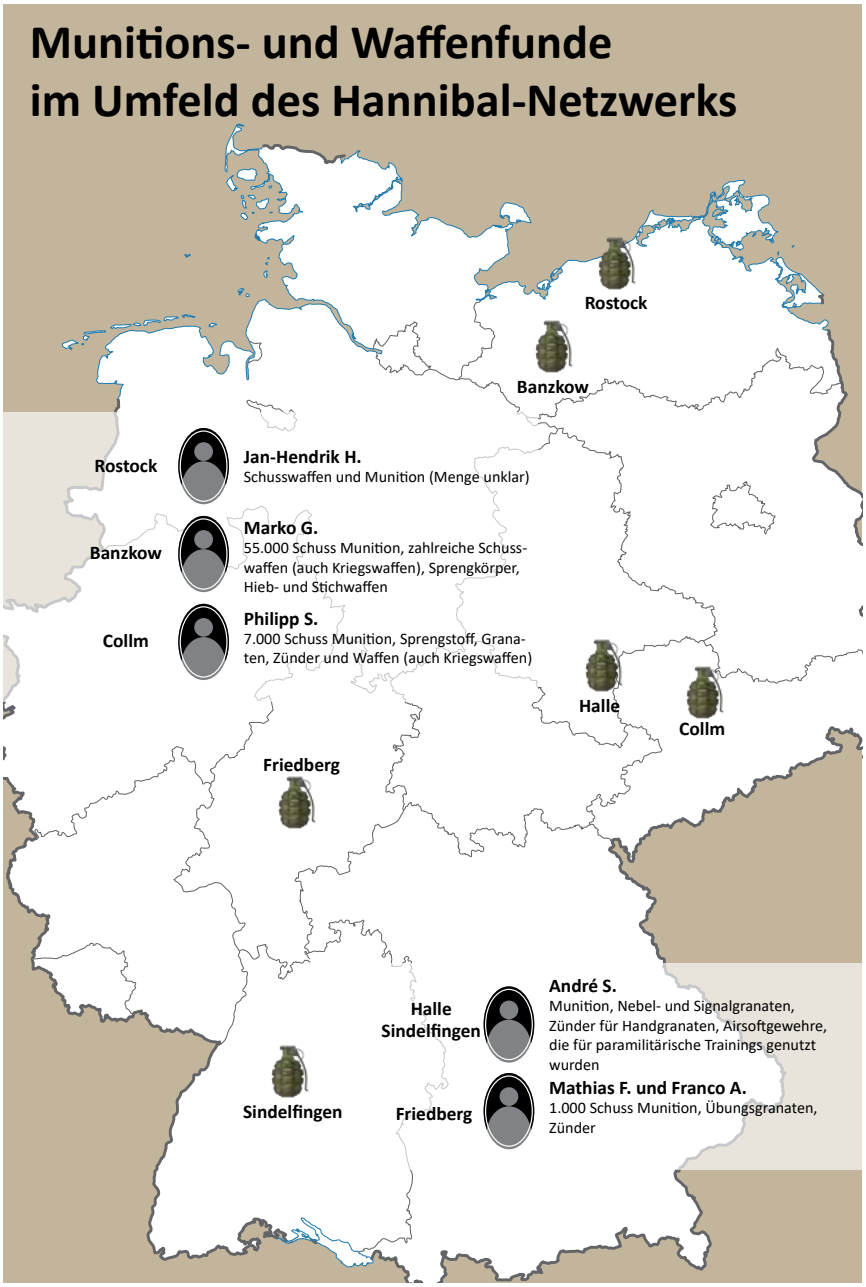
Franco Albrecht

Der ehemalige Bundeswehrsoldat Franco Albrecht wurde wegen Terrorplanungen wie eingangs beschrieben verurteilt. Er soll geplant haben, unter einer falschen Identität als Geflüchteter Anschläge zu begehen. Dafür hatte er sich Waffen und Munition aus Bundeswehrbeständen beschafft, mögliche Ziele ausspioniert und sich Notizen mit Anschlagsplänen gemacht. Außerdem hatte er sich eine falsche Identität als Geflüchteter beschafft. Albrecht war Mitglied einer der „Hannibal"-Chatgruppen und besaß ein Uniter-Patch.

Seit seinem Auffliegen 2017 wurde gegen ihn wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt. Bis es 2021 dann endlich zur Gerichtsverhandlung kam, dauerte es jedoch ungewöhnlich lange. Bereits nach einem halben Jahr war er aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Lange sah es so aus, als würde es bei seinem Verfahren nur um Betrug wegen der erschlichenen Asylleistungen gehen. Die Anklage gegen Albrecht wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main im Juni 2018 zunächst abgewiesen. Es sei nicht erwiesen, dass Albrecht fest entschlossen gewesen sei, die geplanten Taten zu begehen.[17]

Im Mai 2021 begann dann auf öffentlichen Druck seitens der Zivilgesellschaft hin endlich das Verfahren vor dem Oberlandesgericht Frankfurt, das die Anklage ursprünglich abgewiesen hatte. Albrecht nutzte den Prozess als politische Bühne. Bereits kurz vor dem Prozessbeginn gab er RT Deutsch ein halbstündiges Interview. Darin deutete er bereits seine Prozessstrategie an. Albrecht wollte sich einerseits als unschuldiges, unpolitisches Justizopfer darstellen, andererseits aber durchaus rechte und verschwörungstheoretische Narrative, z.B. bezüglich der Asylpolitik, vor Gericht thematisieren und dadurch in die Medien bringen. Mittlerweile ist das Video nicht mehr abrufbar.

Albrechts Prozessstrategie ging allerdings nicht auf. Das Gericht verurteilte ihn zu fünfeinhalb Jahren Haft wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Betrugs sowie Verstößen gegen das Waffen-, Kriegswaffenkontroll- und Sprengstoffgesetz. Vom Gericht wird ihm eine „völkisch-nationalistische, rechtsextremistische Gesinnung" attestiert. Er gilt als rechtsradikaler Terrorist.[18] Dass das Gericht in diesem Fall die rechtsradikale Gesinnung des Angeklagten ins Urteil einfließen lässt, ist gut und im vorliegenden Komplex leider ein Einzelfall. Problematisch am gesamten Gerichtsprozess gegen Albrecht war, dass dieser von Anfang an als Prozess gegen einen Einzeltäter konzipiert wurde. Dadurch bleiben die Netzwerke des rechtsradikalen Terroristen Albrecht leider weiter im Dunkeln. Außerdem entsteht der falsche Eindruck, der Staat greife gegen rechtsmotivierten Terror hart durch und die Terrorgefahr sei damit vorerst gebannt – eine Fehleinschätzung, wenn man sich das gesamte Netzwerk ansieht.



Quer durch Deutschland wurden z.T. große Mengen an Waffen und Munition gefunden. Grafik: IMI

Mathias F.

Albrecht schmiedete seine Terrorpläne, wie bereits angedeutet, nicht alleine. Einer seiner Komplizen war Mathias F., ein Freund mit extrem rechter Gesinnung aus Jugendzeiten. Bei ihm hatte Albrecht u.a. mehr als 1.000 Schuss Munition aus Bundeswehrbeständen gelagert. Im September 2019 wurde F. wegen dieser Verstöße gegen das Waffengesetz, das Sprengstoffgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt. Die rechte Gesinnung des Angeklagten, so der vorsitzende Richter, habe er in sein Urteil nicht einfließen lassen.[19] Ungeklärt blieb auch, inwiefern F. von Terrorplanungen wusste. Es ging nur um die Munition – F. bleibt damit auf freiem Fuß.

Maximilian T.

Ein weiterer mutmaßlicher Komplize Albrechts ist Maximilian T.. Er deckte Albrecht gegenüber Vorgesetzten in der gemeinsamen Bundeswehreinheit und könnte an den Terrorplanungen beteiligt gewesen sein. Bei ihm wurde eine Liste mit möglichen Anschlagszielen gefunden. Albrecht und T. hatten ein enges persönliches Verhältnis. Der Bundeswehrgeheimdienst MAD und der Verfassungsschutz stufen T. als Rechtsextremisten ein. Dennoch wurden bereits 2018 sämtliche Ermittlungen gegen ihn eingestellt.[20] Über die genauen Hintergründe ist nichts Näheres bekannt.

Kein Schlussstrich!

Zentrales Problem der (Nicht-)Aufarbeitung ist, dass die Justiz das Netzwerk als eine Summe vermeintlicher Einzelfälle verhandelt. Auch die Bundesregierung hatte zuvor mantraartig immer wieder von „Einzelfällen“ gesprochen. Dadurch ging es bei den Gerichtsprozessen, die stattfanden, immer wieder um Waffen- und Munitionsdepots, jedoch nie darum, welche gemeinsamen Pläne die jeweiligen Personen mit diesen Waffen hatten.

Auffällig ist auch, dass es nicht zu Ermittlungen oder Verfahren wegen der Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung kam, obwohl sich ein solches Verfahren im vorliegenden Fall geradezu aufgedrängt hätte. Gegen Antifaschist*innen wird dieses Instrument nur allzu gerne in Stellung gebracht.

Es steht zu befürchten, dass die Justiz mit dem Abschluss des Verfahrens gegen Franco Albrecht einen Schlussstrich unter das Thema Hannibal-Netzwerk ziehen möchte – obwohl das Netzwerk weiter handlungsfähig ist und die Netzwerkstrukturen nicht aufgeklärt wurden. Polizei und Justiz versagen bei der Aufklärung rechter Netzwerke und scheitern auch dabei, die Gefahr zu bannen, die von diesen Netzwerken ausgeht. Das sollten wir nicht zulassen! Es bleibt weiterhin wichtig, dass die Zivilgesellschaft – von antifaschistischen Strukturen bis hin zu den Medien – hier Aufklärungsarbeit leistet und damit den Druck aufrecht erhält.

Anmerkungen

1 U.a. IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten.

2 Zeit Online: 1.800 Euro Strafe für „Hannibal“. 4.2.2020; Protokoll des Gerichtsverfahrens gegen André S. am 3.2.2020 vor dem Amtsgericht Böblingen.

3 Ebd.

4 Protokoll des Gerichtsverfahrens gegen André S. am 3.2.2020 vor dem Amtsgericht Böblingen.

5 Stuttgarter Zeitung: Schießübung des Uniter-Netzwerks. Hannibal bekommt Waffen zurück. 21.1.2022.

6 Ebd.; Protokoll des Gerichtsverfahrens gegen André S. am 3.2.2020 vor dem Amtsgericht Böblingen.

7 Drucksache 19/31238. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner u.a. und der Fraktion DIE LINKE: Neue Erkenntnisse zum rechten Nordkreuz-Netzwerk. 28.6.2021.

8 Taz: Rechter Terror in Deutschland: Auf der Feindesliste. 6.7.2019.

9 IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten.

10 Taz: Rechter Nordkreuz-Prepper Marko G.: „Eine einmalige Verfehlung“. 24.4.2020.

11 Ebd.

12 Panorama: Bewährungsstrafe für „Nordkreuz“-Chef. 20.12.2019.

13 Welt: Leichensäcke und 40.000 Schuss Munition für den „Tag X“. 19.9.2019.

14 Spiegel: Generalbundesanwalt beendet Ermittlungen gegen »Nordkreuz«-Mitglieder. 21.1.2022.

15 Drucksache 19/31238. (siehe Anmerkung 7)

16 Ebd.

17 IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten.

18 Tagesschau: Bundeswehroffizier verurteilt. Fünfeinhalb Jahre Haft für Franco A.. 15.7.2022.

19 Taz: Gestohlene Bundeswehr-Munition: Erstes Urteil im Komplex Franco A.. 16.9.2019.

20 Taz: Rechte Bedrohung im Bundestag: Maximilian T. ist Rechtsextremist. 28.2.2020.

Europa – Chiffre für deutsches Großmachtstreben

Zur Rede von Olaf Scholz in Prag

von Christoph Marischka

Dieser IMI-Standpunkt basiert auf einer Rede zum Antikriegstag 2022 in Tübingen.

Vor drei Tagen, am 29. August 2022, hat Kanzler Olaf Scholz an der Prager Karls-Universität eine Grundsatzrede gehalten und das war eine sehr geopolitische Rede. Sie trug den wenig einfallsreichen Titel: „Europa ist unsere Zukunft“. Europa aber, das ist kein Kontinent und auch nicht die „Wertegemeinschaft“, als die es uns immer verkauft wird, sondern lange schon eine Chiffre für deutsches Großmachtstreben; ein Großmachtstreben, das die Welt bereits zwei Mal in den Abgrund gerissen hat. Die Rede von Olaf Scholz liest sich wie der Auftakt zu einem dritten Anlauf und unverhohlen zeigt er darin eine Art Freude darüber, dass der russische Angriff auf die Ukraine für diese „Zeitenwende“ einen Anlass geschaffen hat.

Da heißt es z.B.: „Die Erfahrung der vergangenen Monate zeigt doch: Blockaden lassen sich überwinden. Europäische Regeln lassen sich ändern – wenn nötig, auch im Eiltempo“. Etwas früher schon heißt es: „Die historischen Entscheidungen der vergangenen Monate haben uns diesem Ziel nähergebracht“. Welches Ziel ist gemeint: Das einer „stärkeren, souveräneren, geopolitischen Europäischen Union … einer Union, die ihren Platz in der Geschichte und Geographie des Kontinents kennt und stark und geschlossen in der Welt handelt“. Und kurz nachdem er – prinzipiell zurecht – den russischen Imperialismus gegeißelt hatte und den Versuch, Grenzen durch Gewalt zu verschieben, behauptet er: „die Ukraine, die Republik Moldau, perspektivisch auch Georgien und natürlich die sechs Staaten des Westlichen Balkans gehören zu uns, zum freien, demokratischen Teil Europas“. Da muss man doch ergänzen, dass fünf der sechs Staaten des westlichen Balkans – bei Kosovo ist umstritten, ob es sich um einen unabhängigen Staat handelt – einst zu Jugoslawien gehört haben, ihre militärisch durchgesetzte Unabhängigkeit von Deutschland und der NATO anerkannt und letztlich militärisch abgesichert wurde, durch einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO. Im Kosovo ist bis heute die Bundeswehr im Rahmen der NATO-Truppe KFOR stationiert, und aktuell kehrt die Bundeswehr nach Bosnien und Herzegowina zurück; denn man wolle – so begründet das tagesschau.de –, „unbedingt verhindern, dass Moskau seinen Einfluss in der Region ausweitet“. Denn die Bevölkerung in mehreren dieser neuen Staaten ist tief gespalten oder wählt sogar mehrheitlich Parteien, die eher nach Moskau schielen, denn nach Brüssel. Die zukünftige EU-Mitgliedschaft wurde und wird auch hier militärisch herbeigeführt und abgesichert – unter Verschiebung von Grenzen, vonseiten der NATO und der EU. Auch das ist und war eine imperialistische Politik der NATO und sie ist mitverantwortlich für die aktuelle Eskalation in der Ukraine. Wir haben all die Jahre diese imperialistische Politik abgelehnt und werden sie weiterhin ablehnen.

Olaf Scholz nahm nun diese Eskalation zum Anlass, mit der „Zeitenwende“ die Parole auszugeben, dass „die EU weiter in Richtung Osten“ wachsen, sich die Mitte Europas nach Osten verschieben soll. Eine EU, für die Scholz zugleich fordert, das Prinzip der Einstimmigkeit in der gemeinsamen Außenpolitik aufzugeben, um Deutschlands Einfluss weiter auszubauen. Dem dient auch die „Zeitenwende“ in der Rüstungspolitik, das 100 Mrd. Sondervermögen für Bundeswehr und Rüstung. Erklärtes Ziel des Sondervermögens ist es, Deutschland zur größten Militärmacht der Europäischen Union werden zu lassen, Zitat Olaf Scholz: „Deutschland wird in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der Nato verfügen“ – auch hier zeigt sich wieder eine sehr selektive und flexible geografische Verortung „Europas“. Davon Unabhängig ist dies nicht die Erfolgsmeldung, als die sie uns weite Teile der veröffentlichten Meinung verkauft haben; das ist eine finstere Drohung, der wir uns entschieden entgegenstellen müssen und werden, so wie morgen die Leute bei Rheinmetall Entwaffnen in Kassel!

Links: Bundeskanzler Olaf Scholz, Quelle: Wikipedia. Rechts: Ein Propagandaplakat von 1888, das der Bevölkerung den bismarckschen Militarismus mit chauvinistischen Appellen schmackhaft machen sollte, Quelle: Public Domain / Wikimedia

Das Sondervermögen soll auch genutzt werden, um in Deutschland schnell neue und hochmoderne Waffensysteme zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Und auch mit diesem Markt ist Osteuropa gemeint, wo viele Staaten nun ihre alten Sowjetbestände an die Ukraine geliefert haben und bald viele, viele neue Panzer und andere Waffensysteme nachkaufen werden. Und Scholz hat in Prag angekündigt, „in Deutschland in den kommenden Jahren ganz erheblich in unsere Luftverteidigung [zu] investieren. Alle diese Fähigkeiten werden im NATO-Rahmen einsetzbar sein. Und zugleich wird Deutschland diese zukünftige Luftverteidigung von Beginn an so ausgestalten, dass sich daran auch unsere europäischen Nachbarn beteiligen können, wenn das gewünscht wird – etwa Polen, Balten, Niederländer, Tschechen, Slowaken oder unsere skandinavischen Partner“. Deutschland will Europas größte Rüstungs- und Militärmacht werden und künftig andere Länder unter seinen Raketenschirm nehmen, deren Militär ausrüsten und ihre Außenpolitik bestimmen. Das wird nicht lange gut gehen und dem werden wir uns widersetzen, u.a. am dezentralen bundesweiten Aktionstag am ersten Oktober mit einer großen Demo in Stuttgart.

In diesem Zusammenhang gilt es zu warnen vor der allzu leichtfertigen Übernahme von geografischen, letztlich geopolitischen Formulierung, nach denen aktuell „mitten in Europa“ oder „im Herzen Europas“ ein Krieg tobe. Wenn wir die Ukraine als Herz Europas definieren, machen wir uns zu ideologischen Steigbügelhaltern eines deutschen Dominanzanspruchs über Osteuropa und wir sollten uns fragen, was in dieser geografischen Vorstellung eigentlich das riesige Russland ist: Auch ein Teil Europas, der früher oder später, „integriert“ werden soll, so wie der westliche Balkan? Auch das dürfte blutig ausgehen oder gar nuklear.

Wir müssen uns dem deutschen Dominanzstreben entgegenstellen und dazu Bündnisse suchen und sicherlich auch Kompromisse eingehen – auf einer antifaschistischen Grundlage. Wir müssen uns – damit verbunden – auch kritisch mit der Ideologie „Europa“ auseinandersetzen und zum Beispiel fragen, was es bedeutet, wenn eine vermeintlich progressive Partei, Volt, im Wahlkampf die Parole plakatiert: „Europäisch denken, global handeln“. Wir bleiben dabei: „Global denken – lokal handeln“. Und zwar solidarisch gegen Aufrüstung, Ausbeutung und Krieg.

Moldau

Schritte einer ehemaligen Sowjetrepublik auf dem Weg gen Westen

von Anton Nels

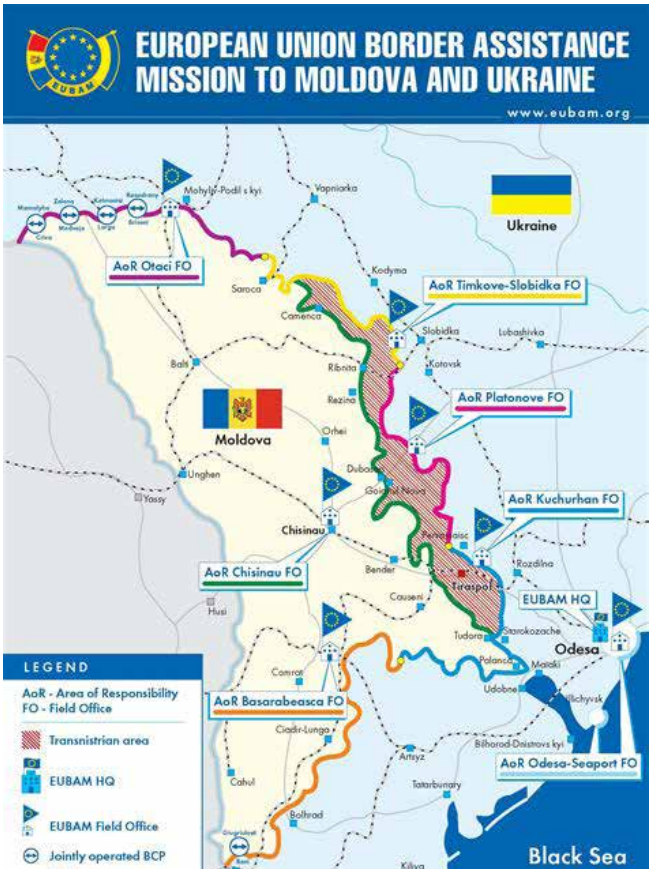
Seit Februar 2022 flammt der Krieg in der Ukraine in völlig neuen Dimensionen wieder auf, mit dem Einmarsch Russlands richteten sich viele Augen auf das Land in Osteuropa. Von der Öffentlichkeit größtenteils ignoriert bleibt dabei Moldau, obwohl sich die EU nun wieder verstärkt um eine Westbindung des Kleinstaates bemüht. Bereits seit seiner Gründung 1991 in den Wirren des Zusammenbruchs der Sowjetunion ist der Staat bekannt als Armenhaus Europas, geplagt von Emigration und gefangen in der Einflusszone der beiden imperialistischen Blöcke. Lange Zeit war eine ambivalente Politik vorherrschend, die jedoch von einer tendenziell eher Russland zugewandten Staatsführung gezeichnet war. In den letzten Jahren wandelte sich dies: Mit einer Ablösung von Russland setzte gleichzeitig eine Bewegung in Richtung der EU ein. Exemplarisch an drei Faktoren, den Grenzvorverlagerungen der EU in der Region, der Bündnispolitik Moldaus sowie der moldauischen Gesellschaft, soll im Folgenden untersucht werden, welche Rolle die Republik im aktuellen Konflikt spielt.

Grenzvorverlagerung der EU

Seit mehreren Jahren besteht die EUBAM-Mission (European Border Mission to Moldova and Ukraine) in Moldau. Konkrete Aufgaben dieser Mission sind die „Harmonisierung der Grenzkontrollen sowie der Zoll- und Handelsnormen und -verfahren mit denen der EU-Mitgliedstaaten“[1] und das Aufrechterhalten der Vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA). Dabei übernimmt EUBAM seit diesem Jahr sowohl unterstützende als auch exekutive Funktionen an der moldauisch-ukrainischen Grenze.[2] Dies wiederum gilt offiziell der Vereinfachung des Handels in der Region, wovon besonders die Ukraine und Moldau profitieren sollen, weil sie Waren für niedrigere Preise in EU-Länder exportieren und aus EU-Ländern importieren können. Natürlich bietet dies auch einen Vorteil für die beiden osteuropäischen Staaten. In besonderem Maße ging und geht es für die EU aber wohl darum, die eigene Einflusssphäre auszuweiten und gleichzeitig den wirtschaftlichen Einfluss Russlands auf Moldau und die Ukraine so gering wie möglich zu halten. Denn wenn der Handel mit der EU lukrativer für Unternehmen in Moldau ist, so wird dieser natürlich ausgebaut – auf Kosten des Handels mit Russland.

Heute ist die EU wichtigster Handelspartner Moldaus, besonders nach Rumänien (26,5%), Deutschland (7,8%) und Italien (7,6%) wird viel exportiert, nach Russland gehen gerade einmal 8,8% der Exporte.[3] Durch die EUBAM-Mission wird hierfür auch für die Zukunft der Rahmen gesetzt: Durch eine Angleichung des Handelsraumes in der Ukraine und der Republik Moldau kann die EU ihre wirtschaftliche Einflusssphäre erweitern und die Ukraine und insbesondere Moldau wirtschaftlich von sich abhängig machen.

Auch der moldauischen Regierung selbst ist bewusst, dass man sich durchaus von der EU abhängig macht. So berichtete Maia Sandu, Präsidentin der Republik, während einer Ansprache anlässlich des nationalen Unabhängigkeitstages: „Zwei Drittel unserer Ausfuhren gehen in EU-Länder. In diesem Jahr [2022] können noch mehr moldauische Produkte zollfrei auf den europäischen Markt gelangen. Moldauische Spediteure können sich innerhalb der EU frei bewegen. Wir sind an das europäische Energienetz angeschlossen. Die Europäische Union hat uns im letzten Winter geholfen, unsere hohen Gas- und Heizungsrechnungen zu bezahlen, und sie tut es auch in diesem Winter. Die EU hilft uns, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, Unternehmen zu ermutigen, mehr Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung zu schaffen und in die Infrastruktur unserer Städte und Dörfer zu investieren.“[4] Sandu sagt also, in schöne Sätze verpackt, dass es gut sei, sich in vollkommene Abhängigkeit von der EU zu begeben. Sie betont, was die EU schon alles für Moldau getan hat und was sie weiterhin tun wird – kein Wort aber zu dem, was im



Die EUBAM assistiert Moldau und der Ukraine bei den Grenzkontrollen in die moldavische Gegend Transnistrien, die von pro-russischen Seperatisten regiert wird.

Wichtigste Daten der moldauischen Westbindung

1990 – Abspaltung Transnistriens infolge des voranschreitenden Zusammenbruchs der Sowjetunion
1991 – Gründung der Republik Moldau
1992 – Konflikt um Transnistrien friert ein, Status Quo bis heute erhalten
– Beginn der (militärischen) Zusammenarbeit mit der NATO
1998 – Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU
2005 – Beginn der EUBAM-Mission
2007 – EU-Beitritt Rumäniens weckt Hoffnung auf eigene Beitrittschancen
2012 – Beginn der militärischen Zusammenarbeit mit der EU
2014 – Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Moldau
2022 – Ukraine-Krieg resultiert in mehreren hunderttausend Geflüchteten, die nach Moldau kommen
– Frontex-Einsatz in Moldau beginnt
– Moldau und der Ukraine wird der EU-Beitrittskandidatenstatus gewährt

Gegenzug dafür erwartet wird. Die EU handelt nicht ohne Eigennutz, sie kann überhaupt nicht ohne eigennützige Motive handeln, das ist sicherlich auch der Regierung bewusst. Zwar stellt man sich von Seiten der EU gerne selbst so dar, als wäre der mögliche Beitritt Moldaus ein selbstloser Akt der Freundschaft, der auf gemeinsamen Werten basiert, blickt man allerdings auch nur einen Moment hinter die Kulissen, so wird schnell klar, welche „Werte“ hier tatsächlich gewahrt werden sollen: Die Marktwirtschaft in der moldauischen Republik und damit verbunden die imperialistischen Bestrebungen der EU-Mitgliedsstaaten.

Ganz offen gesteht beispielsweise das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein, dass Moldau besonders aufgrund seiner „vergleichsweise niedrigen Steuern, Betriebs- und Lohnkosten“ interessant sei.[5] Nach Moldau können also Produktionsprozesse verlagert werden, die in EU-Staaten höhere Kosten für Kapitalist*innen bedeuten würden. Erleichtert wurde dies bereits 2005 und 2014 durch die EUBAM-Mission und die im Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Moldau festgehaltene Freihandelszone, weitere Bindung an den sogenannten Werte-Westen würde den Spielraum europäischen Kapitals im Kleinstaat sicher weiter ausweiten. Auch durch die angestrebte Bekämpfung von Oligarch*innen durch die aktuelle Regierung wird wohl ein Vakuum in der Wirtschaft entstehen, welches es zu füllen gilt. Warum also anstatt pro-russischer nicht einfach pro-westliche Kapitalist*innen auf den Plan treten lassen?[6]

Wird also die zuvor genannte EUBAM-Mission genutzt, den Raum der EU auf einer Handelsebene zu erweitern, wurde März dieses Jahres nun auch eine Frontex-Mission in Moldau eingeleitet. Frontex – die Agentur also, die explizit für die Sicherung der EU-Außengrenzen ins Leben gerufen wurde – soll nun helfen die Grenzen Moldaus abzusichern? Zwar ist es durchaus wichtig, einen Kleinstaat wie Moldau zu unterstützen, wenn er mittlerweile mehr als 600.000 Menschen aufnimmt und sich bisher etwa 100.000 dieser Menschen dazu entschlossen haben oder gezwungen sahen, auf längere Zeit in Moldau zu bleiben.[7] Anders als an Grenzen zu Drittstaaten, an deren Inklusion in ein europäisches Machtgefüge die EU kein Interesse hat, wird Frontex hier genutzt, um Moldau weiter in den westlichen Block zu integrieren. Denn Frontex soll, gemeinsam mit der Grenzschutzbehörde der Republik Moldaus und Mitgliedern der EUBAM-Mission nicht nur unterstützende, sondern konkrete operative Aufgaben übernehmen,[8] also die Kontrolle der Grenzen nicht nur unterstützen, sondern selbst ausführen.

Gleichzeitig zur Militarisierung der moldauischen Grenze durch die Unterstützung von Frontex wird auch im Land selber aufgerüstet – auch hier mit großzügiger Hilfe der EU. So sicherte Charles Michel, EU-Ratspräsident, bei einem Besuch in der Republik Moldau die Lieferung von militärischen Gütern zu. Bekannt ist nicht, was genau geliefert werden soll, es soll aber eine klare Erhöhung zu der im Vorjahr bereitgestellten Summe von 7 Millionen Euro werden.[9] Allerdings sprach Michel anstatt von finanzieller Hilfe von militärischem Equipment, welches den moldauischen Streitkräften zur Verfügung gestellt werden soll, sowie von verstärkten Möglichkeiten der „Cyber-Verteidigung", besonders im Feld der Bekämpfung von Desinformation.[10] Während sicherlich in diesem Konflikt von beiden Seiten Falschmeldungen und Propaganda verbreitet werden, bedeutet dies im Klartext: Alles, was nicht der westlichen Wahrnehmung entspricht, kann und soll bekämpft werden. Desinformationen gibt es schließlich immer nur auf der Gegenseite, eine Prüfung westlicher Narrative ist wohl nicht vorgesehen.

Das „neutrale" Moldau als Teil des westlichen Bündnissystems

In ihrer Verfassung hat die Republik Moldau die eigene Neutralität festgehalten[11] – an der eigenen Verfassung festzuhalten, scheint allerdings keine Stärke dieses Staates zu sein, könnten böse Zungen behaupten. Zwar ist Moldau formal (noch) kein Teil eines militärischen Bündnisses, bereits seit 1992, also nur einem Jahr nach der Staatsgründung, unterhält man allerdings Beziehungen zur NATO. Zu Beginn waren sie zwar im Rahmen des NATO-Kooperationsrates zu sehen, der als Forum für Verständigung zwischen der NATO und ehemaligen Staaten (eher: deren Nachfolgestaaten) des Warschauer Pakts dienen sollte,[12] allerdings wurde hier bereits der Grundstein für zukünftige Zusammenarbeit gelegt. Mittlerweile hat man in Moldau die Kooperation mit der NATO weitläufig ausgebaut, so hat die NATO beispielsweise eine ständige Vertretung in der moldauischen Hauptstadt Chișinău. Auch an militärischen Operationen nimmt das moldauische Militär teil, es stellt beispielsweise ca. 40 Soldat*innen für den Einsatz der NATO in Kosovo.[13] Natürlich ist diese geringe Anzahl an Soldat*innen nicht ausschlaggebend für den Erfolg der Mission, vielmehr handelt es sich um Symbolpolitik – es entsteht der Eindruck, Moldau wolle dem Westen seine Treue beweisen.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg trifft sich mit der Präsidentin Moldaus, Sandu, im September 2022. Quelle: NATO / Flickr

Neben geostrategischen dürften auch konkret materielle Interessen für die Republik nicht ohne Bedeutung sein, denn die NATO unterstützt den Staat durch Hilfsgüter, zuletzt in Form eines Hilfspakets für die Bekämpfung der Corona-Pandemie, in Zuge dessen Beatmungsgeräte geliefert wurden.[14] Oberflächlich betrachtet, erscheinen diese Hilfeleistungen relativ hilfreich und unproblematisch, dienen jedoch auch der Integration Moldaus in das westliche Bündnissystem. Die Neutralität, der sich Moldau verschreibt, wird immer weiter ausgehöhlt und besteht in ihrem eigentlichen Sinne schon jetzt nur noch dem Namen nach.

Auch an militärischen Missionen der EU beteiligt sich Moldau; 2012 unterzeichnete man ein Abkommen, in dem der Rahmen, unter dem das moldauische Militär an gemeinsamen Einsätzen der EU teilnehmen kann, geklärt wurde. Seitdem beteiligte es sich an mehreren EU-Missionen, beispielsweise in Mali, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik. Ähnlich wie die Teilnahme an NATO-Missionen hat auch das Teilnehmen an militärischen Missionen der EU einen eher symbolischen Charakter, so wurden für die Missionen in Mali bis 2019 gerade einmal 3 Soldat*innen delegiert[15]. Gerade in Bezug auf die angestrebte EU-Mitgliedschaft wird man wohl zeigen wollen, wie ernst Moldau es meint und bereit ist, die EU zu unterstützen und für ihre „Werte“ einzustehen – auch militärisch.

Erst im März dieses Jahres stellte die Ministerpräsidentin Moldaus, Natalia Gavriliţa, klar, dass man zwar einen EU-Beitritt, nicht aber einen Beitritt in das westliche Kriegsbündnis NATO anstrebe.[16] Dies geschieht wohl aus Respekt vor der Russischen Föderation, von der man sich noch immer nicht hat gänzlich lösen können, aber auch der eigenen Bevölkerung wegen, die in der Frage der Ost- oder Westbindung um einiges breiter aufgestellt ist als die Regierung. Zumindest de jure will man die militärische Neutralität Moldaus also noch wahren sollte die Integration in die EU allerdings erfolgreich sein, könnte sich auch diese Haltung schnell ändern.

Gespaltene Gesellschaft

Die Gesellschaft der Republik Moldaus ist von tiefen Gräben gezeichnet. Während laut mehreren Statistiken und Umfragen besonders häufig die Rumänisch sprechende Mehrheitsbevölkerung den momentanen Regierungskurs stützt und sich für eine Annäherung an die EU ausspricht, sind es auf der anderen Seite oft russischsprachige Menschen und andere ethnische Minderheiten, welche sich für einen ambivalenteren oder pro-russischen Regierungsstil einsetzen. Im Hinblick auf den klaren West-Kurs der Regierung kann bereits vermutet werden, in welcher Situation sich die Bevölkerung angesichts dieser Herausforderung befindet. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung befürwortet den aktuellen Regierungskurs, weil er schnelle Hilfe – die in der Republik in vielen Bereichen dringend gebraucht wird – verspricht. Es gibt allerdings auch einen großen Teil der Bevölkerung, der sich eher der russischen Einflusszone zugehörig fühlt.

Aufgrund seiner finanziellen Lage seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist Moldau kein attraktiver Ort für seine arbeitende Bevölkerung, die Konsequenz daraus ist massive Auswanderung. Seit der Gründung des Staates 1991 haben bereits etwa mehr als eine Million Menschen das Land verlassen, heute hat es noch etwa 2,6 Millionen Einwohner*innen. Während Russland lange Zeit ein beliebtes Ziel für Emigrant*innen war, ist es mit der fortgeschrittenen Westbindung Moldaus zu einer weitgehenden Orientierung auch der Auswandernden nach Westen, insbesondere nach Rumänien, gekommen. Denn dort bekommen Bürger*innen Moldaus relativ einfach auch die rumänische Staatsbürgerschaft anerkannt, begründet auf der eng verwobenen Geschichte der beiden Staaten.[17] Da Rumänien Teil der EU ist, erleichtert seine Staatsbürgerschaft das Arbeiten in der EU für Moldauer*innen ungemein, denn anstatt sich illegal über die Grenze begeben zu müssen und schwarz zu arbeiten, können jetzt einfacher legale Wege gefunden werden, sich sein täglich Brot zu verdienen. Zwar sind gerade bei einfachen Tätigkeiten die Ausbeutungsverhältnisse oft nicht weniger schlimm als bei Schwarzarbeit, legale Arbeit bietet aber einen Rechtsschutz, der besonders illegalisierten immigrierten Arbeiter*innen oft fehlt. Auch bietet dies Möglichkeiten für Fachkräfte, ihren Berufen in der EU nachzukommen, für deren Ausführung die Anerkennung von Zeugnissen, Diplomen oder Ähnlichem nötig wäre.

Zwar ist der Konflikt um die autonome Region Transnistrien seit 1992 eingefroren, anerkannt wurde das Gebiet von der moldauischen Regierung jedoch nie. Das offizielle Ziel ist noch immer die Wiedereingliederung in das Staatsgebiet der Republik. Angesicht der Tatsache, dass die transnistrische Gesellschaft klar pro-russisch eingestellt ist, könnte der Versuch der Aufnahme der Region in moldauisches Staatsgebiet allerdings noch auf sich warten lassen. Denn obwohl sowohl die Präsidentin als auch die regierenden Parteien im Parlament pro-westlich sind, waren die Wahlergebnisse, besonders bei der Präsidentschaftswahl 2020, alles andere als eindeutig. Maia Sandu führte den ersten Wahlgang nur mit 50.000 Stimmen an und gewann schließlich die Stichwahl gegen den bis dahin das Amt bekleidenden Igor Dodon.[18] Anliegen der Regierung dürfte sein, die eigene Macht und damit den Kurs Richtung Europa abzusichern. Würde man

nun Transnistrien eingliedern, würde sich die stimmberechtigte Bevölkerung um schätzungsweise mindestens 280.000 Menschen erhöhen, die zu einem sehr großen Teil pro-russische Parteien wählen würden. Dies würde die aktuelle politische Gewichtung in der moldauischen Republik erheblich stören und eventuell auch für eine Abkehr von der aktuellen Bewegung Richtung EU führen. Daher ist eine Wiederaufnahme Transnistriens in moldauisches Staatsgebiet auf längere Sicht eher unwahrscheinlich, zumindest bis der aktuelle Regierungskurs in der Gesellschaft größeren Rückhalt erfährt.

Fazit

Moldau ist ein Staat, der sich auf dem Weg vom Regen in die Traufe befindet. In den Bemühungen sich aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen, begibt man sich in eine vergleichbare Situation, nur dass man nun nicht mehr von Russland, sondern von der EU abhängig ist. Für die Republik scheint es im aktuellen globalen Machtgefüge als eigenständige Kraft keinen Platz zu geben. Mit der klaren Zuspitzung des Konflikts nicht zuletzt auch durch den Angriff Russlands auf die Ukraine wird immer klarer, dass eine Existenz zwischen den Fronten enorme Gefahren birgt. Von Emanzipation ist also im Kontext der Westbewegung Moldaus nicht zu sprechen, vielmehr winkt eine Vasallenrolle innerhalb der EU oder deren erweitertem Einflussbereich, in der Moldau besonders für Rohstoffe und billige Arbeitskräfte genutzt werden wird. Durch die Militarisierung der Grenze wird diese Rolle bereits konsolidiert, auch die eigene Neutralität scheint mittlerweile nicht viel mehr als eine leere Floskel zu sein. Die Betrachtung der Grenzvorverlagerung der EU und der militärischen Bündnispolitik Moldaus lassen eine klare Richtung für die Zukunft erkennen. Die Betrachtung der gesellschaftlichen Faktoren lässt aber auch erkennen, dass es sich hier durchaus nicht um eine von der Gesellschaft angestoßene Entwicklung handelt.

Natürlich sind die Entwicklungen in Moldau in dieser doch stark reduzierten Analyse nicht vollständig zu beschreiben, einen Ausgangspunkt kann sie trotzdem bieten. Die zukünftige Entwicklung im Falle Moldaus hängt sicherlich auch eng mit den Entwicklungen im Ukraine-Krieg zusammen und ist entsprechend offen.

Anmerkungen:

1 EUBAM: What We Do, eubam.org.

2 The EU steps up support to border management on the Moldova-Ukraine border, europa.eu, 02.06. 2022.

3 Wirtschaftsbericht Republik Moldau, wko.at, September 2022.

4 „Zwei Drittel unserer Ausfuhren gehen in EU-Länder. In diesem Jahr können noch mehr moldauische Produkte zollfrei auf den europäischen Markt gelangen. Moldauische Spediteure können sich innerhalb der EU frei bewegen. Die Europäische Union hat uns im letzten Winter geholfen, unsere hohen Gas- und Heizungsrechnungen zu bezahlen, und sie tut es auch in diesem Winter. Die EU hilft uns, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, Unternehmen zu ermutigen, mehr Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung zu schaffen, und in die Infrastruktur unserer Städte und Dörfer zu investieren.“ (übersetzt mit deepl.com) (Speech of H.E. Madam President Maia Sandu on the occasion of the Independence Day of the Republic of Moldova, presedinte.md, 27.08.2022)

5 Potenzial als Produktionsstandort, bmz.de.

6 Elck, Felix: Diese Frau will ihr korruptes Land von Oligarchen befreien, welt.de, 20.07.2019.

7 Stand 20.09.2022, Zahlen von data.unhcr.org.

8 Moldau: Rat beschließt Abkommen über operative Unterstützung durch Frontex angesichts der Invasion Russlands in die Ukraine, consilium.europa.eu, 17.03.2022.

9 Remarks by President Charles Michel at the press conference with President Maia Sandu in Chisinau, consilium.europa.eu, 04.05.2022.

10 „Wir werden auch Unterstützung bei der Bekämpfung von Desinformation, der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Abwehr von Cyberangriffen leisten“. (übersetzt mit deepl.com) (ebd.)

11 Artikel 11, §1 der moldauischen Verfassung: Die Republik Moldau verkündet ihre permanente Neutralität (eigene Übersetzung).

12 Relations with the Republic of Moldova, nato.int, 22.07.2022.

13 ebd.

14 Coronavirus Response: NATO and Hungary donate ventilators to the Republic of Moldova, 17.09.2022.

15 Yurchenko, Denys: National Army of the Republic of Moldova in EU led missions, eap-csf.eu.

16 Zsiros, Sandor: Moldawiens Ministerpräsidentin Natalia Gavrilița: EU-Beitritt ja - NATO-Mitgliedschaft nein!, euronews.com, 03.08.2022.

17 Alle moldauischen Staatsbürger*innen, die beweisen können, dass sie rumänische Vorfahren haben, bekommen die rumänische Staatsbürgerschaft anerkannt. Dies basiert darauf, dass Moldau von einer klaren Mehrheit in Rumänien (aber auch einer Minderheit in Moldau) zum eigenen Staatsgebiet gezählt wird. Auch die rumänische Regierung hat schon öfter ihr Interesse an einer Aufnahme Moldaus verlauten lassen.

18 Präsidentschaftswahlen in der Republik Moldau 2020, wikipedia.org.

Sanktionen als Weg aus dem Krieg?

von Claudia Haydt

Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurden von Seiten der EU, USA sowie anderen NATO- und G7-Staaten eine Reihe von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland verhängt. Parallel findet auch in linken Strukturen eine teils erbitterte Debatte über den politischen Sinn und die tatsächliche Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen statt. Dabei geht es besonders um die Frage, ob Sanktionen tatsächlich die Fähigkeit Russlands zur Kriegsführung maßgeblich beeinflussen und wie hoch der Preis ist, den die Bevölkerung Russlands aber auch die der westlichen Staaten und im Globalen Süden für die Sanktionen bezahlt.

Gezielte oder allgemeine Sanktionen?

Der LINKE Parteitag in Erfurt hat am 27. Juni 2022 das folgende beschlossen: „Statt Rüstungsexporten und Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete (…) müssen nichtmilitärische Möglichkeiten erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat und den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur Kriegsführung richten. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung richten oder zur Verarmung im Globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.“ Damit spricht sich die Partei im Kern für gezielte Rüstungssanktionen und Sanktionen gegen Putins Machtapparat aus und gleichzeitig gegen allgemeine Sanktionen – zumindest, wenn diese sich gegen die Bevölkerung richten. Die große Zurückhaltung bei allgemeinen Sanktionen ist auch eine Folge der Erfahrungen mit dem allgemeinen Handelsembargo gegen die Irak in den 1990er Jahren. Dieses Embargo führte zum Tod von mindestens einer halben Million Menschen.

Alternativ werden deswegen heute sogenannte gezielte oder „smarte“ Sanktionen diskutiert. Diese richten sich zum Beispiel gegen Einzelpersonen (Regierungsmitglieder, führende Militärs oder andere Schlüsselpersonen des jeweiligen Machtapparats).

Das Verbot von Rüstungsexporten nach Russland ist ein klassisches Beispiel für eine gezielte Sanktion. Ein solches Verbot gilt in der EU seit 2014. Dennoch wurden auch danach noch Rüstungs- und Dual Use Güter im Wert von mindestens 346 Millionen Euro aus der EU nach Russland geliefert. Mit Abstand die meisten der militärisch einsetzbaren Güter kamen aus Frankreich (152 Mio. €) und Deutschland (122 Mio. €).

Rüstungsexportverbote sind aus linker Perspektive in jedem Fall sinnvoll. Ebenso gibt es wenig Gegenrede zur Beschlagnahmung von Luxusjachten, Villen oder anderen Vermögensgegenständen von Oligarchen. Wobei sich hierbei zeigt, wie wenig dies in Deutschland umsetzbar ist, weil es nach wie vor kein zentrales Immobilienregister gibt. Dieses Register wäre auch grundsätzlich sinnvoll, um Geldwäsche besser bekämpfen zu können.

Problematischer wird die Situation bei Sanktionen die sich zwar gezielt gegen einzelne Industriezweige wie Kohle, Öl und Gas richten, die aber massive gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben.

Eskalationsspirale, Sanktionen und Gegensanktionen

Sanktionen – egal ob wirksam oder nicht – signalisieren häufig nicht das Ende einer Konfrontation, sondern führen zu einer weiteren Eskalationsspirale. Auf Sanktionen folgen Gegensanktionen (zum Beispiel die Drosselung von Lieferungen bei Gas oder Weizen) und diese treffen auf einen globalen Markt, der nach neoliberalen Regeln funktioniert. Knappe oder möglicherweise zukünftig knappe Güter werden durch Spekulation und Panikkäufe immer teurer. Einzelne Unternehmen (zum Beispiel im Bereich der Energieversorgung oder der Lebensmittel) steigern ihre Gewinne massiv, während sich die Ärmsten im Globalen Süden aber auch in den westlichen Ländern fragen müssen, ob sie sich Lebensmittel oder Wärme noch leisten können.

Wichtig ist deswegen die Spekulation im Bereich der

lebensnotwendigen Güter zu unterbinden und Gewinne aus den Spekulationen vollständig abzuschöpfen. Es ist ein Skandal, dass nach wie vor mit Lebensmitteln an den globalen Börsen spekuliert werden kann.

Nicht zufällig kommt aus dem globalen Süden massive Kritik gegen das westliche Sanktionsregime und dies, obwohl die Mehrheit dieser Staaten ebenfalls den russischen Angriffskrieg klar verurteilt.

Beispielhaft sei hier nur ein Mechanismus genannt, unter dem der globalen Süden massiv leidet: Die EU-Länder haben mit Hamsterkäufen von LNG-Gas viele Entwicklungs- und Schwellenländern vom Markt gedrängt. Es gab mehrere Fälle, in denen Schiffe mit Flüssiggas, die Pakistan oder Indien versorgen sollten, nach Europa umgeleitet wurden. Schließlich waren dort die Preise deutlich höher. In Bangladesch folgten Strom-Blackouts und Indien hat wegen teurer Gasimporte Kohlekraftwerke hochgefahren.

Die stärkste Sanktion ist der Krieg selbst

Was ist jedoch mit dem eigentlichen Ziel der Sanktionen? Die politischen Äußerungen schwanken in der Tonlage zwischen Vergeltung, Regimechange und Ächtung Russlands. Auffällig ist, dass keine der EU-Sanktionen an klare Bedingungen für deren Aufhebung geknüpft ist. So würde man naiv vermuten, wenn die russische Regierung konkrete Forderungen wie „Waffenstillstand“ oder „Rückzug aus den besetzten Gebieten“ erfüllt, dass dann auch automatisch die entsprechenden Sanktionen ganz oder schrittweise aufgehoben werden. Doch dies ist nicht der Fall. Die Sanktionen wurden unkonditioniert und auf unbestimmte Zeit beschlossen. So kann auch immanent gedacht wenig Motivation zur Erfüllung von konkreten Zielen entstehen.

Zusätzlich ist ganz deutlich festzustellen, dass die Sanktionen gegen den Import von fossilen Energien aus Russland durch das Umlenken vor allem von Ölexporten zu Mehreinnahmen geführt hat, die das Wegbleiben von Teilen der Gaseinnahmen mehr als ausgleichen. In den EU-Staaten haben diese Sanktionen jedoch gesamtwirtschaftlich massive Auswirkungen, steigende Kosten für Privathaushalte und viele Unternehmen müssen durch staatliche Maßnahmen abgefedert werden.

Die Konsequenz der bereits erwähnten Wirtschaftssanktionen sowie der Sanktionen gegen große Teile des russischen Bankensektors wird mit großer Wahrscheinlichkeit eine langfristige Umstrukturierung der Wirtschaftsverflechtungen sein. Die russische Wirtschaft orientiert sich noch stärker als bisher in Richtung seiner asiatischen Nachbarn einschließlich Chinas, während die west- und mitteleuropäischen Länder sich noch stärker transatlantisch ausrichten. Das wird vermutlich auch das internationale Bankensystem verändern. Chinas Alternative zu Swift das CIPS (Cross-Border Interbank Payment System) ist bereits jetzt im Aufwind.

Schwächen die Sanktionen Russland? Ja und nein. Im Mai sprang die Inflation in Russland auf 17 Prozent, doch durch die hohen Energiepreise und die Umlenkung von Handelsströmen stabilisierte sie sich schnell. Internationale Prognosen gehen von einer Inflation im Gesamtjahr 2022 von drei bis vier Prozent aus. Noch halten Löhne und Renten in Russland ungefähr Schritt mit der Inflation und die Rüstungsindustrie ersetzt die durch Sanktionen betroffenen Hightech-Komponenten durch einfachere Komponenten wie sie auch in normalen Konsumgütern zum Einsatz kommen.

Die verheerendsten Auswirkungen auf die russische Wirtschaft entstehen perspektivisch durch die (Teil-) Mobilmachung, die hunderttausende Arbeitskräfte abzieht. Weit über Hunderttausend werden wegen ihres Todes oder starken Verletzungen dauerhaft fehlen. Dazu kommen in ähnlicher Größenordnung junge Menschen, die das Land verlassen, um dem Kriegsdienst zu entgehen.

Es sieht alles danach aus, dass die stärkste Wirtschaftssanktion der Krieg selbst ist.

Die wichtigste Aufgabe: den Krieg beenden!

Selbst wenn es auf dem Schlachtfeld nun Gewinne für die ukrainische Seite gibt, so bleiben am Ende in der ukrainischen und russischen Bevölkerung nur Verliererinnen und Verlierer übrig, die Toten, die Verwundeten und Traumatisierten, ihre Angehörigen, die Vertriebenen und Geflüchteten, die teils auf Jahre nicht in ihre zerstörte Heimat zurückkönnen. Zu den wahrscheinlich etwa hunderttausend toten oder verwundeten Soldaten auf ukrainischer und russischer Seite kommen laut OHCHR fast 7.000 bestätigte Opfer unter der ukrainischen Zivilbevölkerung, US-Angaben gehen von bis zu 40.000 Opfern (tot oder verwundet) in der Zivilbevölkerung aus. Die Wirtschaftssanktionen und Gegensanktionen tragen wenig oder gar nichts zur Beendigung des Krieges bei, sie schaffen im Gegenteil nur weitere Opfer. Deswegen bleibt der einzige Weg aus dem Krieg eine diplomatische Aufgabe: Verhandeln, internationale Gesprächsformate und mögliche Lösungsschritte anbieten. Bis dahin gilt es den Menschen, die sich dem Krieg verweigern, alle erdenkliche Unterstützung zu gewähren: Schutz für Flüchtlinge, für russische, belarussische und auch ukrainische Deserteure, Saboteure und Oppositionelle. Keine Rüstungsexporte und Kriegsprofiteure zur Rechenschaft ziehen.

Pipeline-Kommunikation

Spekulativ eindeutig

von Bernhard Klaus

Tatsächlich scheint äußerst unwahrscheinlich, dass an beiden North-Stream-Pipelines nahezu zeitgleich drei oder gar vier große Lecks aufgetreten sind, ohne dass dies absichtlich herbeigeführt wurde. Für einen gezielten Angriff sprechen auch die seismischen Erschütterungen, die von verschiedenen Stellen gemessen und bestätigt wurden. Expert*innen gehen davon aus, dass die Pipelines nun „für immer unbrauchbar" wären. Ebenso plausibel ist auch die Einschätzung, dass hinter den Anschlägen auf die Pipelines höchstwahrscheinlich ein staatlicher Akteur steckt, da diese Ausrüstung und Fähigkeiten voraussetzen, über die vermutlich kein nicht-staatlicher Akteur verfügt. In dieser Einschätzung sind sich westliche und russische Sicherheitsexpert*innen sogar einig. Diametral entgegengesetzt sind jedoch die Schuldzuweisungen, wer wirklich dahinter steckt.

Westliche Medien und „Sicherheitsexpert*innen" gehen zu einem großen Teil ganz selbstverständlich davon aus, dass Russland hinter dem Anschlag steht. Bestärkt werden sie dabei von den schnellen und entschlossenen Stellungnahmen und Drohungen der NATO und der EU. So geht der NATO-Generalsekretär Stoltenberg nicht nur ebenfalls von einer „Sabotage" aus, sondern zeigte sich zugleich „besorgt über die Sicherheitslage im Ostsee-Raum" und verwies auf die „bedeutende militärische Präsenz" vor Ort und dass man davon ausgehe, dass Russland sein „Säbelrasseln" fortsetzen werde. Auch der EU-Außenbeauftragte erklärte im Namen der 27 Mitgliedstaaten, man gehe von einer „vorsätzlichen Handlung" aus und kündigte eine „robuste und gemeinsame Reaktion" an. Kommissionspräsidentin von der Leyen drohte gar mit der „schärfsten möglichen Antwort".

Bei so viel Entschlossenheit vonseiten der NATO und EU scheint von vornherein ausgeschlossen, dass der Angriff aus deren Reihen hervorgegangen sein könnte. Und so steht der Urheber der Anschläge für viele bereits fest, bevor überhaupt irgendwelche Ursachen identifiziert werden konnten. Relativ wenig Raum bleibt zwischen den gegenseitigen Schuldzuweisungen für Diskussionen um Schadensbegrenzung und die Gestaltung der Untersuchungen, die offenbar im Wesentlichen von den Streitkräften Schwedens, Dänemarks, Deutschlands und der NATO durchgeführt werden sollen. Eine Beteiligung tatsächlich internationaler, „blockfreier" oder gar russischer Akteure ist bislang kaum Gegenstand der Diskussion. Vertreter*innen der EU und der NATO haben zugleich angekündigt, zukünftig mehr Aufmerksamkeit und Geld in die Überwachung der Ostsee und den Schutz kritischer Infrastrukturen investieren zu wollen. So haben die Lecks zumindest auf verbaler Ebene dazu beigetragen, die Ostsee implizit zum NATO-Raum zu erklären – was dadurch befördert wird, dass viele Medien zugleich falsch bis irreführend behaupten bzw. zitieren, die Explosionen hätten sich in schwedischen bzw. dänischen Hoheitsgewässern ereignet.

Verschwörungsnarrative

Mit großer Selbstverständlichkeit wird auch in einem Interview von NDR Info mit dem stellvertretenden Kommandanten des Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern, Kapitän zur See Michael Giss, davon ausgegangen, dass Russland Urheber der Explosionen sei. Das Interview ist insofern typisch für die Berichterstattung, als diese Urheberschaft nicht unmittelbar behauptet, aber durchgehend nahegelegt wird. Bereits am Anfang bedient sich Giss dabei einer Methode, die ansonsten im Spektrum der Verschwörungstheoretiker*innen sehr beliebt ist, indem er Zusammenhänge andeutet, ohne diese weiter auszuführen:

„Aus unserer Sicht ist natürlich die Aufeinanderfolge der Teilmobilmachung Russlands, der ‚Referenden' und jetzt die Geschichte mit der Pipeline eine sehr bemerkenswerte Abfolge der Ereignisse".

Im Folgenden drehen sich seine Darstellung im Wesentlichen darum, dass Russland fähig wäre, so einen Angriff durchzuführen: „Aber wir wissen auch, dass es bei der russischen Marine Drohnen gibt – oder auch Kleinst-U-Boote -, die man für solche Zwecke nutzen könnte. Ich möchte auch nicht ausschließen, dass man vielleicht schon im Vorfeld beim Bau der Pipeline bestimmte Maßnahmen getroffen hat, um ein solches Ereignis auszulösen. [...] Ja, also für mich spricht das nämlich genau dafür, denn das sind kleine Instrumente, die sich auch unter einem zivilen Mantel gut verbergen lassen. Da muss kein großes Kriegsschiff anrücken mit entsprechender Ausrüstung, das sofort Aufmerksamkeit auf sich ziehen würde“.

Auf die Frage, wer außer Russland über solche Fähigkeiten verfügt, verzichtet NDR Info und fragt stattdessen, weiterhin davon ausgehend, dass Russland Urheber ist: „Lassen Sie uns noch mal auf die Frage zurückkommen, wie groß die Gefahr ist, dabei entdeckt zu werden. Wie weit ist denn die Ostsee militarisiert, wie viele NATO-Schiffe sind im Einsatz und welche Überwachungsszenarien gibt es dort?“ Antwort Giss: „Die Ostsee wird durch die NATO-Seestreitkräfte im Großen und Ganzen sehr gut überwacht. Deutschland hat da auch eine gewisse Führungsrolle. Und aus diesem Grunde glaube ich eben nicht, dass es hier um den Einsatz größerer russischer Seestreitkräfte geht. Da bin ich mir sehr sicher. Das hätte die Marine der NATO, die dort im Einsatz sind, mit Sicherheit entdeckt“.

Auch in einem weiteren, bei tagesschau.de veröffentlichten Interview, wird der „Terrorexperte Peter Neumann“ ausschließlich nach den möglichen russischen Motiven hinter dem Anschlag befragt und gar nicht über andere mögliche Urheber und Nutznießer*innen spekuliert. Das Interview endet dann aber mit der Feststellung, dass man vermutlich nie mit Sicherheit wird feststellen können, was wirklich passiert ist. Bestimmte Konsequenzen allerdings werden in beiden Interviews bereits vorweggenommen: einerseits eine stärkere Überwachung der Meere und kritischer Infrastrukturen durch die NATO und eine Stärkung der Geheimdienste bei Neumann und eine stärkere Ausrichtung der Bundeswehr auf hybride Bedrohungen bei Giss andererseits: „Auch die Bundeswehr reagiert sehr entschlossen: Gerade wurde das neue territoriale Führungskommando der Bundeswehr in den Dienst gestellt, das den Einsatz der Bundeswehr im Inneren von der Krise bis in den Krieg hinein dann aus einer Hand regelt“. Erst wird das neue Heimatschutzkommando in den Dienst gestellt und dann eine Pipeline gesprengt – mit viel Fantasie auch irgendwie eine „bemerkenswerte Abfolge der Ereignisse“…

Konkrete Drohungen von anderer Seite

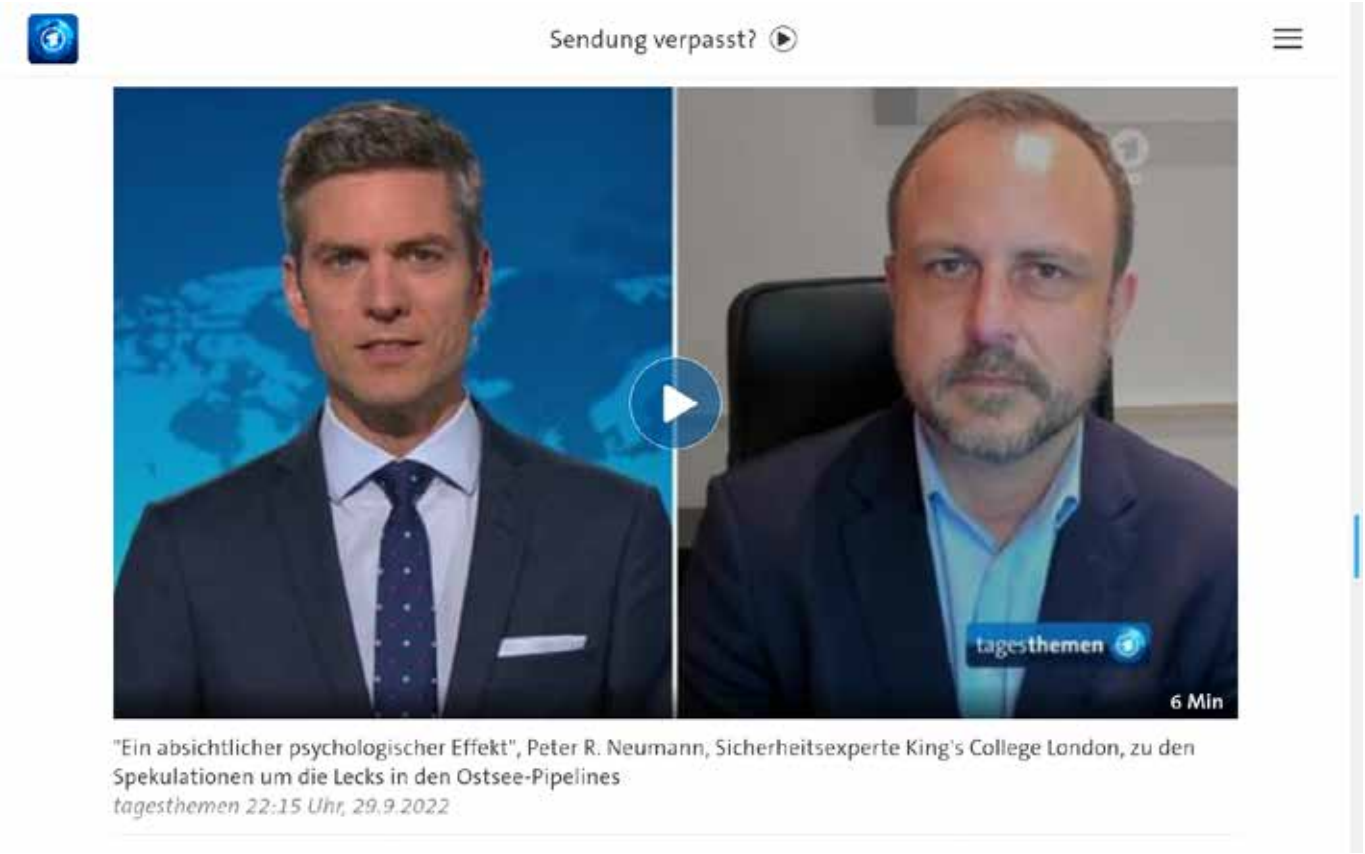
Geradezu erfrischend ausgewogen ist zumindest demgegenüber der Beitrag bei tagesschau.de, in welchem das Interview mit Neumann zusammengefasst und verlinkt ist. Hier wird – wie es eigentlich seriöse Berichterstattung erfordern sollte – auch die Gegenseite zitiert:

„Der Kreml hatte am Mittwoch Spekulationen über eine russische Beteiligung an der Beschädigung der Pipelines als ‚dumm und absurd‘ zurückgewiesen. Die Lecks seien für Moskau ‚ziemlich problematisch‘, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow [...]. Zuvor hatte die Sprecherin des russischen Außenministeriums angedeutet, US-Präsident Joe Biden könnte eine Sabotage der Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 angeordnet haben. ‚Der US-Präsident muss auf die Frage antworten, ob die USA ihre Drohung umgesetzt haben‘, schrieb Maria Sacharowa im Onlinedienst Telegram. Sacharowa verwies dabei auf Äußerungen Bidens im Februar bei einem Washington-Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz. Biden hatte mehrere Wochen vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gewarnt, sollte Russland im Nachbarland einmarschieren, ‚dann wird es kein Nord Stream 2 mehr geben‘. Das ‚verspreche‘ er, betonte der Präsident, ohne nähere Angaben zu machen“.

Auf diese damalige Drohung Bidens auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Scholz am 2. Februar 2022 wird ansonsten aktuell eher in Medien verwiesen, die – tw. durchaus zurecht – als pro-russisch oder verschwörungstheoretisch gelten. An der Aussage ist jedoch nicht zu rütteln. Auf die Frage, wie Biden das umsetzen wolle, antwortet er lediglich: „Ich versichere Ihnen, wir werden fähig sein, dies zu tun“. Im Gegensatz zu den Spekulationen über die russischen Motive ist diese Aussage ein Fakt und es ist lobenswert, dass die ARD zumindest im genannten Zusammenhang darauf hinweist. An der grundsätzlichen Ausrichtung der Berichterstattung, die eigentlich nur Russland als Urheber in Frage kommen lässt, ändert das allerdings wenig.

Motivlagen

Als letztlich einziges plausibles Motiv Russlands wird dabei unterstellt, die „Verunsicherung in Europa“ zu erhöhen. Dass dabei die öffentlich-rechtlichen Medien und viele der von ihnen interviewten Expert*innen durchaus mitwirken und auch die Bundeswehr, die NATO, die westlichen Geheimdienste und v.a. jene Teile der Rüstungsindustrie profitieren



Ein Screenshot einer Tagesschausendung mit einem „Experten"-Interview zu Spekulationenen um die Pipelinesprengung. In den deutschen Leitmedien wurden hier fast ausschließlich russische Interessen an einer solchen Sprengung diskutiert. Welch immenses Interesse die USA an einer Sprengung von Nordstream haben und dass sie drohten diese zu verhindern, wurde hingegen ausgeblendet

werden, die seit Jahren und mit massiver öffentlicher Finanzierung die Entwicklung von Unterwasserdrohnen vorantreiben, wäre ein anderes Thema.

Womit wir bei anderen Nutznießer*innen und Interessenlagen wären. Der russischen Führung wird – vermutlich zurecht – immer wieder unterstellt, die NATO, „Europa" und die westeuropäischen Gesellschaften „spalten" zu wollen. Eine solche Spaltung kündigte sich angesichts von Inflation, Rezession und explodierenden Energiepreisen zuletzt auch in Deutschland, v.a. in den östlichen Bundesländern, an und hierbei bildete die Forderung nach Öffnung von North Stream 2 einen zentralen Streitpunkt in der Frage, ob mit Russland noch Verhandlungen geführt oder nunmal auch hier für einen langanhaltenden Krieg in der Ukraine gefriert und gespart werden müsse. Die Sprengung der Pipelines hat nun erstgenannter Position die materielle Grundlage genommen. Die Berichterstattung und die damit einhergehenden Schuldzuweisungen haben die Forderungen nach Verhandlungen weiter geschwächt und eine weitergehende Eskalation noch wahrscheinlicher gemacht – auch was den Kampf um vermeintliche Wahrheiten und Fakten angeht, die sich wahrscheinlich nie zu 100% klären lassen.

Nachtrag

Auch in den Recherchen zu diesem Beitrag zeigte sich beim Studium der Originalquellen und Zitate erneut, dass innerhalb von NATO und EU weniger Einigkeit und letztlich auch Eindeutigkeit besteht, als es die Berichterstattung oft nahelegt. So ist die bislang einzige offizielle Stellungnahme der NATO selbst zu den Angriffen auf die Pipelines relativ knapp und unbestimmt. Es wird klar von „internationalen Gewässern gesprochen", kein möglicher Urheber benannt und lediglich grundsätzlich erklärt, dass „auf jeden vorsätzlichen Angriff auf die kritische Infrastruktur eines Alliierten mit einer gemeinsamen und entschlossenen Antwort reagiert" werden wird. Das könnte man als Kompromissformel interpretieren – oder auch als Schritt zur Ausweitung der Auslegung des Bündnisfalls.

EU bleibt auf Kriegskurs

EUMAM gießt Öl ins Feuer

von Jürgen Wagner

Am 17. Oktober 2022 brachte die Europäische Union weitere militärische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine auf den Weg, die offiziell am 15. November 2022 ihre Arbeit aufnahm. Dazu gehören u.a. weitere 500 Mio. Euro, die über die sogenannte „Europäische Friedensfazilität“ (EFF) zur Finanzierung von Waffenlieferungen an die Ukraine bereitgestellt werden sollen. Der über diesen Mechanismus hierfür ausgeschüttete Gesamtbetrag steigt damit auf 3 Mrd. Euro. Damit sind bereits große Teile der für 2021 und bis 2027 insgesamt vorgesehenen Gelder von 5,7 Mrd. Euro aufgebraucht, weshalb die Welt am Sonntag (9.10.22) meldete, es werde darüber nachgedacht, den Topf auf zehn bis zwölf Milliarden Euro aufzustocken – eine diesbezügliche Entscheidung steht allerdings bislang noch aus. Spitzenreiter sind hier weiter mit Abstand die USA, die laut dem Ukraine Support Tracker bislang Kriegsgerät im Wert von 27 Mrd. Euro in für die Ukraine bereitgestellt haben (Stand: 3. Oktober). Danach folgen Großbritannien mit 3,7 Mrd. Euro und seitens der EU die bereits erwähnten 3 Mrd. Euro. Deutschland belegt in diesem „Ranking“ mit 1,2 Mrd. Euro Platz vier.

Ebenfalls am 17. Oktober billigten die EU-Außenminister*innen zudem das Krisenmanagementkonzept und den Beschluss zur Einrichtung der militärischen Ausbildungsmission „European Union Military Assistance Mission” (EUMAM Ukraine). Hierbei sollen die bislang auf Ebene der Einzelstaaten erfolgenden Ausbildungsmaßnahmen EU-weit gebündelt und deutlich intensiviert werden. Schon vor einiger Zeit wurde klar, was für ein gefährliches Spiel mit dem Feuer hier gespielt wird. Schließlich kam das Gutachten „Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme“ des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages bereits vor Monaten zu dem Ergebnis, mit der seit Mai 2022 erfolgenden Ausbildung ukrainischer Militärs werde Deutschland faktisch zur Kriegspartei. Dasselbe lässt sich jetzt auch für die Europäische Union insgesamt sagen.

Als Ziel wird ausgegeben, bis zum Frühjahr 2023 etwa 15.000 ukrainische Militärs ausgebildet zu haben – ein guter Teil davon von Deutschland, schreibt Zeit Online: „Es handelt sich um die mit Abstand größte militärische Mission der EU – Deutschland will dabei laut Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) einen signifikanten Beitrag leisten. ‚Wir haben noch nie so viele Soldaten ausgebildet und das in so vielen verschiedenen Bereichen‘, sagt ein EU-Diplomat. Deutschland will dem Vernehmen nach ein Drittel der ukrainischen Soldaten schulen, also rund 5.000. Dafür soll die Bundeswehr ein Hauptquartier einrichten. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs trainierten bisher rund 800 ukrainische Soldaten in Deutschland.“

Überaus Besorgnis erregend sind dabei die Angaben des gewöhnlich sehr gut informierten Fachportals Bruxelles2, denen zufolge dies nun explizit schon mit Blick auf eine neuerliche Frühjahrsoffensive erfolge: „Damit können die ukrainischen Streitkräfte neben den 10.000 Mann, die bis Ende des Jahres von den Briten ausgebildet werden, sowohl ihre durch die Kämpfe dezimierte Stärke wieder auffüllen als auch für die nächste Offensive gerüstet sein. Eine zweite Tranche von zehntausend Soldaten könnte bis Sommer 2023 auf europäischer Seite ausgebildet werden.“

Totenstille herrscht dagegen weiter an der diplomatischen Front, hier versagt die Friedensnobelpreisträgerin auf ganzer Linie – oder besser wohl: sie will hier versagen. Angesichts der immer gefährlicheren Eskalation des Krieges fordern selbst mehr und mehr gestandene Militärs, dass um die Aufnahme von Verhandlungen keinerlei Weg herumführt. Zuletzt äußerten sich etwa der ehemalige Chef des US-Generalstabs unter Bush und Obama, Mike Mullen, oder auch Helmut W. Ganser, ehemaliger Brigadegeneral der Bundeswehr, in diese Richtung: „Anstatt einer dramatischen Aus-

Das Kommando Heer in Strausberg bei Berlin, von dem aus die Spezialkräfte-Ausbildung im Rahmen der EUMAM koordiniert wird. Quelle: Wolkenkratzer / Wikipedia

weitung und Eskalation des Kriegs zuzusehen, bedarf es dringend der Analyse von Ausstiegsoptionen, die zunächst einmal das Gemetzel an den Fronten stoppen", so Ganser. „Mit Blick auf die wachsenden Eskalationsrisiken für Europa insgesamt und die Ukraine ohnehin kommt es jetzt auf einen rationalen Abwägungsprozess an – zwischen den Zerstörungsrisiken einer nuklearen Eskalation und den Risiken, Bedingungen und Folgen einer Einstellung der Kampfhandlungen in Verbindung mit humanitären Lösungen."

Zu allem Überfluss begann auch noch am 17. Oktober das NATO-Manöver „Steadfast Noon", bei dem auch der Einsatz von Atombomben geübt wird. Angesichts nicht zuletzt auch von russischer Seite immer lauter werdenden nuklearen Drohkulissen müsste eigentlich gerade der Europäischen Union an einer Deeskalation gelegen sein. Eric Bonse schrieb hierzu richtigerweise in der in der taz: „[D]ie USA und ihre Verbündeten [setzen] mit ‚Steadfast Noon' das falsche Signal. Sie sollten jetzt nicht demonstrieren, dass sie einen Atomkrieg führen können – sondern alles daran setzen, die drohende nukleare Eskalation zu beenden. Biden muss schleunigst zum ‚roten Telefon' greifen und sich mit Putin auf Schritte zur Deeskalation verständigen. [...] In der Kubakrise haben die Amerikaner von sich aus das Richtige getan. Diesmal muss Biden wohl zum ‚roten Telefon' getragen werden. Warum helfen die Europäer nicht nach? Der Atomkrieg würde in Europa ausbrechen, nicht in den USA. Es ist im ureigenen europäischen Interesse, die Eskalation zu beenden, bevor es zu spät ist."

Doch was tut die EU? Sie lässt die Diplomatie komplett links liegen und bildet jetzt schon das Kanonenfutter für die nächste ukrainische Frühjahrsoffensive aus. Die Tatsache, dass parallel dazu nicht einmal der Versuch unternommen wird, eine Verhandlungslösung zu erreichen, legt den Verdacht nahe, dass dies aktuell auch schlicht nicht erwünscht wird, weil die sich bietende Chance Russland zu schwächen nicht durch einen Waffenstillstand verspielt werden soll.

Der polnische Generalmajor Piotr Trytek wurde neben dem deutschen Generalleutnant Andreas Marlow zu einem der Leiter der EUMAM erklärt.
Quelle: Eres40 / Wikimedia

Die neue französische Sicherheitsstrategie

Eine hybride Kriegserklärung

von Christoph Marischka

Am 9. November – in Frankreich ist dieses Datum offenbar eher als Todestag Charles de Gaulles in Erinnerung – veröffentlichte das Französische Verteidigungsministerium seine neue Sicherheitsstrategie.[1] Deren Grundzüge stellte Präsident Macron am selben Tag in einer Rede vor stark militärisch geprägtem Publikum auf der französischen Marinebasis in Toulon vor.

Das Bild der Welt, wie es in diesem Papier gezeichnet wird, ist düster. Auch wenn das für solche Arten von Dokumenten typisch und angesichts des Krieges in der Ukraine erwartbar sein mag, ist es in seiner französischen Variante besonders augenfällig. So wird einerseits in einer ökonomistischen Sprache ganz generell von einem strategischen Wettbewerb zwischen Blöcken und Staaten ausgegangen, der aber – so wird an verschiedenen Stellen formuliert – in eine offene Konfrontation übergegangen sei. Damit ist auf der einen Seite natürlich im herkömmlichen militärischen Sinne der Krieg in der Ukraine gemeint. Zugleich findet sich die Formulierung des Übergangs in eine Konfrontation jedoch auch im expliziten Hinblick auf die Sahel-Region und den Pazifik und mit Bezug auf China – wo ja bislang noch keine offenen militärischen Konfrontationen bestehen.

Vermittelt wird dieser latente Kriegszustand über die vermeintliche hybride Kriegführung, die von China und Russland ausgehe und Frankreich, NATO und EU zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zwinge. Zugleich wird in dem Dokument jedoch deutlich, dass diese Hybridität längst, aber nicht explizit, auch die französische Außenpolitik prägt. So wird bereits in Absatz elf ganz allgemein „Einfluss“ als „strategische Schlüsselfunktion“ definiert, die es ermöglichen soll „französische Interessen durchzusetzen und den Handlungen unserer Wettbewerber (compétiteurs) im gesamten Spektrum der Hybridität entgegenzuwirken“. Wohlgemerkt beziehen sich diese Äußerungen nicht auf die Landes- und Bündnisverteidigung, sondern auf (Groß-)Regionen wie Afrika, den Pazifik und explizit auch die Ukraine. Eine zentrale Rolle spielen für diesen globalen Machtanspruch, der in Verbindung mit dem proklamierten Übergang in eine offene Konfrontation eigentlich eine globale Kriegserklärung ist, außerdem die französischen Überseegebiete, die vielfach erwähnt werden. In Absatz 67 wird daraus nicht nur eine „Pflicht“ abgeleitet, in verschiedenen Weltregionen zu „Sicherheit und Stabilität“ beizutragen, sondern aus der „geografischen Lage einiger unserer Territorien in diesen Regionen“ eine Notwendigkeit und „besondere Legitimität“ begründet, „dort präsent und in allen Domänen aktiv zu sein“. Zugleich wird wie gesagt Russland vorgeworfen, einen „globalisierten hybriden Krieg“ ausgerufen zu haben, in dem es „externe Gebiete als Hebel“ nutze, um die eigenen Handlungsspielräume einzuschränken.

Anspruch: globale Handlungsfähigkeit, nuklear abgesichert

Dass zum hybriden Spektrum der möglichen Maßnahmen, um diese Handlungsspielräume weltweit(!) zu sichern, auch das Militär gehört, wird an verschiedenen Stellen explizit hervorgehoben. So heißt es in Absatz 56 recht eindeutig, dass „die zunehmenden Einschränkungen unserer Interessen es notwendiger macht, über robuste und durchhaltefähige Mittel zu verfügen, die den jüngsten Entwicklungen in der Welt angepasst sind. Unsere Verteidigungskapazitäten tragen dazu auf verschiedenen Ebenen bei als Basis unserer Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit in der Welt im Angesicht von Bedrohungen aller Art“. Diese Verteidigungsfähigkeit wiederum – auch das wird explizit formuliert – steht auf dem Fundament der Fähigkeit zur nuklearen

Abschreckung. Hier ist der globale Geltungsbereich nicht so offen formuliert, allerdings ist der entsprechende Absatz 76 – abgesehen von seiner Einschränkung auf staatliche Akteure – erschreckend uneindeutig: „Mit dem Ziel, uns vor allen staatlichen Aggressionen gegen unsere vitalen Interessen zu schützen, woher sie auch kommen mögen und welche Form sie auch haben werden, ist die [nukleare] Abschreckung die ultimative Garantie der Sicherheit, des Schutzes und der Unabhängigkeit unserer Nation". Entsprechend wird die Aufrechterhaltung einer „robusten und glaubwürdigen nuklearen Abschreckung" gleich in Absatz acht als „strukturelles Element unseres strategischen Dialoges und der Absicherung unserer vitalen Interessen" zum ersten von zehn strategischen Zielen ernannt.

Beharren auf Eigenständigkeit

Während der globale Geltungsbereich einer offenen hybriden Konfrontation sowie eigener militärischer Handlungsfähigkeit und Legitimität sehr klar und wiederholend formuliert ist, bleibt die Sicherheitsstrategie auch an vielen anderen Punkten uneindeutig. So steht an vielen zentralen Stellen die Selbstbezeichnung Frankreichs als „ausgleichende Macht" („puissance d'équlibres"), ohne dass die darunter zu verstehende, geopolitische Selbstverortung nachvollziehbar ausformuliert wäre. Zwar werden EU und NATO als primäre sicherheitspolitische Bezugrahmen mehrfach und prominent genannt. Die ihnen gewidmeten Unterkapitel allerdings bleiben relativ unkonkret und floskelhaft. Demgegenüber wird relativ prominent die Fähigkeit zur militärischen Zusammenarbeit mit den USA hervorgehoben.

Auch in der Definition jener Akteure, die mal als Gegner und mal als Konkurrenten dargestellt werden, China und Russland, stellt man sich klar auf Seiten der EU und der NATO, ist aber merklich darum bemüht, jeweils eigene, nationale Interessen und Werte zu finden, welche ebendiese zu Gegnern machen. Gerade im Hinblick auf China gelingt dies allenfalls begrenzt. Analog hierzu wird jedoch wiederholt der Anspruch formuliert und die Fähigkeit unterstrichen, auch unilateral und in Ad-Hoc-Koalitionen hoch intensive militärische Auseinandersetzungen führen und gewinnen zu können. Ein seltsam anmutendes Beispiel hierfür ist der bereits zitierte Absatz zur nuklearen Abschreckung, von der die NATO- und EU-Verbündeten ja offensichtlich nicht ausgenommen werden. Damit deutet sich zumindest an, dass Frankreich als „ausgleichende Macht" bei und trotz Einbindung in EU und NATO nicht vor hat, diesen seine Interessen und außenpolitischen Maximen unterzuordnen. Dafür, als ausgleichende Macht das Bündnis mit China und Russland zu suchen, bietet der Text allerdings auch keine Grundlage.

Das Beharren auf Eigenständigkeit zeigt sich auch in einem kleinen Unterabschnitt unter dem Titel „Aufklärung – Verständnis – Antizipation", bei dem es um klassisch geheimdienstliche Arbeit und Strukturen der Entscheidungsfindung zu gehen scheint, implizit aber sicher auch entsprechende technologische Entwicklungen gemeint sind, um Handlungen der Gegner bzw. Wettbewerber zu erkennen, zu antizipieren und zu beeinflussen. Hier scheint sich das französische Verteidigungsministerium große Hoffnungen zu machen – auch dahingehend, von den Verbündeten zu profitieren, ohne dafür auf eigene Kapazitäten zu verzichten: „Die Funktion aufklären-verstehen-antizipieren hat eine starke partnerschaftliche Dimension. Um in priorisierten Bereichen zu einer autonomen Lageeinschätzung zu gelangen, ist es nötig, die Wahrnehmung der Partner durch eigenständige Fähigkeiten zu ergänzen".

Hybride (Un)Eindeutigkeiten

Auch die konkrete Bedeutung des hybriden Kriegszustandes, der konstatiert wird, bleibt uneindeutig. Internationales Recht wird nur an wenigen Stellen als Handlungsrahmen angesprochen, seine „Ausnutzung" durch Dritte hingegen in Absatz 26 explizit als „Lawfare" diskreditiert: „Unsere Wettbewerber haben aus dem Recht eine Waffe gemacht, die sie gegen unsere Interessen einsetzen, um ihren Aufstieg abzusichern". Ein bemerkenswerter Satz. Die Uneindeutigkeit des vermeintlichen Kriegszustandes spiegelt sich auch im Umgang mit einer weiteren, wiederkehrenden Formulierung, nämlich derjenigen der „Kriegsökonomie". Diese wird in unterschiedlichen Absätzen entweder als Beschreibung der aktuellen französischen Wertschöpfung verwendet, als aktuelle Notwendigkeit oder als herzustellende Potentialität dargestellt. Letzteres wird beispielsweise in Absatz 122 weiter ausbuchstabiert, in dem es um die Bedingungen und Kompromisse geht, die nötig sind, „[u]m die Erfordernisse eines Krieges (starker Verbrauch von Munition, Abnutzung, etc.) langfristig durchhalten zu können".

Zugleich sind die Konsequenzen, die aus dem globalen hybriden Kriegszustand für andere Bereiche gezogen werden müssten, um Resilienz herzustellen, teilweise sehr konkret formuliert. So heißt es zum Beispiel im Hinblick auf Jugend und Bildung, dass die „Attraktivität des Militärs" und eine „Geisteshaltung der Verteidigung … so früh wie möglich durch konkrete und belohnende Ansätze im Bildungsbereich verankert werden sollten" (Absatz 115). Hierzu sollte auch das Militär verstärkt in die Bildungsinstitutionen ein-

gebunden werden. Noch viel grundsätzlicher wird eingefordert, die gesamte Technologiepolitik dem Ziel der Verteidigungsfähigkeit und – an anderer Stelle – auch der Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckungsfähigkeit im Angesicht schnellen technologischen Wandels zu unterwerfen.

Demütigung in Westafrika

Die hier dargestellte Drastik der neuen französischen Sicherheitsstrategie entspricht zwar angesichts des Ukraine-Krieges und der Reaktionen der NATO durchaus dem Zeitgeist, im französischen Falle jedoch scheint sie zugleich aus der Zeit gefallen. So wurde die neue Strategie von Macron wie bereits erwähnt in einer Rede in Toulon vorgestellt – die allerdings wegen eines anderen dort angesprochenen Sachverhalts deutlich mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat: Macron erklärte aus diesem Anlass knapp drei Monate nach dem Abzug der letzten (offiziellen) französischen Soldat*innen aus Mali die Operation Barkhane für beendet. Niemand kommt umhin, deren Scheitern anzuerkennen, es ist von einem Fiasko und einer Demütigung die Rede und Vergleiche zum Abzug der USA aus Afghanistan werden gezogen.[2]

Die einflussreiche und der Regierung wie Bundeswehr nahestehende „Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP) hatte einen Monat zuvor eine Analyse veröffentlicht, in der sie von einer „gescheiterten Militärintervention" schreibt, „die den größten Auslandseinsatz seit dem Algerien-Krieg darstellte" und „als politische Zäsur in die Geschichte der französisch-afrikanischen Beziehungen eingehen" dürfte. Zurückgeführt wird dies u.a. auf eine „Vielzahl folgenschwerer politischer Fehleinschätzungen". Erwartet wurde entsprechend, dass „Paris … auf Jahre hinaus mit einem nachhaltig erschütterten Selbstverständnis über seine eigene Rolle in Afrika befasst sein" dürfte und „vor der historischen Herausforderung [steht], einen neuen Kurs gegenüber Afrika zu definieren". Für die SWP bestand mit der französischen Erschütterung „[f]ür Deutschland und andere europäische Regierungen" Aussicht darauf, „mit Frankreich in einen afrikapolitischen Dialog einzutreten, der nicht a priori von der Überlegenheit politischer Einsichten in Paris und dem Vorrang französischer Interessen bestimmt wird".[3] Von beidem – einer kritischen Reflexion der Afrikapolitik und deren europäischer Neuverhandlung – ist in der neuen französischen Sicherheitsstrategie wenig zu spüren.

Allenfalls deutet sich an, dass Frankreich zukünftig versuchen wird, mit deutlich kleinerem „Fußabdruck", also weniger Sichtbarkeit, Partnerschaften mit den jeweiligen Streitkräften zu pflegen und so weiterhin militärisch Einfluss in den ehemaligen Kolonien auszuüben. Die aktuellen Diskussionen um eine neue, reformierte Ausbildungsmission der EU in der Republik Niger unter dem Akronym EUMPM (Military Partnership Mission) deuten darauf hin, dass diese auch hier Frankreich folgen wird, wie sie das vor zehn Jahren mit desaströser Bilanz in Mali getan hat.

Was die neue französische Sicherheitsstrategie jedoch nahelegt und verschiedene Medien bereits aus anonymen Quellen gehört haben wollen, ist, dass Frankreich dabei verstärkt auf hybride und geheimdienstliche Mittel zurückgreifen und sein eigenes Süppchen kochen wird. Neu wäre das aber ebenso wenig, wie die Tatsache, dass die europäischen Partner das als Teil des Problems erkennen und kritisieren – und zugleich trotzdem mitspielen wollen. Zu erwarten ist jedoch, dass Frankreich und die EU dies zukünftig noch stärker als Teil einer globalen Auseinandersetzung mit Russland und China verstehen und ihre Bemühungen um strategische Kommunikation intensivieren werden: Europa wird in der Sahara verteidigt. Es bekämpft sich dort auch gegenseitig. Die „ausgleichende Macht" Frankreich wird ganz vorne dabei bleiben, die Region weiter in den Malstrom einer Geopolitik zu ziehen – die nun, nicht nur von Frankreich, als globale, offene, hybride und nuklear abgestützte Auseinandersetzung wahrgenommen wird.

Anmerkungen:

1 Die Revue nationale stratégique 2022 wird unter folgender URL vom französischen Verteidigungsministerium im französischen Original sowie einer vorläufigen englischen Übersetzung bereitgestellt: sgdsn.gouv.fr

2 Beispielhaft wird dieser Diskurs etwa hier wiedergegeben: Stefan Brändle: Macron beendet französische Militär-Mission in Westafrika, derstandart.at vom 9.11.2022, derstandard.at

3 Denis M. Tull: Frankreichs Afrikapolitik unter Präsident Macron - Zwischen Reformen, Public Diplomacy und unfreiwilliger politischer Zäsur, SWP-Aktuell 2022/A 62 (06.10.2022), swp-berlin.org.

Weitere Militarisierung oder Rückkehr zur Vernunft?

Die politische Debatte in Japan nach dem Attentat auf Abe

von Eiichi Kido

Am 8. Juli 2022 wurde der ehemalige japanische Premierminister Shinzô Abe erschossen. Das Ereignis hat die japanische Öffentlichkeit äußerst schockiert, nicht zuletzt weil es im Land nur eine sehr geringe Waffenkriminalität gibt.

Zwei Tage später konnte die regierende Liberal-Demokratische Partei auch dank Sympathiestimmen die Oberhauswahl leicht gewinnen. Sie hat nun zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der neobuddhistischen Partei Komeito, und den de facto Satellitenparteien eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die für eine Verfassungsänderung notwendig ist. Da bis 2025 keine nationale Wahl vorgesehen ist, scheint es durchaus möglich, dass die LDP in diesem Zeitraum eine Verfassungsänderung durchsetzen und das Land kriegsfähig machen könnte.

Schon sechs Tage nach dem Attentat kündigte Premierminister Fumio Kishida an, ein Staatsbegräbnis für Abe zu veranstalten. Doch dann kam ans Licht, dass Abe gleichsam Werber für die berüchtigte „Vereinigungskirche“ (Moon-Sekte) war und nicht wenige LDP-Abgeordnete mit ihr eng verbunden sind. Die Kishida-Administration ist damit plötzlich in Not geraten. Kann diese Affäre einen Wendepunkt der japanischen Politik markieren, die bisher mit aller Macht auf Militarisierung gerichtet war?

Das 2012er-System

Am 26. Dezember 2012 wurde Shinzô Abe zum zweiten Mal zum Premierminister gewählt. Bei der Unterhauswahl zehn Tage davor konnte die LDP die Macht zurückerlangen.

Schon in seiner ersten Amtszeit vom 26. September 2006 bis 27. August 2007 sagte Abe ganz offen, dass es seine Absicht sei, das „Nachkriegsregime“ zu ändern. Am 22. Dezember 2006 war das Rahmengesetz für die Erziehung (Kyôiku kihon hô) dahingehend geändert worden, dass es fortan Ziel der Erziehung sein sollte, „Tradition und Kultur zu achten und unser Land und unsere Heimat, wo diese gepflegt werden, zu lieben“. Am 9. Januar 2007 wurde das Amt für Verteidigung zum Ministerium erhoben. Am 14. Mai 2007 wurde ein Gesetz durchgesetzt, um eine Volksabstimmung für eine Verfassungsänderung durchzuführen.

Am Anfang der zweiten Amtszeit erklärte Abe, sich auf die Wirtschaftspolitik zu konzentrieren. Unter der Bezeichnung „Abenomics“ versuchte er, durch drastischen Zuwachs der Geldbasis die Konjunktur anzukurbeln. Dabei behandelte er die Zentralbank wie eine Tochtergesellschaft der Regierung. In der Realität verbesserte sich die Wirtschaft jedoch nicht. Von den gestiegenen Aktienkursen und dem gesunkenen Wert des Yen profitierte nur die wohlhabende Schicht, die bereits Aktien und Immobilien besaß. Es dauerte dann auch nicht lange, bis Abe unverhohlen zu seinem zentralen Thema zurückkehrte, nämlich die „schäbige“ Verfassung zu ändern.

Die LDP, damals in der Opposition, legte am 27. April 2012 den Entwurf ihrer Verfassungsänderung vor. Damit offenbarte sie ihre Absicht, einen Regimewechsel in Japan durchzuführen, den Tenno (meist mit „Kaiser“ übersetzt, anders als europäische Kaiser jedoch soll der Tenno Nachkomme der Götter sein) zum Staatsoberhaupt zu machen, statt der Selbstverteidigungsstreitkräfte „Landesverteidigungstruppen“ (Kokubô-gun) zu schaffen und die Bürgerrechte drastisch einzuschränken.[1] Dieser Entwurf ist auch heute keineswegs vom Tisch.

Am 6. Dezember 2013 wurde das sogenannte „Whistleblower“-Gesetz (Specially Designated Secrets Act) im Parlament beschlossen. Damit wird Personen, die angeblich Staatsgeheimnisse verbreitet haben, bis zu zehn Jahre Haft angedroht. Dabei ist jedoch geheim, was als „speziell bezeichnete Staatsgeheimnisse“ gilt.

Am 1. April 2014 beschloss das Kabinett, Waffenexporte grundsätzlich zu genehmigen. Bisher galten

für den Waffenexport drei Prinzipien. Danach war der Waffenexport in kommunistische Länder, in Länder, in welche aufgrund von UN-Resolutionen Waffenexport verboten ist, und in Länder, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden, de facto nicht erlaubt. Diese Richtlinien änderte Abe um 180 Grad, und zwar unter dem kuriosen Begriff „Transfer von Verteidigungsausrüstung und -technologie“ (Transfer of Defense Equipment and Technology).

Am 1. Juli 2014 beschloss das Kabinett, das kollektive Verteidigungsrecht prinzipiell ausüben zu können. Bis dahin hatten alle Regierungen erklärt, dass der pazifistische Verfassungsartikel 9, der den Unterhalt von „Land-, See- und Luftstreitkräften oder sonstigen Kriegsmitteln“ verbietet und das Kriegsrecht aberkennt, dem Land zwar das Recht zur individuellen, aber keineswegs zur kollektiven Selbstverteidigung erlaubt.[2]

Aufgrund dieses Kabinettsbeschlusses wurden am 19. September 2015 die „Gesetze für Frieden und Sicherheit“ verabschiedet, die den japanischen „Selbstverteidigungsstreitkräften“ militärische Einsätze jederzeit und weltweit ermöglichten. Einsprüche von Rechtsexpert:innen und der Protest der Bürger:innen gegen diese „Kriegsgesetze“ wurden einfach ignoriert.

Am 15. Juni 2017 wurde das „Gesetz gegen die Vorbereitung von Terror usw.“ verabschiedet. Dieses Gesetz ermöglicht es, Personen, die etwas beraten oder geplant haben, auch dann strafrechtlich zu verfolgen, wenn kein Verbrechen auf der Grundlage einer Verschwörung begangen wurde. Dieses Anti-Verschwörungsgesetz (Kyôbôzai) erinnerte viele Leute an das Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (Chian iji hô) von 1925, das jede Kritik gegen das Tenno-System und das Privateigentum unter Strafe stellte. Am 2. Juni 2017 erklärte der damalige Justizminister Katsutoshi Kaneda, sämtliche Verhaftungen und Strafvollstreckungen aufgrund dieses Gesetz seien „legal“.

Dieser Militarisierungskurs endete auch mit der Rücktrittserklärung Abes am 28. August 2020 nicht. Er verordnete seinem Nachfolger Yoshihide Suga, die „Fähigkeit, feindliche Stützpunkte anzugreifen“, auszuloten. Am 16. Juni 2021 wurde ein Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, Personen zu beobachten, die Grundstücke innerhalb von 1.000 Metern von „wichtigen Einrichtungen“ wie Militärstützpunkten und AKWs bzw. abgelegenen Inseln an der Staatsgrenze besitzen oder nutzen (Act on the Review and Regulation of the Use of Real Estate Surrounding Important Facilities and on Remote Territorial Islands). Bei einer „Störung der Funktion“ solcher Anlagen droht eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren. Was für Handlungen die Funktion der „wichtigen Einrichtungen“ stören würden, ist jedoch nicht definiert. Damit ist es durchaus möglich, dass dieses Gesetz zur Unterdrükkung von Bürgerbewegungen genutzt wird.

Sugas Nachfolger Fumio Kishida, der seit dem 4. Oktober 2021 im Amt ist, peitschte das Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Sicherheit (Keizai ampo suishin hô) am 11. Mai 2022 durch. Angesichts der Konfrontation zwischen den USA und China geht es darum, zu verhindern, dass ein fremdes Land neueste wissenschaftlich-technologische Informationen zum Beispiel zu künstlicher Intelligenz stiehlt und die Beschaffung von unverzichtbaren Waren wie Halbleiter und Medikamenten zu sichern. Im Gesetz steht jedoch nicht, was „wirtschaftliche Sicherheit“ bedeutet.

Egal, wie der Premierminister auch heißen mag – der drastische Militarisierungskurs wird unter dem 2012er-System vorangetrieben. Seit dem Finanzjahr 2013 haben die japanischen Militärausgaben elf Jahre in Folge das Vorjahr übertroffen und neun Jahre in Folge ein Rekordniveau erreicht. Am 23. Mai versprach Kishida dem US-Präsidenten Joe Biden in Tokio, „die Verteidigungsausgaben erheblich zu erhöhen“. Die LDP verpflichtete sich, 2% des BIP für Militärausgaben bereitzustellen. Das würde Japan zumindest von den Ausgaben her zur drittgrößten Militärmacht in der Welt machen.

Das A und O des 2012er-Systems ist jedoch die Verfassungsfrage. Am 3. Mai 2017, in Japan „Tag der Verfassung“, schlug Shinzô Abe urplötzlich in der regierungsfreundlichen Yomiuri-Zeitung vor, vorläufig vier Punkte der Verfassung zu ändern. Zwei davon (Mandatereform im Oberhaus und Ausbau der Schulerziehung) sind alles andere als wichtig. Die wichtigen Punkte sind, den Artikel 9 zu toten Buchstaben zu machen, indem die „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ in den Text der Verfassung aufgenommen werden, und einen Notstandsartikel einzuführen. Die LDP hält nach wie vor an diesen Vorhaben fest.

Die staatliche Beerdigungszeremonie von Shinzo Abe.
Quelle: Wikipedia

Verpasste Chance

Am 27. September 2022 wurde das Staatsbegräbnis für Shinzô Abe durchgesetzt. Aus Deutschland nahm Christian Wulff als früherer Bundespräsident daran teil. Kishida pries Abe als „Kompass, der die Zukunft von Japan und der Welt weist“. Damit hat Japan dem In- und Ausland seinen Willen gezeigt, den gewaltsamen Militarisierungskurs weiter voranzutreiben.

Hat Japan damit eine historische Chance vertan, zu einer vernünftigen Politik zurückzukehren? Dabei geht es darum, sich nicht nur mit dem 2012er-System, sondern mit dem japanischen Nachkriegsstaat und dem japanischen Nationalstaat überhaupt auseinanderzusetzen. Die Staatsdoktrin des jungen Nationalstaates war die Einheit von Religion und politischer Herrschaft (saisei itchi). Der Tenno war angeblich als Nachkomme der Götter heilig und unverletzlich. Es war ein Zeichen höchster Nationalmoral, sich für den Tenno und die kaiserliche Familie zu opfern. Die Generäle und Soldaten, die für den Tenno fielen, wurden und werden noch heute im Yasukuni-Schrein als „Heldenseelen“ (gunshin) verehrt. So gesehen könnte man Japan vor 1945 durchaus als „Kultstaat“ bezeichnen.

Angesichts dessen, dass sich niemand persönlich für den Kriegsausbruch und die bedingungslose Kapitulation verantwortlich fühlte, sprach der Politikwissenschaftler Masao Maruyama schon unmittelbar nach Kriegsende von einem „System der Unverantwortlichkeiten“.[3] Dieses System wurde nach dem Krieg vollendet, als Tenno Hirohito von jeglichem Vorwurf einer Kriegsschuld verschont blieb. Auch die oligarchischen Kräfte, die die Politik des Tenno gelenkt hatten, konnten im Zeichen des Kalten Krieges auf die politische und wirtschaftliche Bühne zurückkehren. Shinzô Abe war die Symbolfigur dieser Oligarchie Japans im 21. Jahrhundert.

In diesem Sinne könnte man Japan immer noch als ein feudalistisches Land brandmarken, zumal in der LDP Erbpolitiker:innen entscheidenden Einfluss ausüben.[4]

Solch ein Japan wird von Björn Höcke gelobt. Beim Kyffhäusertreffen am 6. Juli 2019 empfahl er, den „japanischen Weg“ zu gehen. Als Stärke Japan nannte er wörtlich: „Funktionierendes Gastarbeitersystem, nur 20 Asylanten pro Jahr, Rationalisierung und Robotertechnik statt Einwanderung, die Drei-Kind-Familie, keine Vergangenheitsbewältigung trotz der Niederlage, Geringer Ausländeranteil, eins der sichersten Länder der Welt, staatspolitisch, wirtschaftspolitisch, identitätspolitisch sehr klug und hochmoralisch: 180 Grad Wende in der Einwanderungspolitik“.[5]

Ob Japan ein wirklich demokratisches Land wird, wo die Menschen nicht mehr von gottgleicher Autorität abhängen, wird sich zeigen. In Deutschland und Europa sollte man kein falsches Japan-Bild nach der einfachen Dichotomie „Demokratie vs. Autokratie“ haben. Das würde nur Ultranationalist:innen und Militarist:innen in Japan ermutigen und die ohnehin gefährlichen Verhältnisse in Ostasien noch gefährlicher machen. Die Zusammenarbeit beider Zivilgesellschaften ist dringend notwendig.

Anmerkungen:

1 Eiichi Kido: Japan auf dem Weg zur Wiederbelebung des Militarismus, in: Ausdruck (Oktober 5/2014), vgl. imi-online.de.

2 Allerdings betrachten nicht wenige Verfassungsrechtler:innen auch diese Interpretation als eine Umgehung.

3 Masao Maruyama, Freiheit und Nation in Japan, München: iudicium, 2007, S.134.

4 Von 465 Unterhausabgeordneten, die 2021 gewählt wurden, sind 108 (23,2%) Erbpolitiker:innen, allein bei der LDP 87 (33,6%). Sechs von neun Premierministern, die in vergangenen 20 Jahren im Amt waren, sind Erbabgeordnete.

5 Der Wortlaut stand in der Webseite des völkisch-nationalistischen Gruppe „Der Flügel“ innerhalb der AfD. Nachdem „Der Flügel“ im März 2020 als „rechtsextremistisch“ eingestuft wurde, ist die Webseite gelöscht worden.

Dies ist eine stark gekürzte Version einer ausführlichen Analyse, die auf der IMI-Webseite heruntergeladen werden kann.

Indo-Pazifik: Verstetigung der deutschen Militärpräsenz

von Jürgen Wagner

Spätestens seit 2019 ist auch Deutschland auf einen deutlich konfrontativeren Kurs gegenüber China eingeschwenkt. Seither erhöht die Bundeswehr auch Schritt für Schritt ihre militärische Präsenz im Indo-Pazifik, dessen Kontrolle als Schlüssel zur Eindämmung Chinas gilt. Erst wurde letztes Jahr die Fregatte Bayern losgeschickt, kürzlich waren es dann sechs Eurofighter nebst weiterem Gerät – im kommenden Jahr soll jetzt ein ganzer Flottenverband entsendet werden, wie nun berichtet wird. Das Ziel sei eine „Verstetigung" der deutschen Militärpräsenz in der Region, wodurch Berlin seinen Hut in den Ring der dortigen Machtkonflikte werfen will.

Flagge per Fregatte

Man wolle im „Systemwettbewerb" mit China „Flagge zeigen" im Kampf um die „regelbasierte Ordnung", mit diesen Worten kündigte die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in einer Grundsatzrede im November 2020 die Entsendung einer Fregatte in die Region an. Allerdings ist es mit diesen „Regeln" so eine Sache – schließlich ist es zentral, wer die Regeln aufstellt, auslegt und wer darüber entscheidet, wer sie brechen darf und wer eben nicht. Eine kluge Analyse zur Situation im Indo-Pazifik und zur Verwendung dieser Begrifflichkeit kam vor einiger Zeit aus dem GIGA-Institut:

„Die regelbasierte Ordnung symbolisiert das gemeinsame Interesse einer vielfältigen Gruppe mächtiger Staaten, den chinesischen Einfluss einzudämmen. Dies verkompliziert die Frage, um welche gemeinsamen ‚Werte', ‚Regeln' und Vorstellungen von ‚Ordnung' es geht. Die immer breitere Nutzung der ‚regelbasierten Ordnung' hat auch dazu geführt, dass die Politik beschönigt, dass sie selbst Teil des Ringens um neue Einflusssphären war und es vorantreibt."

Überdeutlich wird der instrumentelle Umgang mit den „Regeln" am Beispiel Diego Garcia, das sich Großbritannien 1965 völkerrechtswidrig unter den Nagel gerissen hat. Trotz eines Schiedsspruchs des Internationalen Gerichtshofs (IGH) und einer Resolution der UN-Vollversammlung weigert sich das Land, die Chagos-Inseln, zu denen Diego Garcia gehört, zurückzugeben. Der Grund sind die dort befindlichen britischen und amerikanischen Militärbasen, die zentral für die Machtprojektion in der Region sind.

Vor diesem Hintergrund hatte es einen mehr als faden Beigeschmack, dass die Fregatte Bayern auf ihrer Indo-Pazifikfahrt zum Schutz der regelbasierten Ordnung zwischen August 2021 und Februar 2022 ausgerechnet auch auf Diego Garcia Halt machte. Selbst der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik" fiel die diesbezügliche „Doppelmoral" auf:

„Diego Garcia, die größte Insel des Chagos-Archipels im Indischen Ozean, gehörte einst zur britischen Inselkolonie Mauritius. Im Jahr 1965 wurde sie völkerrechtswidrig zu einer separaten Verwaltungseinheit umgewandelt, um dort den Bau eines britischen Militärstützpunktes zu ermöglichen. [...] Bleibt es bei der geplanten Route, ließe sich mit Blick auf die Verteidigung der regelbasierten Ordnung und des internationalen Rechts eine gewisse Doppelmoral kaum von der Hand weisen. Aus der offenen Weigerung Londons, der UN-Resolution und dem IGH-Urteil Folge

Die Fregatte Bayern, hier noch vor Mallorca im Jahr 2011. Quelle: Pedro Carreras / Wikipedia

zu leisten, folgt, dass durch Besuche des Archipels der völkerrechtlich mindestens problematische Status quo wenn nicht offen unterstützt, so doch de facto akzeptiert würde. Zudem würde dem chinesischen Narrativ einer selektiven Auslegung der aus Sicht Pekings ohnehin westlich-dominierten internationalen Ordnung Vorschub geleistet. In einer Zeit, in der im Kontext der sich weiter verschärfenden sino-amerikanischen Großmächterivalität internationale Normen und Regeln zunehmend in Frage gestellt werden, ist all dies sicherlich nicht im strategischen Interesse Deutschlands." (Heiduk, Felix: Eine heikle Mission: Die Fregatte »Bayern« zeigt Flagge im Indopazifik, SWP, 12.8.2021)

Manöver mit Eskalationspotenzial

Neben den Konflikten um Taiwan sind es besonders unterschiedlichste Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer, die zur brisanten Konfliktkonstellation beitragen. Die USA pochen dabei darauf, recht umfassende chinesische Ambitionen mit sogenannten „Manövern zur Freiheit der Schifffahrt" (FONOPs) zu konterkarieren. Von diesen Fahrten geht ein erhebliches Eskalationspotenzial aus, nicht zuletzt, weil Peking in ihnen, nicht völlig zu Unrecht, wiederum wenig verdeckte Versuche erblickt, den US-Einfluss in der Region auf seine Kosten auszubauen:

„Solche Fahrten bergen allerdings immer die Gefahr einer Gegenreaktion und können Anlass für Zwischenfälle auf See und in der Luft sein. [...] Die durch amerikanische Schiffe seit Jahrzehnten regelmäßig durchgeführten ‚Freedom of Navigation'-Einsätze haben vor allem in den letzten Jahren im Zeichen sich anbahnender Großmachtrivalitäten im Indo-Pazifik den Beigeschmack amerikanischer Machtprojektion gegenüber China bekommen." (Swistek, Göran: Quadratur des Kreises im Indo-Pazifik. Sicherheitspolitische Umsetzung der Indo-Pazifik-Leitlinien, SWP-Aktuell, März 2021, S. 5 und 7)

Aus chinesischer Sicht überdehnen die westlichen Staaten das, was unter der Freiheit der Meere verstanden werden kann, mit ihren Militärmanövern erheblich. Deshalb handelt es sich bei derlei Übungen um ein Spiel mit dem Feuer, da China mit Maßnahmen reagiert, die das Risiko weiter erhöhen. Der US-Politikprofessor Michel T. Klare schreibt:

„Auf derart provozierende Manöver der US-Marine antwortet das chinesische Militär, die Volksbefreiungsarmee (PLA), in der Regel herausfordernd mit eigenen Schiffen und Flugzeugen. [...] Häufig entsendet die chinesische Seite ein oder mehrere eigene Schiffe, die das amerikanische Schiff – um die Sache so höflich wie möglich zu gestalten – aus dem Gebiet herauseskortieren. Diese Begegnungen haben sich manchmal

Jahr	Südch. Meer	Taiwanstrasse	Gesamt
2012	5	9	14
2013	2	12	14
2014	3	4	7
2015	2	1	3
2016	3	12	15
2017	6	3	9
2018	5	3	8
2019	7	9	16
2020	8	13	21

Tabelle: US-FONOPs im Indo-Pazifik. Quelle: O'Rourke, Ronald: U.S.-China Strategic Competition in South and East China Seas: Background and Issues for Congress, CRS, 18.01.2022, S. 41.

als äußerst gefährlich erwiesen, insbesondere wenn die Schiffe nahe genug aneinander gerieten, als dass es zu einem Kollisionsrisiko kam." (Klare, Michael T.: In den Krieg hineinstolpern? in: Luxemburg, Mai 2021)

Auch einige Zeit nach Beendigung der „Bayern-Fahrt" wurde bekannt, dass es dabei zu einem Zwischenfall kam, der zwar klein und glimpflich ablief, das Eskalationspotenzial derartiger Manöver aber zusätzlich untermauert:

„Die Fahrt der Fregatte Bayern im Indo-Pazifik, die im vergangenen August begann und im Januar endete, verlief nicht so reibungslos wie bisher angenommen. So sollen chinesische Fischerboote das Schiff zeitweise bedrängt und mit Scheinwerfern angestrahlt haben. [...] Ziel der Reise war es, die Geltung der bestehenden völkerrechtlichen Regeln, insbesondere das Recht auf freie Navigation, zu unterstreichen sowie Kontakt zu regionalen Partnern, wie Australien, Japan oder Südkorea zu suchen." (Europäische Sicherheit & Technik, 24. Mai 2022)

Dennoch gab es bereits vor Rückkehr der Fregatte Bayern Spekulationen über Pläne für eine maritime Dauerpräsenz in der Region – sogar über die Einrichtung einer quasi-Militärbasis scheint nachgedacht zu werden:

„Die Marine will schon ab 2023 einen regelmäßigen Einsatz im Indo-Pazifik absolvieren. [...] Mit Partnern in der Region und in Singapur sei man über die Einrichtung eines temporären logistischen Zentrums (‚logistic support hub') im Gespräch, mit dessen Hilfe die logistische Betreuung vereinfacht würde." (Böge, Frederike: Deutsche Marine verstärkt Engagement im Indo-Pazifik, FAZ, 22.12.2021)

Pitch Black – Eurofighter

Bevor die Bundeswehr ihre maritimen Pläne für den Indo-Pazifik weiter konkretisierte, war erst einmal die

Die Amerikaner zeigen schon länger Flagge und haben auch Stützpunkte im Indopazifik. Auf dem Bild feiern Matrosen auf Diego Garcia den Geburtstag der Navy. Quelle: Seemann Alex Smedegard / USNavy / Wikimedia

Luftwaffe dran – und zwar in Form der Manöver „Pitch Black 22“ und „Kakadu 22“. Beiden Manövern vorgeschaltet war „Rapid Pacific 22“, mit der die Bundeswehr sechs Eurofighter (sowie vier A-400M und drei A330 Multi Role Tanker) am 15. April 2022 innerhalb von 24 Stunden über eine Distanz von über 12.000km nach Singapur verfrachtete. Anschließend ging es dann weiter zur Teilnahme an den beiden besagten Übungen:

„Bei der Luftkampfübung Pitch Black werden die Eurofighter mit den internationalen Partnern in größeren Formationen Luftangriffe und Verteidigung üben. Die Eurofighter werden dabei in der Luft-Luft- und Luft-Boden-Rolle eingesetzt. Bei der multinationalen Seekampfübung Kakadu schützen die Partner darüber hinaus Schiffe aus der Luft. Rund 250 Soldatinnen und Soldaten der Luftwaffe sind beteiligt.“ (bundeswehr.de, 25.8.2022)

Sei es, um die USA in ihren Bemühungen zur militärischen Eindämmung Chinas zu unterstützen, sei es um auf eigene Rechnung den eigenen Interessen „besser“ Nachdruck verleihen zu können, in jedem Fall handelt es sich hier um einen weiteren Schritt zum Ausbau der deutschen Militärpräsenz in der Region. Recht ungeschminkt wird zum Beispiel Oberst a.D. Ralph Thiele zu Deutschlands Interessen im Zusammenhang mit der Luftverlegung mit folgenden Worten zitiert:

„Ja. Deutschland muss überall verteidigt werden. Im Outback, im Weltraum und im Cyberraum. Denn direkt vor unserer Tür steht ja zum Glück keiner. Gleichzeitig hat sich in Asien ein Wahnsinnsmarkt aufgebaut, von dem unser Wohlstand abhängt. Da verdienen wir unsere Renten- und Krankenversicherung. Der Gedanke, dass das vollkommen zerklüftete Sicherheitssystem im indopazifischen Raum für uns unwichtig ist, ist komplett abwegig. Wir haben ein Interesse daran, dass in Asien zivilisiert miteinander umgegangen wird. Deshalb muss die Bundeswehr auch mal dahingehen. Und das machen wir gerade in einem ersten Schritt.“ (Rhein-Zeitung vom 26.08.2022)

Verstetigte Militärpräsenz

Die Verlegung der Eurofighter demonstriere die „verstetigte Präsenz der Bundeswehr“, die „in den kommenden Jahren fortgeführt“ werde, meldet die Truppe. Anschließend ist erstmals auch das Heer dran und die Marine soll gleich mehrere Schiffe entsenden, kündigte Generalinspekteur Eberhard Zorn nun an:

„Im kommenden Jahr wird sich das Heer an einer Übungsserie mit unseren Wertepartnern in Australien beteiligen. [...] Die Marine wird ebenso in den Indo-Pazifik zurückkehren, aber diesmal mit einem Flottenverband, bestehend aus mehreren Schiffen. [...] Wir wollen mit unserer Präsenz niemanden provozieren, aber auch ein klares Signal der Verbundenheit an unsere Wertepartner senden“, sagte der General und fügte hinzu: „Wir treten für die Freiheit der Seewege und die Wahrung internationaler Normen ein.“ (FAZ, 31.8.2022)

Die Großmachtkonkurrenz nimmt unübersehbar an Schärfe immer weiter zu – ob es allerdings dazu beiträgt, weitere Eskalationen zu verhindern, wenn wie auf Autopilot lediglich mehr Militär als einzige Option in Frage zu kommen scheint, darf getrost bezweifelt werden – das Gegenteil dürfte der Fall sein.

Katar rüstet auf

Ein Blick auf die Militarisierung und die WM im Emirat

von Jacqueline Andres

Die Fußballweltmeisterschaft in Katar zieht viel Aufmerksamkeit auf sich: Besonders die Lage der Arbeitsmigrant*innen, die die Stadien in dem autoritär regierten Emirat errichtet haben, sorgt für Empörung. In unsäglicher Hitze mussten sie arbeiten, um die Stadien rechtzeitig fertig zu stellen – untergebracht unter kläglichen Bedingungen und oftmals nicht fair entlohnt. Mehr als 6.500 Arbeiter*innen aus Indien, Bangladesh, Nepal und Sri Lanka starben zwischen 2010 und 2020 – doch diese Ziffer deckt weder alle Nationalitäten der Arbeits*migrantinnen ab, noch die vielen ungeklärten Todesfälle. Katar ist auch eine Warnung für die EU, wie Natasha Iskander betont, denn auch hier steigen die Temperaturen durch die Klimakrise.[1] Die Landwirtschaft bspw. in Spanien oder Italien ist bereits jetzt abhängig von Tagelöhner*innen und Landarbeiter*innen (sogenannte braccianti), die durch ihren ungesicherten Aufenthaltsstatus vermehrt Ausbeutung ausgesetzt sind. In den letzten Jahren starben Tagelöhner*innen immer wieder durch die sengende Hitze auf den Feldern in Südeuropa. Weniger Aufmerksamkeit zog die Militarisierung und der steigende Einsatz von Überwachungstechnologien auf sich, die sich voraussichtlich noch lange nach der WM auf das Emirat und seine Bevölkerung auswirken werden.

World Cup Shield Operation

Angesichts der kleinen Größe des Emirats stellt die Garantie der Sicherheit während der WM eine Herausforderung für Katar dar. Ein eher ungewöhnlicher Schritt dürfte hierbei die Einberufung von hunderten Zivilisten in den obligatorischen Militärdienst sein, darunter auch von Diplomaten im Ausland, um die Sicherheit der WM in Katar zu garantieren.[2] Doch selbst dies reicht nicht: Katar erhält für die Sicherheit während der Weltmeisterschaft für ihre World Cup Shield Operation Unterstützung von zahlreichen Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Italien, Marokko, Pakistan, Südkorea, Türkei, USA sowie der NATO.[3] Die Weltmeisterschaft stellt einen willkommenen Anlass und ein Experimentierfeld dar, um die militärische Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu vertiefen. Eine Ausweitung der Sicherheitskooperation mit anderen Staaten liegt auch unabhängig von der WM im Interesse Katars, um sich als eigenständige Regionalmacht mit einem verhältnismäßig kleinen Militärapparat (bestehend aus nur 20.000 Streitkräften) in der hochgerüsteten Region notfalls auch gegen Nachbarstaaten wie Saudi Arabien zu positionieren. Durch die WM und die Operation World Cup Shield kann Katar zeigen, was das Emirat mit seinen Verbündeten leisten kann.

Katar rüstet auf – Technologien für Krieg und Überwachung

Katar rüstet kräftig auf – im Jahr 2021 lagen die Militärausgaben des Emirats laut SIPRI bei 11,6 Milliarden US-Dollar. Damit stiegen Katars Militärausgaben um 434% im Vergleich zum Jahr 2010.[4] Einen deutlichen Schub der Aufrüstung erfuhr das Emirat durch den Arabischen Frühling und die einsetzende Aufrüstungswelle in Nordafrika und Westasien, durch die Vergabe der WM 2022 an Katar im Jahr 2010 und durch die Blokkade von Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Bahrein im Jahr 2017. Katar will sich als Regionalmacht etablieren und unabhängig von den anderen GCC-Staaten sein, zu denen die Beziehung seit der Blockade noch zerrütteter ist. Das erklärt auch die fleißigen Einkäufe von Waffensystemen und Rüstung in den letzten Jahren – auch hier dient die WM oftmals als Anlass, doch die Rüstungsimporte erfüllen mehrere Funktionen: Katar zeigt sich als militärischer Partner der NATO, die Rüstungsdeals pflegen Katars internationalen Ruf, stärken Katars Einfluss als globaler Akteur und lassen Kritik der Rüstungsexporteure an der Erbmonarchie untergehen.

Seit 2015 besteht eine obligatorische Militärdienst-

pflicht in Katar. Der Dienst ist für Frauen freiwillig. Wie andere Militärapparate der Golfmonarchien ist auch Katar auf die Rekrutierung nicht-katarischer Soldaten angewiesen. In den katarischen Streitkräften finden sich daher Soldaten aus Pakistan oder Sudan wieder. Das Emirat beteiligte sich militärisch an unterschiedlichen Kriegen in den letzten Jahren – genannt seien der Krieg in Libyen, den Katar durch die Beteiligung seiner Luftwaffe am NATO-Kriegseinsatz Unified Protector, die Entsendung von hunderten Soldaten und die Bewaffnung von Rebellengruppen, die gegen General Haftar kämpfen, stützte. Katar befeuerte den Krieg in Syrien durch Waffenlieferungen über die Türkei sowie durch die Beteiligung der Luftwaffe an Angriffen auf den Islamischen Staat und schickte 1.000 Bodentruppen, 200 gepanzerte Fahrzeuge und 30 Apache-Kampfhubschrauber in den katastrophalen Krieg in Jemen.[5] Nach dem Zerwürfnis mit den VAE und Saudi Arabien trat Katar aus der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition aus.

Katar setzt im Rahmen der WM-Sicherheit auch auf zahlreiche Militärtechnologien, die der großflächigen Überwachung dienen. So plante das Emirat mehr als 15.000 Überwachungskameras mit Gesichtserkennungssoftware und Drohnenüberwachungssysteme zur Schätzung von Menschenmassen auf den Straßen einzusetzen, um die WM-Stadien und den öffentlichen Raum Dohas zu beobachten. Ausgewertet werden die übertragenen Daten im Aspire-Kontrollzentrum. Niyas Abdulrahiman, der technische Direktor von Aspire, sagte: „Wir haben Augen am Boden, wir können alle 15.000 Kameras in den acht Stadien sehen. [...] Was Sie hier sehen, ist ein neuer Standard, ein neuer Trend beim Betrieb von Sportstätten, das ist unser Beitrag von Katar zur Welt des Sports. Was Sie hier sehen, ist die Zukunft des Stadionbetriebs“. Um die Gesichter der Fans erkennen zu können, müssen alle Besucher*innen der WM eine Hayaa Card ausfüllen, eine digitale Identifikations-App der katarischen Regierung, ein Foto ihres Gesichts hochladen und ihren Reisepass scannen.[6] Für die autoritäre Monarchie in Katar dürfte dies einerseits ein Labor zum Experimentieren neuer Überwachungstechnologien sein und gleichzeitig eine Chance darstellen, ihre eigenen Produkte zu testen und zu vermarkten, so hat die Unversität Katar das Drohnenüberwachungssystem erstellt.

Anmerkungen

1 Natasha Iskander: Does Skill Make Us Human?: Migrant Workers in 21st-Century Qatar and Beyond, Princeton University Press, 2021.
2 Qatar ‘calling diplomats home’ for military service at World Cup, theguardian.com, 27.7.2022.
3 https://www.middleeastmonitor.com/20221006-qatar-signs-deal-with-us-for-security-at-fifa-world-cup-2022/
4 World military expenditure passes $2 trillion for first time, sipri.org, 25.4.2022.
5 Muriel Asseburg, Wolfram Lacher und Mareike Transfeld: Mission Impossible? UN-Vermittlung in Libyen, Syrien und dem Jemen, swp-berlin.org, SWP-Studie 2018/S 12, 4.7.2018.
6 Andrew Cohen: Qatar Will Deploy Facial Recognition Security at FIFA World Cup, sporttechie.com, 19.8.2022.

Der Artikel „Katar rüstet auf“ ist ein geänderter Auszug aus der Broschüre „Rote Karte für Katar: Wie die Fifa den Fußball verkauft und Katar Menschenrechte mit Füßen tritt“ von Jacqueline Andres und Dietrich Schulze-Marmeling, herausgegeben von Özlem Alev Demirel.

Bericht vom IMI-Kongress

Zeitenwenden: Ukraine-Krieg und Aufrüstung

von IMI

Unter dem Motto „Zeitenwenden: Ukraine-Krieg und Aufrüstung“ fand der 26. Kongress der Informationsstelle Militarisierung in diesem Jahr am 19. und 20. November 2022 in der Tübinger Herrmann-Hepper-Halle statt. Rund 150 Zuhörer*innen fanden den Weg zum Kongress, insgesamt tauschten sich mehr als 200 Menschen bei der zweitägigen Veranstaltung aus. Vor allem zwei Kernbotschaften standen dabei im Zentrum: Dass ungeachtet aller möglicherweise unterschiedlichen Sichtweisen auf den Ukraine-Krieg ein gemeinsamer Nenner darin bestehen muss, auf eine sofortige Aufnahme von Verhandlungen zu drängen; und dass das Bundeswehr-Sondervermögen und viel mehr noch die Pläne zu dessen Verstetigung kategorisch abzulehnen sind.

Wegen der unmittelbar zuvor stattfindenden Kundgebung im Rahmen des dezentralen Aktionstages „für Frieden und ein gutes Leben für alle“, zu der auch ein Tübinger Bündnis aufgerufen hatte und an der viele Kongressteilnehmer*innen teilnahmen, begann der Kongress mit einer Verspätung von etwa 20 Minuten.

Den Auftakt bestritt IMI-Vorstand Jürgen Wagner zum Themenkomplex „**Ukraine-Krieg: Vorgeschichte, Interessen, Verlauf**“. Gleich zu Anfang war es ihm wichtig zu betonen – da es ja durchaus auch innerhalb der Friedens- und Antikriegsbewegung teils kontroverse Diskussionen gebe - dass er den russischen Angriff auf die Ukraine für einen klaren Bruch des Völkerrechts halte. Russland sei demzufolge hier der Aggressor und trage einen Großteil der Schuld – allerdings, so Wagner weiter, hätte auch der Westen durch seine aggressive Expansionspolitik eine Mitverantwortung für die katastrophale Lage.

Wagner zeichnete daraufhin die jahrelange Zuspitzung der Konfrontation nach und kritisierte anschließend die russischen Kriegsbegründungen ebenso wie die westlichen Waffenlieferungen. Durch die nahezu kategorische Absage an Gespräche, die zu einer Beilegung der Kampfhandlungen führen könnten, sei es offensichtlich, dass aktuell westlicherseits das Ziel verfolgt werde, durch Waffenlieferungen eine maximale Schwächung Russlands herbeizuführen. Es sei nicht damit zu rechnen, dass die ukrainische Seite Russland militärisch werde besiegen können, sie mache dies aber derzeit zur Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen, wobei sie vom Westen unterstützt werde.

Würde dieser Kurs beibehalten, werde dies zwangsläufig zu einem jahrelangen blutigen Zermürbungskrieg mit unzähligen Opfern auf beiden Seiten führen, was unbedingt vermieden werden müsse. „Bei allen Kontroversen, über die wir auch diskutieren müssen“, so Wagner abschließend: „Ich halte es für wesentlich, dass wir von der deutschen Regierung fordern, dass sie sich endlich für die bedingungslose Aufnahme von Verhandlungen einsetzt.“

Das folgende Panel „**Über den Tellerrand**“ bestand aus zwei Teilen. Zunächst berichtete Ben Müller über die drohenden Konflikte in der Arktis. Durch den Klimawandel würden neue Routen schiffbar. Anrainerstaaten wie Russland und Kanada hätten jedoch entsprechend internationalem Seerecht ihre Basislinien so definiert, dass die Abschnitte dieser Routen durch ihre Inneren Gewässer führen, wo sie einzelnen Staaten oder Schiffen die Durchfahrt untersagen können. Andere Staaten wie die USA oder Großbritannien widersprächen dieser Auffassung und wollten die Ansprüche Russlands in der Arktis herausfordern. Insgesamt sei eine deutliche Remilitarisierung der Region zu beobachten, wobei viele Standorte zugleich militärische wie wissenschaftliche oder zivilen Zwecke (z.B. Seenotrettung) verfolgten.

Daran anschließend beschrieb Merle Weber noch deutlich stärkere Tendenzen der Remilitarisierung der Ostsee. Noch vor wenigen Jahren sei diese in Deutschland v.a. als Tourismusgebiet wahrgenommen worden. Vor dem Hintergrund des ukrainischen Bürgerkriegs sei die Ostsee allerdings in der wieder aufkeimenden Großmachtkonfrontation zu einer militärstrategischen Schlüsselregion geworden. Schon im Jahr 2014 hätten NATO und auch Deutschland damit begonnen, ihre

militärische Präsenz in der Region massiv auszubauen. Den Aufmarsch gegen Russland habe der NATO-Block dann 2020 das erste mal mit dem Großmanöver Defender Europe 20 geprobt – mit einem Schwerpunkt auf die Ostseeregion. In den 1990ern noch überwiegend umringt von Staaten des Warschauer Paktes, werde die Ostsee heute als NATO-Binnenmeer wahrgenommen. In Bezug auf die seit 2014 zunehmend militärisch unterfütterte Ostexpansion des Westens kam Weber zu der Einschätzung, dass der Krieg in der Ukraine auch als Defensivkrieg Russlands gegen die NATO verstanden werden müsse – eine Einschätzung, die im Publikum nicht nur auf Zustimmung stieß.

Daraufhin betraten Jacqueline Andres und Pablo Flock die Bühne. Andres beschrieb Wahrnehmungen des Krieges im arabischsprachigen Raum. Hier bestehe viel Unverständnis, warum dieser Krieg in Europa so viel mehr Empörung auslöse, als Kriege in anderen Regionen, die bereits seit vielen Jahren anhalten. Tatsächlich seien teilweise Bilder aus diesen Kriegen zur Illustration von Artikeln über russische Angriffe in der Ukraine verwendet worden. Dass hier zweierlei Maß angelegt werde, zeige auch der Umgang mit Geflüchteten aus dem Ukraine-Krieg. So positiv dieser grundsätzlich zu bewerten sei, offenbare er zugleich die Kälte und Härte, mit der sich Europa gegen Geflüchtete aus anderen Kriegen abschotte. Das werde völlig zu Recht als Rassismus wahrgenommen.

Zum Auftakt gab es vor dem Kongress auch eine Kundgebung im Rahmen des bundesweiten Aktionstags „Gegen den Krieg, für ein gutes Leben für alle auf dem Tübinger Marktplatz mit rund 250 Personen. Foto: privat

Pablo Flock zeigte die Folgen auf, welche die unterbrochenen und neu geordneten Lieferketten für Energie und Lebensmittel im Globalen Süden auslösen. Während die Konsequenzen für die Masse der Bevölkerung negativ und teilweise dramatisch ausfielen, gebe es durchaus auch Profiteure, betonte Flock. So suche u.a. Deutschland nun Energiepartnerschaften mit anderen Autokratien, wie den ebenso undemokratischen und Krieg führenden Golfstaaten, und passe seine Haltung z.B. auch in der Frage der völkerrechtswidrigen Besetzung der Westsahara durch Marokko entsprechend an. Schwieriger ist es die Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt zu ersetzen. Die Großproduzenten Indien und Indonesien hätten bereits ihre Ausfuhren an Weizen bzw. Palmöl einschränken müssen, weil durch die international massiv gestiegene Nachfrage auch die Preise auf den heimischen Märkten explodiert seien. Die Idee einer Neuordnung der Wirtschaft wegen dem Angriffskrieg stößt deshalb auf wenig Gegenliebe in den ärmeren Ländern der Welt. Die Verweise auf doppelte Standards beziehen sich dabei nicht nur auf die Kriege des Westens, sondern auch auf die Unsummen, die für Waffen ausgegeben werden, während versprochene Milliarden für Klimaanpassung nie ankamen.

Der inhaltliche Abschluss des ersten Kongresstags war ein Panel zu den **Alternativen zur militärischen Konfliktlösung**. Der erste Vortrag wurde uns als Videoaufnahme von Victoria Kropp zugesendet, die Vorstandsmitglied beim Bund für soziale Verteidigung und Beirätin der IMI ist. Sie zeigte sich bestürzt, dass in der aktuellen Debatte Waffenlieferungen oft als einziger Weg der Verteidigung dargestellt werden. Gewaltfreie Formen des sozialen Widerstands, bei denen die Gewalt gegen Gewaltlose auf den Aggressor zurückfällt, seien in vielen Situationen erprobt worden und waren nach einer Untersuchung von 323 Aufständen zwischen 1990 und 2006 rund doppelt so oft erfolgreich, wie gewaltvolle Proteste (53% zu 26%). Die Erfolgszahlen beider Formen des Widerstands sanken zwar bei Aufständen zwischen 2010 und 2019 erheblich, der Abstand von erfolgreichen gewaltfreien Aufständen (34%) vergrößerte sich jedoch relativ zum Erfolg von Aufständen, die sich gewalttätiger Mittel bedienten (9%). Soziale Verteidigung ist dabei eine besondere Form des zivilen Widerstands, die sich gegen eine Besatzung richtet und auf eine Verteidigung der Lebensweise statt des Territoriums konzentriert. Auch in der Ukraine gab es eine Viezahl gewaltfreier Aktionen, wie das unbewaffnete Blockieren von Panzern, das Austauschen von Straßenschildern und an die russische Öffentlichkeit gerichtete Bürgernachrichten über die sozialen Medien, die die Narrativen der russischen Regierung entkräften.

Danach sprach Franz Nadler vom Verein Connection e.V., der Kriegsdienstverweigerer und Deserteuere

in aller Welt unterstützt. Anschaulich stellte er dar, wie schwer es den Regierungen beider Länder fällt, willige Kämpfer an die Front zu bekommen, obwohl große Mehrheiten in den Bevölkerungen Russlands und der Ukraine für die Fortführung des Krieges sind. Trotz restriktiver Zwangsmaßnahmen in beiden Ländern, wie das Ausreiseverbot und Zwangsrekrutierung, wehren sich die Menschen in beiden Ländern und fliehen in großen Zahlen. So hätten je über 100.000 junge Männer die beiden Länder verlassen, bei der Ukraine kämen weitere 100.000 junge Männer hinzu, die Selenskiys Ruf, in die Heimat zurückzukehren und zu kämpfen, nicht nachkamen. Nadler kritisierte jedoch, dass sich Politiker fast aller Parteien quer stellten, Kriegsdienstverweigerern aus Russland und Belarus vereinfachte Asylverfahren bereit zu stellen. Mit der jetzigen Regelung sei es den jungen Männern bisher kaum möglich, ihr Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung wahrzunehmen – und bisher wurde auch noch keinem russischen Kriegsdienstverweigerer Asyl gewährt. Er warb deswegen für eine Petition, die die Aufnahme russischer und belarussischer Verweigerer und ein Ender der Strafvervolgung von Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine fordert. Diese ist auf der Webseite des Vereins Connection e.V. zu finden.

Zum Abschluss führte uns René Jokisch wieder auf die Staatsebene. Er zeigte, wie durch den Bedeutungsverlust integrativer Organisationen, wie den Vereinten Nationen (VN) oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), militärische Bündnisse wie die NATO und andere, einseitige Bündnisse (z.B. G7), die heutigen Mittel der Wahl zu sein scheinen. Die Konzentration auf einen Aspekt der existenten Sicherheitsarchitektur, der „Bündnis-Sicherheit durch Abschreckung“ geht dabei auf Kosten eines anderen Hauptaspekts, der „gemeinsamen Sicherheit durch Entspannung“ – wie auch schon an der Erosion eben solcher Sicherheitskonstruktionen, wie den Abrüstungsverträgen, sichtbar ist. Der dritte Hauptaspekt, die völkerrechtliche Sicherheitsordnung, die im Sinne der Großmächte gestaltet ist, ist in diesem Konflikt wirkungslos und wird auf Dauer auch von den aufstrebenden Mächten untergraben. Eine alternative Sicherheitsarchitektur müsste diese einbeziehen, um Stabilität zu erlangen – was auch in der Lösung dieses Konflikts schon von Vorteil sein könnte.

Den Auftakt zum Panel „**Das Sondervermögen: Projekte – Struktur – Ideologie**“ am Sonntagmorgen machte IMI-Vorstand Tobias Pflüger. Im Zentrum seines Vortrags stand das Sondervermögen der Bundeswehr im Umfang von 100 Mrd. Euro. Der Begriff Sondervermögen sei allerdings eine Nebelkerze, in Wahrheit handele es sich um Schulden, die per Kredit aufgenommen würden. Deutschland habe schon lange

Bis zu 150 Menschen nahmen zeitgleich am Kongress teil. Insgesamt kamen an den beiden Tagen zusammen rund 200 Personen. Foto: privat

den Anspruch, eine militärische Führungsmacht zu werden, mit dem Sondervermögen stünden nun auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung. Pflüger beschrieb daraufhin die wichtigsten Projekte, die nun aus dem Sondervermögen finanziert werden. Abschließend wies er noch darauf hin, dass die zentralen Auseinandersetzungen um das Sondervermögen erst noch anstünden: Die 100 Mrd. Euro seien auf fünf Jahre angelegt, das bedeute, dass spätestens 2026 darüber entschieden werden müsse, ob diese dramatische Erhöhung des Militärhaushaltes auch in den Folgejahren beibehalten werde, was es unbedingt zu verhindern gelte.

Daran anschließend beschrieb IMI-Beirat Martin Kirsch den Umbau der Bundeswehr. Mit dem NATO-Gipfel in Madrid sei ein neues Streitkräftemodell eingeführt worden, mit dem die Fähigkeit erlangt werden solle, innerhalb von 30 Tagen 300.000 Soldat*innen verlegen zu können. Die Bundeswehr habe zugesagt, hierfür 30.000 Soldat*innen zu stellen und einen ersten schweren Großverband nicht wie ursprünglich geplant 2027, sondern bereits 2025 der NATO zur Verfügung zu stellen. Die Bundeswehr werde konsequent darauf getrimmt, einen Krieg mit Russland führen zu können, ihre Strukturen würden derzeit daran angepasst und auch mit Hilfe des Sondervermögens das entsprechende Material beschafft. Wo es allerdings noch hapere, sei beim entsprechenden Personal.

Hier setzte der letzte Vortrag des Panels an, den IMI-Beirat Thomas Haschke hielt. Die Bundeswehr wolle in ihrer „Mittelfristigen Personalplanung“ schnellstmöglich von aktuell rund 180.000 Soldat*innen auf 203.000 anwachsen. Sie scheitere damit aber regelmäßig und stehe demzufolge vor erheblichen Rekrutierungsproblemen. Auch der Altersdurchschnitt der Truppe erhöhte sich in 18 Monaten um über ein Jahr auf 33,8 Jahre (Stand 2. Halbjahr 2021). Aus diesen Gründen sei mit einem massiven Anstieg der diesbezüglichen Anstrengungen zu rechnen – und ebenso wichtig sei es deshalb auch, dass die Friedens- und

Antikriegsbewegung hier mit Präsenz und Protesten gegenhalte.

„**Auf dem Weg zum Rüstungskomplex: Das Handbuch Rüstung**“ nannte sich das anschließende von IMI-Vorstand Andreas Seifert bestrittene Panel. Die Entwicklung der Rüstungsindustrie aus einer industriepolitischen Perspektive stand im Zentrum des Beitrags. Seit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation Anfang der 1990er Jahre habe sich die Rüstungsindustrie umorientiert – sie sei nicht nur kleiner geworden, auch die Schwerpunkte der Produktion hätten sich von schwerem Geräte und Waffen zu einer High-Tech-Orientierung hin verschoben. Sie zeichne damit auch den Umschwung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee hin zu einer globalen Interventionsarmee nach. In den letzten 20 Jahren sei bei steigendem Bundeswehretat immer weniger reales Material beschafft worden – immer weniger für immer mehr Geld. Mit den schuldenfinanzierten 100-Milliarden-Sondervermögen werde diese Entwicklung nicht rückgängig gemacht, vielmehr entpuppe sich bei näherem Besehen das Programm als ein Versuch, Industriepolitik und Aufrüstung miteinander zu verbinden. Von den 100 Mrd. würden nur wenige größere Unternehmen profitieren, die mit Zukäufen weiter gewachsen wären. Das Programm werde genutzt, um den fragmentierten Rüstungsmarkt zu verschlanken, was zwar schon seit Jahren versucht worden sei, aufgrund nationaler Vorbehalte jedoch nicht erfolgreich gewesen wäre. Die (Groß-)Industrie werde weiter dadurch unterstützt, dass Prozesse der Beschaffung verkürzt werden sollen und indem die bisherige keinesfalls restriktive Rüstungsexportpraxis auch durch eine entsprechend offene Gesetzgebung abgesichert werde. Der Ukrainekrieg biete die Folie, vor der „endlich“ die Hürden bei der Umgestaltung des Rüstungsmarktes beseitigt werden könnten und liefere mit dem 100-Mrd.-Programm auch den finanziellen Rahmen, dies voran zu treiben.

Hingewiesen wurde auf die drei Publikationen, die im Kontext der IMI 2022 erschienen sind. Jürgen Wagners Buch „Im Rüstungswahn“ der Ausdruck-Schwerpunkt Rüstung in der Septemberausgabe, sowie das Handbuch Rüstung – womit die IMI Material für eine informierte Debatte über den Komplex Rüstung bereitgestellt hat.

Auf dem abschließenden Podium unter dem Titel „**Die Zeitenwende und die Folgen – Herausforderung für die sozialen Bewegungen**“ saßen Norbert Heckl, der stellvertretende Bezirksvorsitzende von verdi, Milica Kurtovic, eine Klimaaktivistin der Gruppe Ende Gelände, Malte Lühmann, IMI-Beirat und Aktivist aus Kassel, Tobias Pflüger, IMI-Vorstand und ehemals verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke sowie Thomas Haschke, seit längerem gegen die Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr aktiv und v.a. bei der DFG-VK in Stuttgart organisiert.

Es ging v.a. um verbindende Elemente der Gruppen und darum, wie es gelingen könnte, die jeweiligen Kämpfe zusammenzuführen. Norbert Heckl betonte, die Gewerkschaften stünden traditionell an der Seite der Friedensbewegung. Kritik seitens der Klimaaktivistin Milica Kurtovic, die Gewerkschaften seien in manchen Fragen zu moderat, konterte er mit der Feststellung, die Beschäftigten fühlten sich teilweise auch von Klimaaktivist*innen angegriffen. Dennoch sei es wichtig, den Schulterschluss zu suchen. Auch die Klimaaktivistin sah starke Gemeinsamkeiten zwischen den auf dem Podium vertretenen Bewegungen und die Notwendigkeit, Kämpfe gemeinsam zu führen.

Malte Lühmann betonte, ein verbindendes Element der Bewegungen müsse auch die Forderung nach Vergesellschaftung großer Konzerne, v.a. im Energie-, Automobil- und Rüstungsbereich sein. Er wies darauf hin, dass es oft einfacher und wirkungsvoller sei, sich auf lokaler Ebene zu organisieren und hier auch entsprechende Bündnisse zu schmieden.

Tobias Pflüger äußerte sich v.a. zu internen Problemen der Friedensbewegung: Seit dem russischen Angriff sei zu beobachten, dass häufig entweder die Rolle der NATO ausgeblendet oder der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands verharmlost werde. Die Friedensbewegung müsse aber den Angriffskrieg als völkerrechtswidrig benennen und diesen genauso kritisieren wie sie dies bei den Kriegen des Westens gemacht habe. Gleichzeitig müsse die Friedensbewegung aber auch die Rolle der NATO und die Lieferung schwerer Waffen kritisieren. Eine Friedensbewegung, die für Waffenlieferungen auf die Straße gehe, hätte diese Bezeichnung nicht verdient.

Thomas Haschke betonte, man müsse neben den Problemen der Friedensbewegung auch die erfolgreichen Aktionen sehen: Beispielsweise sei es in den letzten Jahren stets gelungen, den Tag der Bundeswehr massiv zu stören und der Bundeswehr die Show zu vermiesen. Es gebe viele Möglichkeiten, gegen das Militär aktiv zu werden. Er lade alle herzlich ein, dies gemeinsam zu tun.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de

IMI.FB I_M_I @imi@mastodon.social

Redaktion:
Jacqueline Andres (Tübingen), Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:
Karl-Heinz Peil ist verantwortlicher Redakteur des Friedensjournals; Nora Schmid beendet gerade ihre Masterarbeit an der Universität Kassel und ist aktiv in einer linken Stadtteilinitiative; das Make Rojava Green Again-Komitee arbeitet in Richtung sozialer Ökologie - inmitten eines Krieges; Anton Nels ist in der SDAJ aktiv und schrieb den Artikel im Rahmen eines Praktikums bei der IMI; Luca Heyer ist Experte für rechte Netzwerke; Claudia Haydt ist IMI-Vorständin; Eichi Kido ist Professor an der staatlichen Universität Osaka.

Bildnachweise wie angegeben außer:
Titelbild: Collage: IMI
Rückseite: IMI.

Hinweise zu einzelnen Texten:
Die Texte „Baerbock gibt klein bei ...“, „Territorialkommando ...“, „EU bleibt auf Kriegskurs ...“, erschienen zuvor als IMI-Standpunkte 2022/033, 2022/039, 2022/042. Bei den Texten zum KF51 Panther, zu Japan, zur rechten Netzwerken und „Rüstung und begrenzte Ressourcen“ handelt es sich um stark gekürzte Zusammenfassungen von IMI-Studien. Der Text zum Abzug aus Mali erschien zunächst in der Zeitschrift UZ (Unsere Zeit) Nr. 48/2022, jene zur französischen Sicherheitsstrategie und zum Indopazifik auf Telepolis (heise.de/tp).

Bezugsbedingungen:
IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:
Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

☐ Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

☐ Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Ab einem Beitrag von 60 € Zusendung des AUSDRUCK.)
☐ Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _
BIC: _____

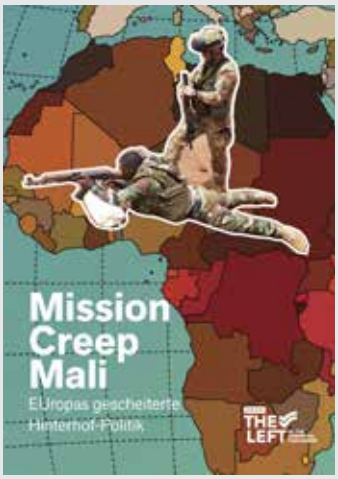
☐ Ich richte einen Dauerauftrag ein.
☐ Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung

_____
Datum und Unterschrift

Neueste Publikationen der IMI:

Mission Creep Mali
EUropas gescheiterte Hinterhof-Politik

Rote Karte für Katar!
Wie die Fifa den Fußball verkauft und Katar Menschenrechte mit Füßen tritt

und

Keine Einzelfälle!
*Wie der Staat mit rechten Soldat*innen und ihren Netzwerken umgeht*